Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

Psychosoziales Krisenmanagement

1 | 2017

BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.

Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

psychosoziale Themen und Aufgaben haben im modernen Bevölkerungsschutz einen festen Platz. Notfallseelsorge und Krisenintervention für Menschen, die Notfälle, schwere Unglücksfälle und Katastrophen erleben müssen, sind in Deutschland fast flächendeckend verfügbar. Die meisten Einsatzkräfte werden inzwischen auch auf die psychosozialen Herausforderungen ihres Haupt- oder Ehrenamtes vorbereitet und wissen, wo sie zur Verarbeitung von Einsatzbelastungen bei Bedarf professionelle Unterstützung erhalten können.

Der Bund engagiert sich seit Anfang 2000 für die Qualitätssicherung der Psychosozialen Notfallversorgung, abgekürzt PSNV. Seither werden Forschungsprojekte zu grundlegenden PSNV-Fragestellungen beauftragt und gemeinsam mit allen relevanten Partnern bundeseinheitliche Qualitätsstandards und Leitlinien erarbeitet und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt. Mittlerweile gibt es in fast allen Bundesländern eine zentrale Ansprechstelle für die PSNV.

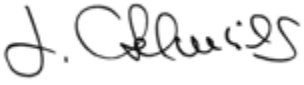
Dr. Jutta Helmerichs ist Leiterin des Referates Psychosoziales Krisenmanagement und der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) im BBK.

Dennoch besteht Handlungsbedarf, der sich vor allem bei Übungen und Realeinsätzen zeigt. So wurde beispielsweise beim Zugunglück in Bad Aibling im Februar 2016 deutlich, dass eine Vorbereitung und Berufung von PSNV-Führungskräften in den Kommunen wichtig ist. Der Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin im Dezember 2016 zeigte auf, dass der PSNV in Krankenhäusern noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Deutlich wurde auch, wie sinnvoll die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für PSNV bei komplexen Schadenslagen ist. Hiermit lassen sich alle erforderlichen PSNV-Angebote und Anliegen bündeln und abstimmen sowie die Übergänge von der psychosozialen Akuthilfe in die mittel- und längerfristige Versorgung für die Betroffenen bedarfsgerecht gestalten. Diese und einige weitere Themen der PSNV werden in Beiträgen hier im Bevölkerungsschutz angesprochen.

Das psychosoziale Krisenmanagement – Themenschwerpunkt dieses Heftes – umfasst allerdings nicht nur das Handlungsfeld der PSNV. Psychosoziales Krisenmanagement, abgekürzt PsychKM, ist umfassender. Es bedeutet, dass bei Konzeptentwicklung und Entscheidungsfindung im Krisenmanagement Erkenntnisse und Perspektiven aus Soziologie, Psychologie, Politik- und Kommunikationswissenschaften und weiteren geisteswissenschaftlichen Disziplinen zugrunde gelegt werden. Ziel ist es, bedarfs- und bedürfnisgerechte Versorgungstrukturen zu schaffen und eine adäquate Krisenbewältigung sicherzustellen. Typische Handlungsfelder des PsychKM sind Krisenstabsarbeit, hier vor allem das Erstellen psychosozialer Lagebilder und die Panikprävention anlässlich von Großveranstaltungen. Aber auch in der Risiko- und Krisenkommunikation spielen die Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle. So ist zum Beispiel bei der Warnung und Entwarnung der Bevölkerung auch die Warneffektivität zu bedenken. Sind die technischen Vorbereitungen hinreichend abgestimmt auf die Heterogenität der Bevölkerung? Werden die amtlichen Gefahrendurchsagen und Hinweise tatsächlich so verstanden, wahrgenommen und befolgt, wie für den Schutzeffekt beabsichtigt? Und wie gestaltet sich die Interaktion zwischen Behörden und gewarnter Bevölkerung nach Alarmierung? Auch der soziale Wandel der Gesellschaft in eine Informationsgesellschaft wird im PsychKM thematisiert. So wird infolge der zunehmenden Nutzung sozialer Medien in Krisen und Katastrophen verstärkt darüber diskutiert, wie man die Bevölkerung mit ihren Hilfe- und Selbsthilfepotenzialen besser als bisher in das Katastrophenmanagement einbinden kann. Schlagworte wie „Partizipation der Bevölkerung“ oder sogar „Demokratisierung des Bevölkerungsschutzes“ werden bei Veranstaltungen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zu Symposien- und Vortragstiteln. Der „bürgernahe Katastrophenschutz“ ist vielerorts schon Leitidee. Tradierte Ansätze, die die Bevölkerungsvielfalt und das individuell unterschiedliche Erleben und Verhalten in Krisen und Katastrophen außer Acht lassen und die Bevölkerung als ein überwiegend passives Element sehen, das lediglich informiert und geschützt werden muss, werden in der Praxis des Bevölkerungsschutzes zunehmend in Frage gestellt. Mit diesem neuen Ansatz lassen sich zukünftig gravierende Schutzlücken schließen. Auf die weitere Entwicklung des PsychKM darf man also gespannt sein!

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine interessante und inspirierende Lektüre.

Ihre



Jutta Helmerichs

GRUSSWORT

Grußwort des Bundesministers des Innern 2

PSYCHOSOZIALES KRISENMANAGEMENT

„Man muss wahrscheinlich komplett umdenken“
Ergebnisse einer Befragung der Feuerwehren im Rahmen des BMBF-Verbundprojektes „smarter“: Wie nehmen Feuerwehren Bevölkerungsverhalten wahr? 3

Analyse internationaler Bevölkerungsschutz-Apps
Ergebnisse einer Begleitstudie zu NINA und smarter 5

Gemeinsam im Einsatz
Interorganisationale Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr 11

KIT-Teams im Auslandeinsatz
Drei Fragen an Dr. Andreas Müller-Cyran 15

MANV-PSNV
Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) nach öffentlichem Suizid in Frankfurt am Main 16

Der fluchende Feuerwehrmann
Aus der Praxis der Krisenintervention (KIT) 18

Konsensus-Prozess als wesentlicher Impuls für die PSNV
Zusammenfassung einer Master-Arbeit über Auswirkungen des Konsensus-Prozesses 20

Forschung zu PSNV-Führungskräfteausbildung
Wissenschaftliche Evaluation verzahnter Führungskräftequalifizierungen von Bund und Ländern in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) 22

Psychosoziale Betreuung nach Terroranschlägen im Ausland
Erfahrungen der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) der Bundesregierung 24

Stabsarbeit aus dem Blickwinkel der Human-Factors-Psychologie 28

Herausforderungen für im Katastrophenmanagement tätige Personen
Eine qualitative Studie im EU-Projekt PsyCris 30

Was Führungskräfte wollen!
Erkenntnisse aus 10 Jahren Seminarleitung der AKNZ-Veranstaltungsreihe „Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung“ 33

Inklusiver Katastrophenschutz
European Network for Psychosocial Crisis Management-Assisting Disabled in Case of Disaster – Implementation (EUNAD und EUNAD-IP) 36

KRISENMANAGEMENT

Organisationsübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz Kritischer Infrastrukturen
Kommunikation und Informationsaustausch im Krisenmanagement 38

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 43
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 44
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 46
Deutscher Feuerwehrverband 47
Deutsches Rotes Kreuz 48
Johanniter-Unfall-Hilfe 49
Malteser Hilfsdienst 52
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 53

RUBRIKEN

Nachrichten 55
Impressum 56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 57

Liebe Leserinnen und Leser,

für Ereignisse Vorsorge treffen, von denen wir nicht wissen, ob, wann und wie sie passieren, das ist Aufgabe des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Das vergangene Jahr hat diese Notwendigkeit erneut unter Beweis gestellt: islamistische Anschläge, ein Amoklauf, extreme Unwetter – all das hat die Akteure des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe enorm gefordert.

Das Ende des Jahres 2016 wurde überschattet von dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz – ein abscheulicher Angriff auf unsere freie Art zu leben. Der Anschlag hat aber auch gezeigt: Auf unsere Katastrophenhilfe ist bei solchen Ereignissen Verlass: haupt- und ehrenamtliche Kräfte waren sofort zur Stelle, ob am Anschlagsort oder in den Krankenhäusern. Diesen Menschen danke ich besonders, beweist ihr Einsatz doch ein weiteres Mal, dass wir uns nicht mit Gleichgültigkeit, sondern mit Achtsamkeit begegnen.

Mit gleicher Achtsamkeit, mit großer Hingabe und viel Herz haben sich die vielen Helferinnen und Helfer der Freiwilligen Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk auch 2016 für Menschen in der Flüchtlingshilfe eingesetzt – ein Engagement, das unser Land stark macht und das wir mehr denn je brauchen.

Auch deshalb war es mir eine besondere Freude, die Preisträger unseres Förderpreises „Helfende Hand“ in Berlin begrüßen und ehren zu können. Im vergangenen Jahr gab es eine Premiere: In einer Sonderpreiskategorie konnte ich Projekte für ihre Ideen und Konzepte auszeichnen, wie Flüchtlinge für die ehrenamtliche Arbeit begeistert und in die (Hilfs-)Organisationen des Bevölkerungsschutzes eingebunden werden können. Gelingt das, ist das auch ein Ausdruck erfolgreicher Integration.

Für das noch junge Jahr wünsche ich uns allen Erfolg und eine glückliche Hand bei den anstehenden Aufgaben und eben diese Achtsamkeit untereinander und miteinander, die besonders in schwierigen Zeiten unerlässlich ist.

Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern

„Man muss wahrscheinlich komplett umdenken“

Ergebnisse einer Befragung der Feuerwehren im Rahmen des BMBF-Verbundprojektes „smarter“: Wie nehmen Feuerwehren Bevölkerungsverhalten wahr?

Nathalie Schopp

Es ist fast 80 Jahre her, doch noch heute kennen viele Menschen die Geschichte um die Radio-Erstausstrahlung von „Krieg der Welten“: Orson Wells hatte die Hörspielfassung des H.G. Wells-Romans 1938 für die New Yorker CBS verfasst; er wurde dadurch mit einem Schlag berühmt. In kollektiver Erinnerung blieb jedoch nicht unbedingt das Hörspiel selbst, vielmehr die allgemeine Reaktion auf die vermeintliche Invasion der Marsianer: Menschenmassen flohen aus ihren Häusern; die Panik gipfelte vereinzelt in vorsorglichen Suiziden. So wird es erzählt. Weitgehend unbekannt ist dagegen die Tatsache, dass diese Panikreaktionen wohl eine Erfindung der Zeitungen waren: ein journalistischer Angriff auf den „verantwortungslosen“ Konkurrenten Radio. Die Erzählung von Menschen, die sich wegen einer Radiosendung aus dem Fenster stürzen, prägte jedoch drei Generationen.

Eine „beliebte Alltagstheorie“ (Geenen 2010) ist die Mär einer in Krisen hauptsächlich irrational handelnden Bevölkerung. Warum sich diese Vorstellung trotz gegenteiliger Forschungsergebnisse so hartnäckig hält, darüber gibt es unterschiedliche Theorien. An dieser Stelle interessiert eher, ob diejenigen, deren Auftrag und Profession die Krisenbewältigung ist, ein anderes Bild von zivilem Bewältigungsverhalten entwickelt haben. Die Frage ist: Wie nimmt die Feuerwehr Bevölkerungsverhalten wahr?

Kommunikation auf Augenhöhe?

Innere Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, nicht nur ein Bereich für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Ohne zivile Helfer in großen Lagen, ohne ein Mindestmaß an Selbstschutz- und Helferfähigkeiten geht es nicht. Die BOS dagegen müssen das Bevölkerungsverhalten im Einsatzfall adäquat interpretieren können als verlässliche Grundlage für Entscheidungsfindung und Handeln – und um wirksam Selbsthilfepotenziale unterstützen zu können. Die Entscheidung, welche Informationen und Handlungsempfehlungen man in welchen Lagen herausgibt, hängt aber wesentlich davon ab, welche Vorstellungen von den Kompetenzen der Zielgruppe bestehen. Das Verbundprojekt smarter (www.smarter-projekt.de), seit Anfang 2015 koordiniert durch das Referat für Psychosoziales Krisenmanagement im BBK, beschäftigt sich u. a. genau mit dieser Frage. Wenn über die zu entwickelnde Notfall-App bei Stromausfall kommuniziert werden soll, mit Verwaltung, Einsatzkräften und Bevölkerung als gleichberechtigten Partnern – aus welcher Erwartungshaltung heraus geben und rezipieren Angehörige der BOS Informationen? Untersucht wird diese Frage in einem ersten Schritt anhand von Experteninterviews, die u. a. mit Angehörigen der Feuerwehren geführt werden. Erste Ergebnisse liegen mittlerweile vor.

Hilflose Bürger?

Fast alle Interviewpartner entwarfen auf die Frage nach möglichem Bevölkerungsverhalten in fiktiven Krisenlagen das Bild einer panischen, irrational agierenden Masse. Die Vorstellungen umfassten u. a. Massenpanik, irrationales und selbstschädigendes Verhalten, Plünderungen, tagelanges Chaos und Hilflosigkeit, und zwar nicht als Ausnahmeerscheinungen, sondern als allgemeine Reaktion auf eine Krisensituation wie z. B. längerer Stromausfall oder Erdbeben. Bemerkenswert dabei ist, dass fast alle Befragten gleichzeitig überaus positive Erfahrungen mit zivilem Bewältigungsverhalten in realen Katastrophenlagen gemacht hatten. Sie waren „begeistert“ von der „beeindruckenden“ Leistung der zivilen Helfer, die als „hochmotiviert“ und „hocheffizient“ wahrgenommen wurden.

Um einen Erklärungsansatz für diese Widersprüchlichkeit zu entwickeln, muss man die Organisation Feuerwehr und ihre Umwelt etwas genauer betrachten. Das Aufgabenspektrum der Wehren hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark erweitert. Die Lagen ebenso wie Technik und Ausrüstung sind komplexer geworden. Der Mitgliederschwund erschwert die Arbeit ebenso wie der rasante Anstieg der Rettungsdienstfahrten. Das Informationsbedürfnis der allgemeinen Öffentlichkeit ist aufgrund der media-

len Ausdifferenzierung signifikant angestiegen. Gleichzeitig sind Feuerwehreinheiten traditionell von einem starken Gruppenzusammenhalt geprägt, was die Ausbildung kollektiver Wissensbestände fördert. In dieser Gemengelage scheint das (all)tägliche Einsatzgeschehen einen Wahrnehmungsrahmen ausgebildet zu haben, der auch die Vorstellungen von Bevölkerungsverhalten in einer großflächigen Katastrophenlage prägt.

Der Typ des „Bürgers“ oder „Städters“ manifestiert sich in den Interviewtexten sehr deutlich. Er ist von einer ausdifferenzierten Infrastruktur abhängig. Er ist unwissend bis unbedarft in puncto Eigenschutz, Selbsthilfe- und Helferkompetenz, oft unbelehrbar und wenig hilfsbereit. Gleichzeitig existiert ein stark ausgeprägtes Anspruchsdenken, was öffentliche Serviceleistungen generell sowie auch die der öffentlichen Sicherheit betrifft. Es existiert ein hoher Informationsanspruch, doch die zur Verfügung gestellten Informationen werden nicht adäquat verarbeitet, sodass es zu Selbstgefährdungen kommt. Selbst kleinste Hilfshandlungen überlässt man den Einsatzkräften.

Hochmotiviert und Hand in Hand: Ohne zivile Helfer wäre eine großflächige Hochwasserlage – wie hier an der Oder 2002 – kaum zu stemmen. (Foto: Günter Fenchel / DFV)

Es werden auch vereinzelte Positivbeispiele von Engagement und Selbsthilfe genannt, aber der allgemeine Tenor ist eher, dass sich „der Bürger“ im Vergleich zu einer nicht näher beschriebenen Vergangenheit zurückentwickelt hat, hilfsbedürftiger geworden ist. Die Befragten schildern als Erfahrung auch konfrontatives und aggressives Verhalten ihnen gegenüber, sei es persönlich, sei es via Facebook. Trotz der Positivbeispiele – die Negativerlebnisse wiegen schwerer und treffen die Feuerwehrleute in ihrem Selbstverständnis als Retter: „Ich habe doch hier geholfen. Wieso werde ich jetzt hier beschimpft?“.

Der Umgang mit Smartphones wird ebenfalls als problematisch erlebt. Die Möglichkeit, schnell und unkompliziert Einsatzkräfte alarmieren zu können, entledigt von einem persönlichen Hilfeangebot. Und: Zwar gibt es auch die klassischen Ersthelfer, die vor dem Eintreffen der Einsatzkräfte Unterstützung leisten; doch der Eindruck des Voyeurismus überwiegt. Durch das Fotografieren und Filmen mit Smartphones sowie durch das Zustellen der Zufahrtswege dringen Gaffer nicht nur in die Privatsphäre der Verletzten ein; die Einsatzkräfte selbst fühlen sich behindert und gefährdet.

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Keine Partner

Diese Wahrnehmungsmuster, die sich im täglichen Einsatzgeschehen ausgebildet haben, bahnen sich als antizipatorisches „Bauchgefühl“ den Weg ins kollektive Bewusstsein. Die Bevölkerung ist nicht Kooperationspartner, sondern zusätzliche Belastung. Obwohl kreatives Bewältigungsverhalten in Katastrophenlagen erlebt und sehr positiv beurteilt wird, scheint das Bild eines im Alltag überforderten und unkooperativen „Bürgers“ prägender zu sein als diese – relativ neuen und auch jeweils singulären – Erfahrungen in Großschadenslagen.

Es ist abschließend wichtig zu betonen, dass es sich bei diesen Äußerungen um ein „So sehen wir es“ und nicht um ein „So ist es“ handelt und dass bis zu einer endgültigen Formulierung von Handlungsempfehlungen noch weitere Erhebungen notwendig sind. Dass sich jedoch Einsatzkräfte objektiv häufig in einem belastenden Umfeld bewegen, das zeigen jüngere Forschungen z. B. aus dem Themenfeld Gewalt gegen Rettungskräfte oder Ersthelferkompetenzen der Bevölkerung. In den Äußerungen der Interviewpartner schwingt denn auch als Basston die latente Überlastung mit, die Einsatzkräfte durch die extreme Spreizung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Sachen Gefahrenabwehr empfinden. Bevölkerung und Bevölkerungsschützer scheinen in einer fatalen Laien-Experten-Dynamik immer weiter auseinanderzudriften. Die politische Forderung einer Kommunikation auf Augenhöhe ist so schwer zu erfüllen.

Der „Krieg der Welten“ wurde übrigens durch eine CBRN-Lage beendet. Die Marsianer fielen letzten Endes den Erdbakterien zum Opfer.

Nathalie Schopp ist Referentin im Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* des BBK mit Arbeitsschwerpunkt im EU-Projekt „Warneffektivität: Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung“ sowie Feuerwehrfrau in der Freiwilligen Feuerwehr Erftstadt

Analyse internationaler Bevölkerungsschutz-Apps

Ergebnisse einer Begleitstudie zu NINA und smarter

Christoph Groneberg, Vitali Heidt, Thomas Knoch und Jutta Helmerichs

Mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Personen beiderlei Geschlechts besitzt inzwischen ein Smartphone, von denen 52 % an das Internet angeschlossen sind (STATISTA 2017, 2016).[1] Unter Jugendlichen (13-19 Jahre) besteht sogar nahezu Vollversorgung. In allen anderen Altersklassen zeigt sich eine steigende Tendenz zur Smartphone-Nutzung (STATISTA 2016; FEIERABEND et al. 2014: S. 23). Am häufigsten wird das Smartphone zur sozialen Kommunikation (Austausch über soziale Netzwerke, Interaktion mit Angehörigen und Freunden) genutzt, gefolgt von der Recherche mittels bzw. Nutzung von Suchmaschinen (FEIERABEND et al. 2014: S. 30, 41).

Angesichts dieser Entwicklung ist es naheliegend, Smartphones auch als Instrumente in die Bewältigung von Krisen und Katastrophen einzubeziehen. Entsprechend wurden in den letzten Jahren zahlreiche Apps für Smartphones entwickelt, die die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), nichtstaatliche Akteure der Krisenbewältigung bei ihrer Risiko- und Krisenkommunikation und / oder die Bevölkerung in der persönlichen Notfallvorsorge und zur Stärkung ihrer Selbsthilfekompetenzen unterstützen sollen.

Im Rahmen der Entwicklung der Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes (NINA; s. S. 10) und des BMBF-geförderten Verbundprojektes „smarter“ (s. S. 10), das die Möglichkeiten des Aufbaus einer dezentralen ad-hoc-Kommunikationsinfrastruktur bei Ausfall von Mobilfunknetzen erforscht und dabei auch basale Notfallfunktionen per App entwickelt und evaluiert, wurde eine Analyse international am Markt befindlicher Bevölkerungsschutz-Apps vorgenommen. Die die Analyse anleitenden Fragestellungen waren unter anderem:

- Wer sind die Anbieter der Apps?
- Für welche Szenarien wurden die Apps gestaltet?
- Welche Funktionen sind in den verfügbaren Apps implementiert?
- Welche Funktionen treten in welchen Kombinationen miteinander auf?
- Welche Erfahrungen wurden mit der Nutzung von Bevölkerungsschutz-Apps in Übungen und Reallagen gewonnen?

Einige Ergebnisse zu diesen Fragestellungen sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Methode

Recherchen nach bestehenden Evaluationsmöglichkeiten von Apps zeigen, dass es bisher kein Verfahren zur qualitativen und quantitativen Auswertung von Apps gibt. Entsprechend wurde für die Analyse ein eigenes Verfahren entwickelt (s. Abb. 1). Dabei erfolgte nach Klärung der Fragestellung zunächst eine Festlegung der Auswahlcharakteristika (z. B. anhand der Verbreitungszahlen [STATISTA 2016] der Betriebssysteme Android und iOS, Mindestbewertung durch Nutzer von drei Sternen oder Zahl der Downloads von mind. 5.000 bis 10.000, mind. Aufbau auf offiziellen Daten oder offizieller Herausgeber der App), der Suchbegriffe (s. Tab. 1) und der zu erhebenden Kriterien.

Deutsch	Englisch	Französisch	Spanisch	Italienisch
Bevölkerungsschutz / Katastrophenschutz	Civil Defense / Civil Protection	protection civile / protection de la population	protección civil	protezione civile
Notfallmanagement	Emergency Management	gestion des situations d'urgence	gestión de emergencias	gestione delle situazioni di emergenza

Tab. 1: Verwendete exemplarische Suchbegriffe.

Im Play-Store (Android / Google) wurde anschließend mit den Suchbegriffen sowie unter Berücksichtigung der Auswahlcharakteristika eine Suche nach entsprechenden Apps durchgeführt. Nach einer Bereinigung des ersten Datensatzes, die der Vergleichbarkeit zwischen Android- und iOS-Apps diente, standen schließlich 59 Apps aus 14 Län-

[1] Für weitere Kennzahlen zur Verbreitung von Smartphones siehe auch FEIERABEND et al. 2016 oder ARD / ZDF-ONLINE-STUDIE 2014.

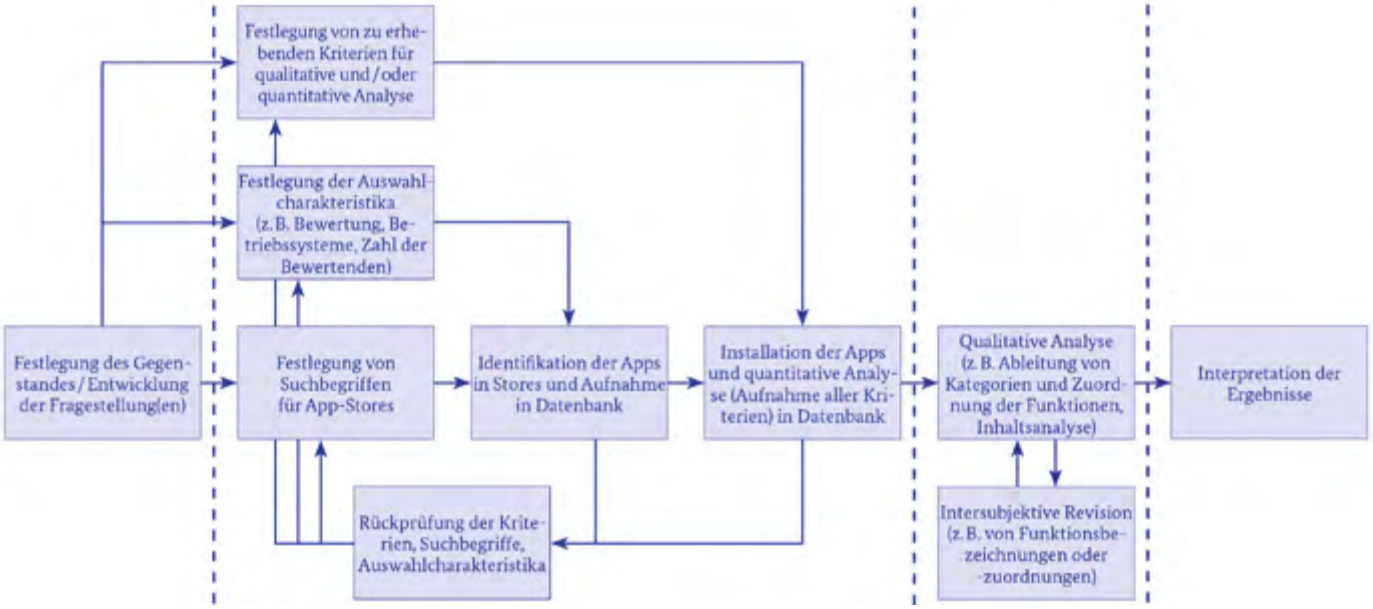


Abb. 1: Ablaufmodell der App-Analyse.

dern für die quantitative Auswertung zur Verfügung. Dazu wurden alle Kriterien[2] in eine Datenbank aufgenommen.

Nach der Aufnahme der Daten wurden die Funktionen der Apps im Zuge der qualitativen Untersuchung in die Kategorien „Information", „Kommunikation", „Vorbereitung" und „Sonstiges"[3] differenziert. Darauf aufbauend können nun die oben gestellten Fragen (z. B. nach den Szenarien, wie häufig die gleichen Funktionen in den Apps vorkommen oder in welchen Kombinationen sie auftreten) untersucht werden.

Ergebnisse

1. Anbieter von Apps

Entsprechend der Auswahlkriterien treten behördliche Anbieter mit Abstand (38-mal) am häufigsten auf. Hier finden sich beispielsweise Apps wie NINA oder AlertSwiss. Apps von Hilfsorganisationen, wie z. B. des Roten Kreuzes, tauchen dagegen nur acht Mal in der Auswahl auf. Ebenso häufig gibt es privatwirtschaftliche Anbieter, die ihre Apps mit offiziell verfügbaren Daten ausstatten. Dies sind z. B. Apps, die Wettermeldungen (z. B. Unwetteralarm, Meteomont) oder Warnungen vor Erdbeben (z. B. Terremoto) verbreiten. Ihnen folgen vier privatwirtschaftliche Anbieter, die entweder eine App-Infrastruktur für Behörden anbieten (z. B. Katwarn) oder z. B. auf freiwillige Meldungen durch Nutzer abstellen (Crowd-Prinzip; z. B. die App EmergencyAUS).

2. Szenarien

In der Untersuchung der Szenarien, für die die Apps gestaltet wurden, zeigte sich, dass die Mehrheit der Apps szenariounspezifisch bzw. multiszenarisch ist, d. h. dass mindestens zwei oder mehr Szenarien (z. B. Flut, Waldbrand, Sturm, Erdbeben, Raketenalarm, Unwetter) durch eine App abgedeckt sind. Setzt man die Apps zu ihren nationalen Ursprüngen in eine Beziehung, lassen sich Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen bestimmten Szenarien mit jeweils landestypischen Krisen und Katastrophen erkennen. So stammen beispielsweise Apps zum Szenario Raketenalarm aus Israel, Apps zum Thema Unwetter stammen z. B. aus Deutschland und Italien (je zwei Apps) sowie den USA (eine App) und das Szenario Erdbeben wird durch Apps aus Italien, Japan und den USA (je eine App) bedient.

3. Häufige Funktionen und Funktionskombinationen

Die Abbildungen 2-4 zeigen, wie häufig welche Funktion in den einzelnen Kategorien vorkommt. Dabei zeigt sich in der Kategorie „Information", dass die Möglichkeit „Push-Benachrichtigungen" bei Krisenereignissen zu empfangen am häufigsten verbreitet ist, gefolgt von Kartensystemen und „Allgemeinen News bzw. Informationen". Letztere, z. B. als News-Feed angeboten, dienen dazu, Meldungen zum Schadensereignis aber auch darüber hinaus zu publizieren.

In der Kategorie „Kommunikation" finden sich am häufigsten verschiedene Varianten der Einbindung von Social Media, über die Nachrichten aus der App weiterverbreitet werden können oder auch direkt Kontakt mit Freunden

[2] Dazu gehörten: Betriebssystem, Zahl der Downloads, Zahl der Bewertenden, Bewertungen, Funktionen, Version, Preis, Downloads, Szenario und Rechteanforderungen.

[3] Zur Kategorie „Information" wurden Funktionen hinzugefügt, die den Nutzern auf textlicher oder bildlicher Grundlage Informationen liefern. Im Gegensatz dazu stehen die Funktionen der Kategorie „Kommunikation", die es den Nutzern erlauben, in kommunikative Austauschbeziehungen über Text, Verbalsprache oder per Bild/Video mit anderen zu treten. In die Kategorie „Vorbereitung" wurden alle Funktionen aufgenommen, die einen präventiven Charakter haben, wie z. B. sich mittels Checklisten auf ein Krisenszenario vorzubereiten oder sich anhand von Gefahrenbeschreibungen auf mögliche Krisenereignisse einzustellen. Die Kategorie „Sonstiges" enthält Funktionen, wie sie häufig in den Einstellungen von Apps zu finden sind, also z. B. die Möglichkeit zur Veränderung der Sprache, die App zu bewerten oder Verbesserungsvorschläge an die Programmierer zu senden.

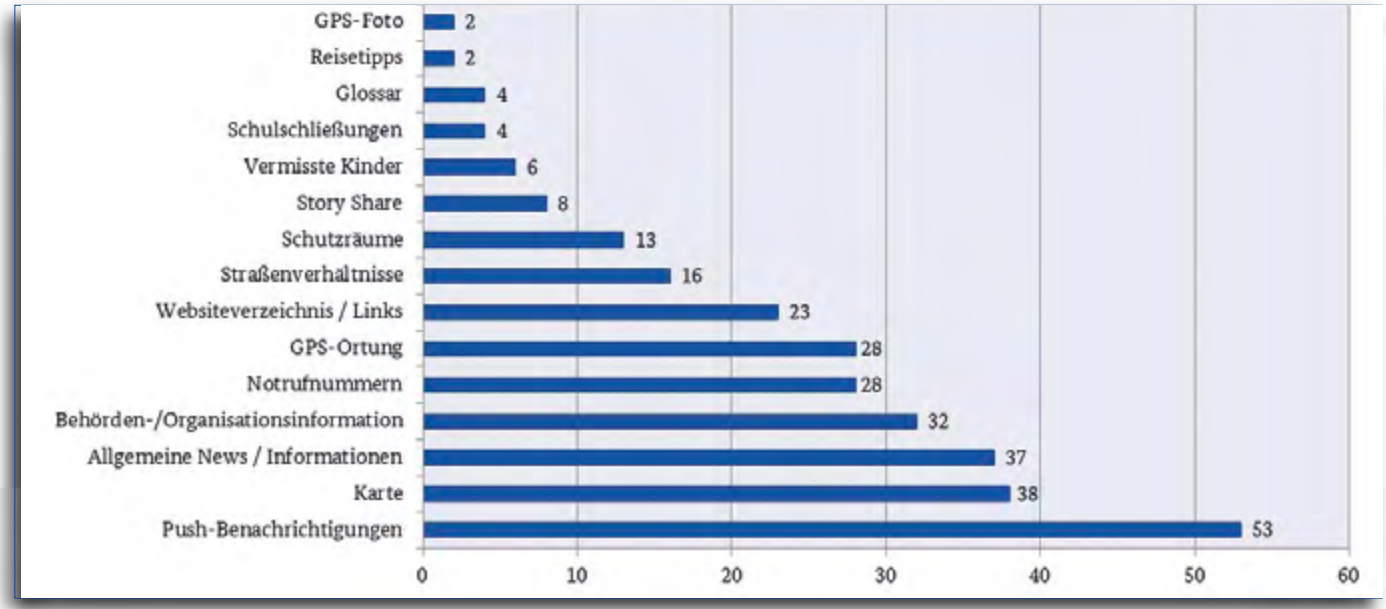


Abb. 2: Häufigkeit von Funktionen in der Kategorie „Information".

und Bekannten aufgenommen werden kann. Daran schließt der Direkt-Notruf an, mit dem es, im Vergleich zur reinen Anzeige von „Notrufnummern" aus der Kategorie „Information", möglich ist, die BOS zu kontaktieren.

Zur Vorbereitung auf eine Krise finden sich in den Apps z. B. Funktionen wie Checklisten, Tipps zum richtigen Verhalten bei Krisen oder Schilderungen von Krisenszenarien. Wenn auch seltener zu finden, so versuchen z. B. die Apps des American Red Cross über ein Quiz oder das Sammeln von Punkten offensichtlich zur Beschäftigung mit Präventivmaßnahmen zu motivieren.

Schließlich finden sich in der Kategorie „Sonstiges" Funktionen z. B. zur Einstellung der Sprache, von Alarmen oder zur Beschäftigung mit Lizenzen und Copyrights. Auch Optionen, Hersteller einer App auf Bugs hinzuweisen oder um die Ergänzung von Funktionen zu bitten, gehören in diese Kategorie.

Diese schlichte Auflistung der Häufigkeit von Funktionen kann aber durch Kombinationsanalysen ergänzt werden (s. Abb. 5-6). Dies gibt Aufschluss darüber, welche Funktionen besonders häufig mit welchen anderen Funktionen auftreten. Für die Betrachtung der Funktionskombinationen wird in den jeweiligen Kategorien von den am häufigsten vorkommenden Funktionen ausgegangen.

In der Kategorie „Information" kam beispielsweise die Funktion „Push-Benachrichtigungen / -Alarmierungen" 53-mal und damit am häufigsten vor. Wurde die Funktion „Push-Benachrichtigungen / -Alarmierungen" implementiert, so galt das auch 38-mal für die Kartenfunktion. Weitere 37-mal konnten „Allgemeine News / Informationen" identifiziert werden und 31-mal „Behörden- und Organisationsinformationen".

In der Kategorie „Kommunikation" trat die Funktion „Social Media Einbindung / -Wall / -Feed" mit 21-mal am häufigsten auf. Gemeinsam mit dieser Funktion gab es sowohl sechs Mal die Möglichkeit ein Notruftelefonat direkt aus der App heraus zu initialisieren als auch eine Notfall-E-Mail oder -SMS zu versenden. Die Ausgangsfunktion ist

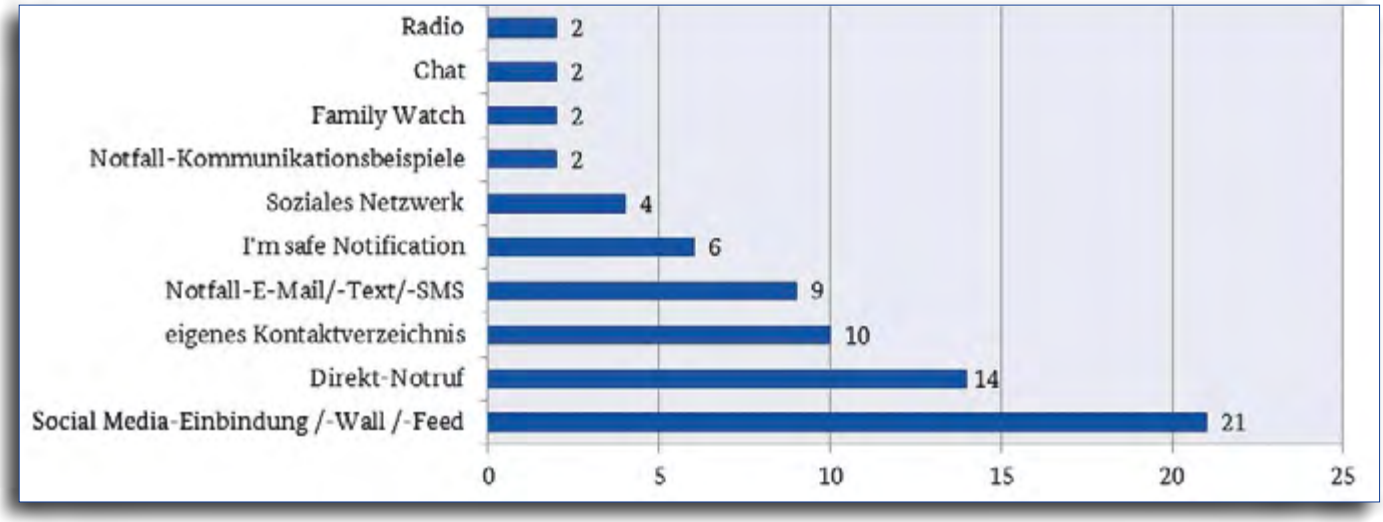


Abb. 3: Häufigkeit von Funktionen in der Kategorie „Kommunikation".

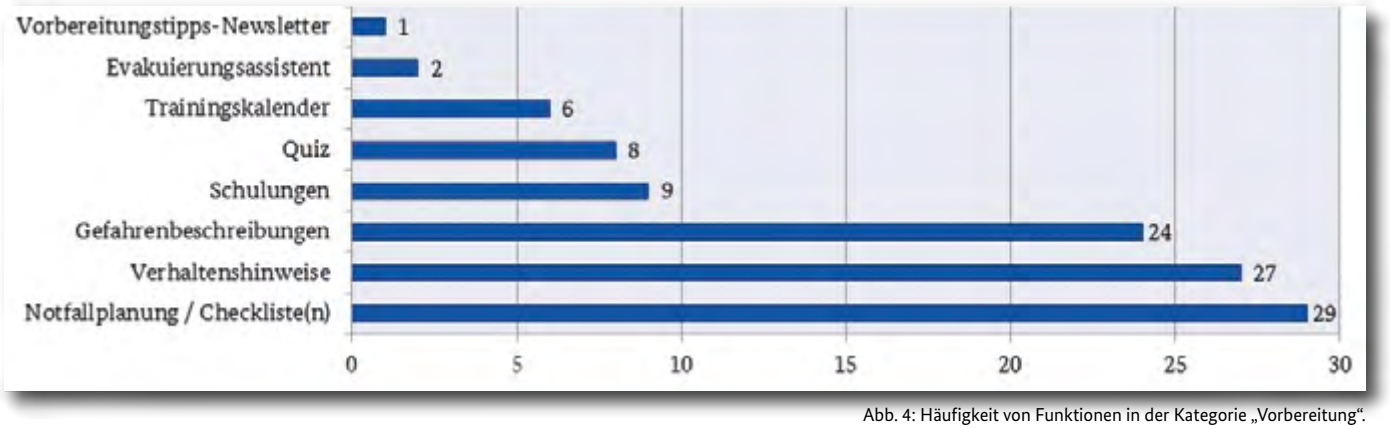


Abb. 4: Häufigkeit von Funktionen in der Kategorie „Vorbereitung".

darüber hinaus nur drei Mal mit der Option, dem sozialen Netzwerk der App beizutreten und zwei Mal mit der Möglichkeit ein eigenes Kontaktverzeichnis anzulegen, kombiniert.

21-mal gab es in der Kategorie „Vorbereitung" die Funktion „Verhaltenshinweise", wenn die Funktion „Notfallplanung / Checklisten" (29 Vorkommnisse) erkannt wurde. Darunter sind Hilfestellungen in Gestalt von abhakbaren Listen, Stichpunktaufzählungen oder Hinweise in Textform

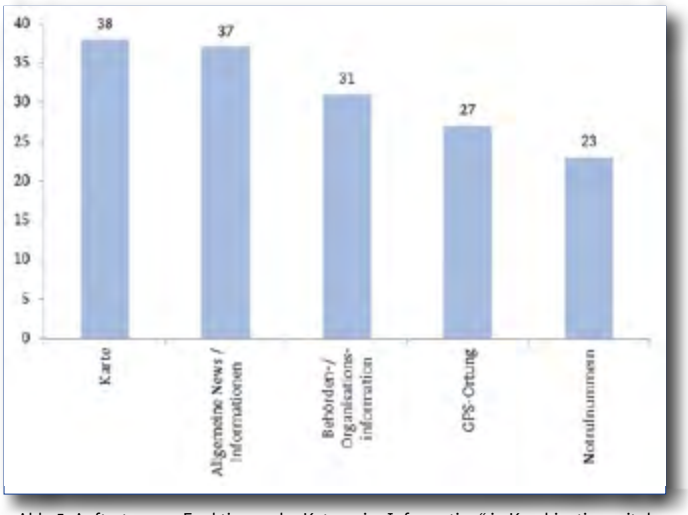


Abb. 5: Auftreten von Funktionen der Kategorie „Information" in Kombination mit der Funktion „Push-Benachrichtigungen / Alarmierungen" (n=53).

zur Vorbereitung auf Krisen und Katastrophen zu verstehen. Verhaltenshinweise sind textliche, bildliche oder videografische Empfehlungen zum richtigen Verhalten vor, während und nach einer Krise oder Katastrophe. Die Beschreibung von Gefahren gab es in diesem Zusammenhang 20-mal. Über spielerische Optionen wie ein Quiz, weiterführende Schulungsangebote oder offene Trainings sind Angebote geschaffen, die zu einer Vertiefung der Vorbereitungsinhalte anhalten sollen.

Ausgehend von der über alle Apps am häufigsten vorkommenden Funktion der „Push-Benachrichtigungen / -Alarmierungen" finden sich in Abb. 6 die häufigsten Funktionskombinationen.[4] Daran wird ersichtlich, dass Kartenanwendungen die zweithäufigste Funktion sind, die gemeinsam in Apps mit „Push-Benachrichtigungen / -Alarmierungen" vorkommen, gefolgt von „Allgemeine News / Informationen" sowie „Behörden- / Organisationsinformationen".

4. Praxis in Übungen und Reallagen

Zur Fragestellung über den tatsächlichen Einsatz von Smartphones oder speziellen Apps in Krisen und Katastrophen gibt es bisher keine dokumentierten Erfahrungswerte oder wissenschaftlichen Erhebungen. Die meisten Forschungsarbeiten befassen sich eher konzeptionell mit der Entwicklung von Smartphone-Apps oder der Einbindung von Social Media in die Krisen- und Katastrophenbewältigung (z. B.: ALISCH 2011; SUNG 2011; AL-AKKAD, RAFFELSBERGER 2014). Auch die zu erhebende Zahl der Downloads der Bevölkerungsschutz-Apps ist nicht mit der Zahl aktiv genutzter Apps allgemein oder gar in Krisen und Katastrophen gleichzusetzen, da aus den Zahlen in den App-Stores nicht ersichtlich wird, wie viele der heruntergeladenen Apps von den Nutzern auch aktiv genutzt werden.

Diskussion und Ausblick

Zunächst kann festgehalten werden, dass Bevölkerungsschutz-Apps international verbreitet sind und die Redundanz bestehender Warn- und Informationsinstrumente für den Krisen- und Katastrophenfall erhöhen. Ob damit eine Optimierung der Risiko- und Krisenkommunikation und des Selbstschutzes der Bevölkerung einhergeht, ist daraus nicht unmittelbar abzuleiten und sollte zukünftig Gegenstand der Sicherheitsforschung sein.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive empfiehlt es sich, für die Risiko- und Krisenkommunikation an gewohnte und eingeübte Kommunikations- und Informationspraxen anzuschließen. Angesicht der gesellschaftlichen Verbreitung von Smartphones haben die Anbieter daher unseres Erachtens bereits einen erfolgversprechenden Weg eingeschlagen. Weiterhin erscheint es ratsam, sich auch mit Blick auf die Funktionen an den Bedürfnissen der Bevölkerung[5] bzw. der direkt von Krisen oder Katastrophen

[4] Ausgenommen von der Betrachtung der kategorienübergreifenden Funktionskombinationen sind die Funktionen der Kategorie „Sonstiges", da diese als nachrangig für die Krisenprävention und -bewältigung angesehen werden können.

Betroffenen[6] zu orientieren. Auch hier deuten die identifizierten Funktionen und daraus abgeleiteten Kategorien im Querschnitt der untersuchten Apps[7] auf eine oftmalige Erfüllung dieses Kriteriums hin, denn die zentralen Funktionen dienen der Informationsvermittlung (z. B. über Lageentwicklung) und der Aufrechterhaltung der Kommunikation (z. B. mit Familie, Freunden, Bekannten).

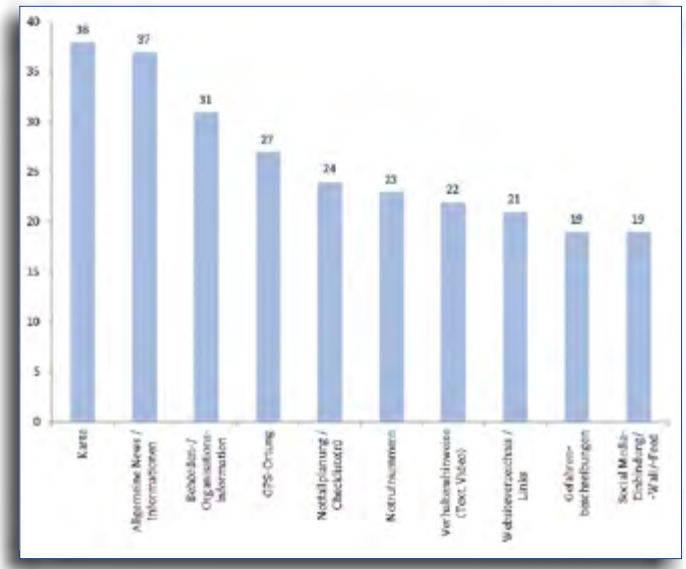


Abb. 6: Auftreten von Funktionen aller Kategorien in Kombination mit der Funktion „Push-Benachrichtigungen / Alarmierungen" (n=53).

Weiterhin lassen sich aus der Untersuchung auch zahlreiche Apps entnehmen, die zur Orientierung für eine Verbesserung bestehender Apps herangezogen werden können. Exemplarisch hervorgehoben werden können die Apps des „American Red Cross". Hier gibt es beispielsweise nach einer Beschäftigung mit Beschreibungen unterschiedlicher Schadenslagen und potenzieller Reaktionsweisen die Möglichkeit, in einem Quiz das Erlernte spielerisch abzufragen und Punkte zu sammeln. Auch die Flussdiagramme der App „Safety-Tips", die vor Vulkanausbrüchen, Unwettern oder Erdbeben warnt, sind an dieser Stelle erwähnenswert. So werden hier anhand einfacher Fragenabfolgen lageangepasste und bebilderte Handlungsvorschläge unterbreitet. Erwähnt seien auch die Funktionen „Chat" und „Radio" der israelischen App „Red Alert". Mittels der Chat-Funktion oder mittels eines Radio-Streams ist es den Nutzern möglich, sich über aktuelle Lageentwicklungen zu informieren. Nicht zuletzt soll auch die App EmergencyAUS erwähnt werden, die auf dem Crowdsourcing-Prinzip aufbaut und Hinweise auf Schadenslagen durch die Nutzer abbildet, die wiederum andere Nutzer ob ihrer Glaubhaftigkeit bewerten können. Bei allen zunächst als positiv zu betrachtenden Funktionen muss aber jeweils kritisch hinterfragt werden, ob die Anwendungen z. B. mit Blick auf die jeweilige Zielgruppe oder das Gesamtziel einer App problemlos übertragen werden können oder Anpassungen notwendig sind.

Darüber hinaus wird hier nicht für die Schaffung weiterer Apps, sondern für eine Fortentwicklung bestehender Systeme argumentiert, was unter anderem mit den Folgen durch den „Lock-in-Effekt" (WIRTZ 2009: S. 36; SHAPIRO, VARIAN 1999) zu begründen ist. Demgemäß wäre jeder Wechsel zu einer neuen App mit technischen oder psychischen Wechselbarrieren, d. h. Transaktionskosten (z. B. Aufwand der Installation der App, Gewöhnung an eine neue App) für die Nutzer verbunden. Diese führen, wenn sie zu hoch sind, dazu, dass die Nutzer es vorziehen, bei einem bekannten System zu bleiben. Zudem würde die Auseinandersetzung mit einer neuen App, insbesondere während eines Schadensereignisses, eine zusätzliche psychosoziale Belastung bedeuten, weshalb das Ziel in der Verbesserung der bestehenden und eingeführten Apps liegen sollte. Nicht zuletzt bedeutet die Markteinführung einer neuen App auch die Initiierung personal- und kostenintensiver Marketing-Maßnahmen.

Ein weiteres Problem ergibt sich durch das bisher fehlende Wissen zur Wirksamkeit der Apps. Die Recherchen zeigen, dass es noch keine Untersuchungen über einen effektiven Einsatz von Bevölkerungsschutz-Apps in Übungen oder Reallagen gibt.

Auch der Zusammenbruch der Mobilfunkinfrastruktur stellt eine Herausforderung für die angebotenen Apps dar. So sind alle getesteten Apps von einem funktionstüchtigen Mobilfunknetz abhängig. Erste Apps, die einen direkten ad-hoc Informations- und Kommunikationsaustausch über die diversen Schnittstellen von Smartphone zu Smartphone gestatten, gibt es bereits (z. B. FireChat oder Serval), doch ist die Anwendung dieser Technik im Bevölkerungsschutzkontext bisher noch nicht angekommen. Einen ersten Schritt in diese Richtung bedeutet das Verbundforschungsprojekt smarter.

Ausblick

Mit Blick auf die Analyse zeigt sich also, dass die Mehrzahl der untersuchten Apps multiszenarisch aufgebaut ist, jedoch für die Auswahl der Szenarien regions- oder landesspezifische Schadenslagen berücksichtigt werden. Eine für Deutschland angepasste App würde die Bevölkerung somit z. B. vor Bränden, Stürmen, Starkregen, Fluten oder extremen Winterwetterereignissen warnen. Ein Vorteil multiszenarischer Apps liegt in der Installation nur einer App für verschiedenste Warnmeldungen, womit für den Nutzer umgangen werden kann, dass er für jedes potenzielle Szenario eine App installieren muss.

---

[5] Es ist zu berücksichtigen, dass bei der Rede von „der Bevölkerung" ihre Diversität entlang soziodemografischer Variablen oder psychosozialer Aspekte mitgedacht werden muss (GEENEN 2010: S. 47–53).

[6] Für die direkt Betroffenen einer Krise oder Katastrophe ist beispielsweise deren Bedürfnis nach sozialer Anbindung, der Erfahrung von Selbstwirksamkeit und kollektiver Wirksamkeit, Anteilnahme, konkreten Hilfeleistungen oder gesicherten Informationen wichtig (LINDELL et al. 2016; HOBFOLL et al. 2007; MAWSON 2005).

[7] Auch wenn sich bei einzelnen Apps sowohl umfangreichere als auch noch ausbaufähigere Funktionsumfänge markieren lassen, so ist zugleich evident, dass nicht alle Apps jeweils alle Funktionen beinhalten können und werden. Insofern erscheint eine Beurteilung der Güte der Apps als äußerst diffizil. Hierzu wären weitere Informationen z. B. zum Ziel der App, zur Zielgruppe oder Praktikabilität bzw. Usability im Einsatz nötig.

Gleichzeitig sollte ein System die Flexibilität besitzen, auch kurzfristig unvorhergesehene Krisen- oder Katastrophenereignisse einbinden zu können. Aus den oben genannten Bedürfnissen direkt von einer Krise oder Katastrophe Betroffener lässt sich auf Erwartungen der Nutzer an den Funktionsumfang einer App schließen.[8] Eine App sollte daher mindestens die Grundbedürfnisse nach Information und Kommunikation befriedigen. Das heißt, dass ein Nutzer mindestens in der Lage sein sollte, aktuelle und gesicherte Informationen (ggf. integriert in Kartensysteme; bestenfalls aus vertrauenswürdigen offiziellen Quellen) zu erhalten und diese über Kurznachrichtendienste oder Soziale Medien weiter verbreiten zu können. Weiterhin empfiehlt es sich, eine Funktion wie das Versenden einer „I'm safe Notification" in eine App zu integrieren, da sie das Bedürfnis nach Kenntnis des Status von Freunden und Verwandten befriedigt. Ferner sind Funktionen zur Notfallvorbereitung via Checklisten oder mit Verhaltenshinweisen als Quasi-Standard anzusehen. Damit werden nicht nur Handlungsalternativen aufgezeigt, sondern auch die Selbsthilfekompetenz gesteigert. Die Herausforderung liegt jedoch darin, sowohl die Aufmerksamkeit der Nutzer auf diese Informationen zu lenken, als auch diese zielgruppengerecht aufzubereiten.[9]

SMARTER
Ad-hoc-Kommunikation bei Netzausfall

Das BMBF-Verbundforschungsprojekt smarter
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert seit März 2015 und bis Februar 2018 das Projekt smarter (Smartphone-based Communication Networks for Emergency Response). Das interdisziplinäre Projekt unter Beteiligung der TU Darmstadt, des Hessischen Telemedia Technologie Kompetenz-Centers e.V., der Universität Kassel und des BBK sowie weiterer Partner aus Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Wissenschaft strebt die Entwicklung einer infrastrukturunabhängigen Notfall-Kommunikation über Smartphones an. Bürgerinnen und Bürger sollen darüber untereinander und auch mit den BOS kommunizieren können.
Weitere Informationen: ***www.smarter-projekt.de***

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Reflektiert man schließlich die Analyseergebnisse speziell vor dem Hintergrund der NINA, zeigt sich, dass diese die zentralen Informationsangebote beinhaltet. Auch Optionen zur Verteilung der Lageinformationen über diverse Kommunikationsoptionen sind integriert. Ein direkter kommunikativer Austausch zwischen den Nutzern oder das Versenden einer „I'm alive Notification" ist mit der NINA jedoch nicht möglich. Hier zeigen sich also Erweiterungspotenziale, die jedoch vor der Folie des Datenschutzes reflektiert werden müssen. Eine weitere Herausforderung bildet die Tatsache, dass die NINA beim Ausfall des Mobilfunks nicht mehr verfügbar ist. Daher verweisen die o. g. Systeme zur ad-hoc-Kommunikation über Mesh Networks auf Weiterentwicklungspotenziale, die bereits durch das Projekt smarter fruchtbar gemacht werden.

NINA
Notfall-Informations- und Nachrichten-App

NINA
Mit der Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes, kurz Warn-App NINA, können Bund, Länder, Städte und Kommunen Warnmeldungen für unterschiedliche Gefahrenlagen verbreiten. Die Nutzer der App können neben den standortabhängigen Meldungen auch Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes und Hochwasserinformationen der zuständigen Stellen der Bundesländer erhalten. Somit ist die NINA für die zuständigen Behörden des Zivil- und Katastrophenschutzes ein wichtiger Informationskanal, um die Menschen über Gefahren zu informieren und Verhaltenshinweise zu geben.
Weitere Informationen: ***www.bbk.bund.de***

[8] Hier gilt noch zu bedenken, dass sich Bedürfnisse in Reallagen womöglich von den Nutzererwartungen unterscheiden können. Hinzu kommt, dass die App-Anbieter überwiegend Behörden sind und daher ggf. abweichende, aus der klassischen Gefahrenabwehr stammende Annahmen zu den Nutzerbedarfen besitzen, die derzeit in einigen Studien kritisch hinterfragt werden (SCHOPP, 2016).

[9] Als Beleg dafür lässt sich das Ergebnis einer durch das BBK durchgeführten Bevölkerungsbefragung nach einem Stromausfall in Hagen am 11.10.2016 anführen. Auf die Frage, ob Ratgeber zum richtigen Verhalten bei einem Stromausfall bekannt seien, antworteten alle Befragten mit „Nein". Dies erwies sich als erstaunlicher, da einige der Befragten u. a. die NINA-App auf ihren Smartphones installiert hatten, die entsprechende Hinweise beinhaltet. Für weitere Befunde aus der Umfrage s. http://www.bbk.bund.de/DE/TopThema/TT_2016/Umfrage_Stromausfall_Hagen.html.

Christoph Groneberg, Vitali Heidt und Thomas Knoch sind Referenten im Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* des BBK mit Arbeitsschwerpunkt im BMBF-Verbundprojekt smarter.
Dr. Jutta Helmerichs leitet das Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* des BBK.

Gemeinsam im Einsatz

Interorganisationale Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr

Mareike Mähler

Bei Einsätzen wie Wohnungsbränden oder größeren Schadensereignissen wie einem Massenanfall von Verletzten müssen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zusammenarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Polizei und die Feuerwehr. Die erfolgreiche Bewältigung gemeinsamer Einsätze kann nur durch ständige Abstimmung und genaue Kenntnisse über Zuständigkeiten geschehen. Bislang existiert zu Eigenschaften der Kooperation von Polizei und Feuerwehr wenig systematische Literatur. Dieser Artikel fasst die Ergebnisse der Dissertation der Autorin zusammen, in der Aspekte der Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr analysiert wurden.

Fragestellungen

Die zentrale Fragestellung der Dissertation lautete: Was charakterisiert die Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr im Einsatz? Weitere Forschungsfragen waren u. a.:

- Welche Rahmenbedingungen und Charakteristika existieren bei der Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr?
- Inwiefern prägen Organisations- und Berufskulturen von Polizei und Feuerwehr die Zusammenarbeit der beiden Organisationen?
- Welche Problembereiche und Erfolgsfaktoren gibt es bei der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Feuerwehr?

Methode und Stichprobe

Für die Studie wurden 2010 und 2011 je 10 Experten von Polizei und Feuerwehr aus Baden-Württemberg mithilfe eines teilstandardisierten Interviewleitfadens befragt. 19 der Experten waren männlich, eine Befragte weiblich. Die 20 Interviews wurden anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse mit Hilfe eines deduktiv-induktiv gemischten Kategoriensystems ausgewertet.

Die zehn Befragten bei der Polizei waren u. a. bei der Verkehrspolizei, im Revierdienst / Streifendienst sowie im Bereich Brand- ‚Waffen- und Sprengstoffdelikte tätig. Neun der Feuerwehrbeamten arbeiteten aktuell oder in der Vergangenheit bei einer Berufsfeuerwehr. Fünf der Teilnehmenden waren zusätzlich im Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Ergebnisse

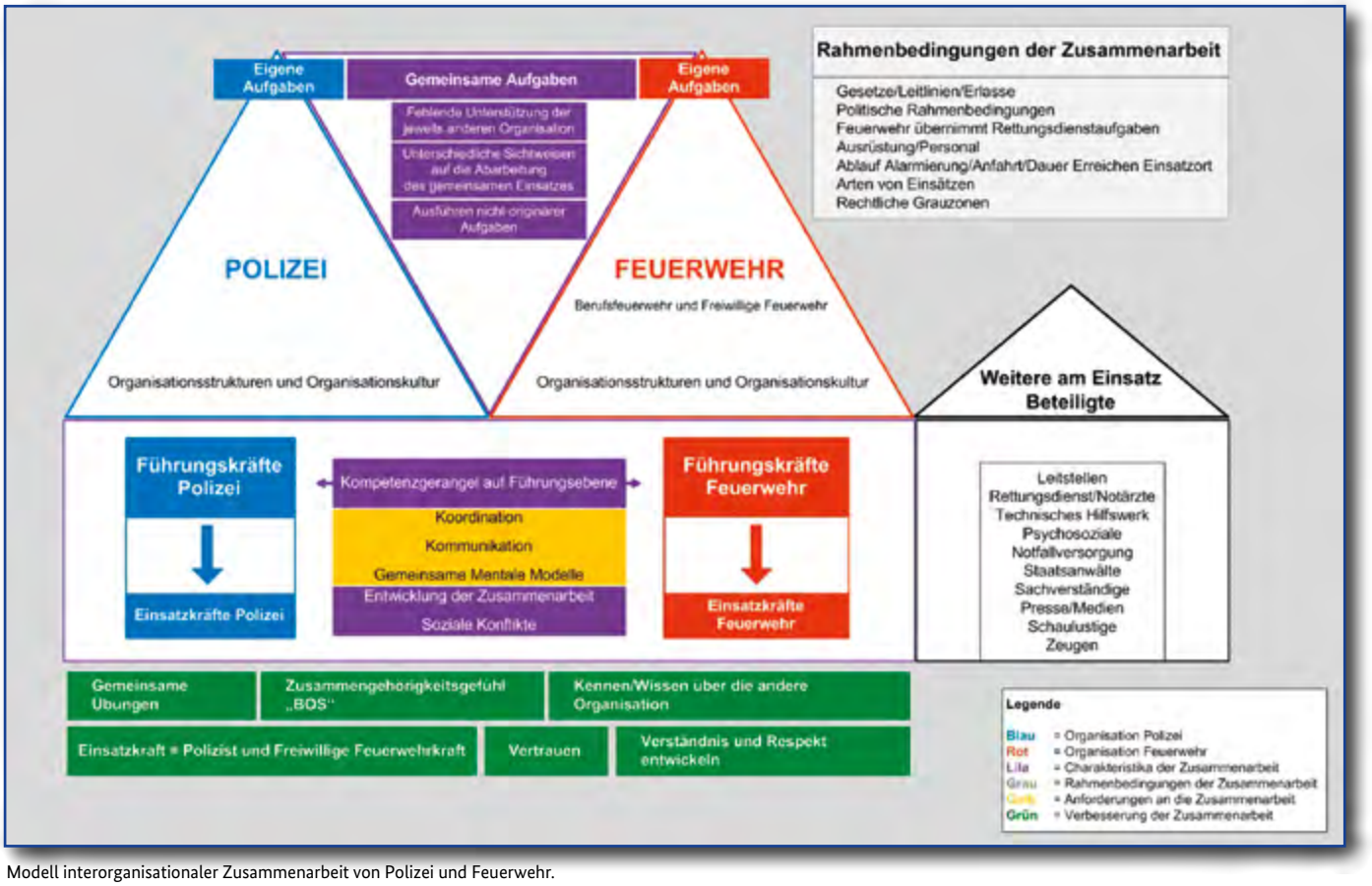
Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf das Bundesland Baden-Württemberg und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr zeigen die Ergebnisse einen Ist-Zustand aus den Jahren 2010 bzw. 2011 aus Sicht der 20 Experten. Die Ergebnisse wurden vor der Polizeireform in Baden-Württemberg im Jahr 2012 erhoben. Viele der Ergebnisse gelten heute dennoch. Um die Zusammenhänge zu veranschaulichen, wurden die Ergebnisse in einem Modell zusammengeführt. Das hier vorgeschlagene Modell soll eine ganzheitliche Sicht auf die Zusammenarbeit der beiden Organisationen ermöglichen.

Rahmenbedingungen und Charakteristika der Zusammenarbeit

Folgende Rahmenbedingungen (im Modell grau, s. S. 12) bestimmen die Ausgangssituation der Zusammenarbeit:

- gesetzliche Grundlagen (z. B. Polizeigesetze und Feuerwehrgesetze der Länder); auch: rechtliche „Grauzonen“,
- Einsatzarten, z. B. feuerwehrgeführte Einsätze wie Brand; polizeigeführte Einsätze wie Amok,
- Art und der Ablauf der Alarmierung von Polizei und Feuerwehr,
- benötigte Zeit der Einsatzkräfte bis zum Eintreffen am Einsatzort; Zeitpunkt, zu dem Einsatzkräfte vor Ort die Arbeit aufnehmen; welche der beiden Organisationen zuerst am Einsatzort eintrifft und Anzahl der Einsatzkräfte,
- Einsatzzeit, Wetterlage und die Gefahren für die Gesundheit der Einsatzkräfte,
- Örtlichkeit und deren Anbindung (Straßen, Schiene, Luft),
- verfügbares Personal z. B. der Einsatz einer Freiwilligen Feuerwehr und deren Ausrüstung.

Da nicht jeder Einsatz der Polizei und Feuerwehr bis ins Kleinste – sowohl in Gesetzen wie in Dienstvorschriften – geregelt ist, können rechtlich unklare Aufgaben und Zuständigkeiten bestehen. Teils übernehmen die Organisa-



Modell interorganisationaler Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr.

tionen nicht-originäre Aufgaben am Einsatzort. Beispielsweise kann es passieren, dass die Feuerwehr für die Polizei Absperrmaßnahmen übernimmt wenn das zuständige Personal der Polizei noch nicht vor Ort ist. Die genannten Rahmenbedingungen haben u. a. einen Einfluss auf den Verlauf des Einsatzes.

In der konkreten Zusammenarbeit treffen nicht nur Führungs- und Einsatzkräfte der Polizei und der Feuerwehr aufeinander. Auch weitere Organisationen, Institutionen und Personen (im Modell weiß) können und werden am Einsatz beteiligt sein. Dazu gehören beispielsweise die Leitstellen von Polizei und Feuerwehr, Rettungsdienste, die Presse und Mitarbeitende der Psychosozialen Notfallversorgung.

Zur Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr gehören folgende Charakteristika der Zusammenarbeit (im Modell lila):

- Art der Zusammenarbeit (eher jeder für sich oder wirklich gemeinsam),
- Führungsphilosophien: Führen „von hinten" bei der Polizei; Führen „von vorn" bei der Feuerwehr und damit verbunden der Aufenthaltsort des Polizeiführers bzw. des Einsatzleiters,
- eine ggf. vorhandene Geschichte der Zusammenarbeit aus früheren Einsätzen,
- ggf. vorhandene soziale Konflikte zwischen Einsatz- und / oder Führungskräften von Polizei und Feuerwehr.

Die Anforderungen an die Zusammenarbeit, Koordination, Kommunikation und gemeinsame mentale Modelle (im Modell gelb) sind bei der Zusammenarbeit am Einsatzort bedeutsam. Kommunikation ist ein entscheidender Faktor: So ist die Abstimmung von Führungs- und Einsatzkräften bezüglich der Aufgaben, Ressourcen, Strukturen und Prozesse im Einsatz zentral. Tauschen sich Polizei und Feuerwehr regelmäßig über die aktuelle Lage, das (gemeinsame) Vorgehen und die Aufgaben aus, kann dies zur Entwicklung gemeinsamer mentaler Modelle führen. Unregelmäßige Absprachen bzw. fehlender Informationsaustausch können andererseits zu Reibungsverlusten und Problemen in der Zusammenarbeit führen. Diese Absprachen sind im Einzelnen (Wer mit wem? Wann? Wie oft?) nicht formal vorgegeben und müssen im Einsatz oft erst ausgehandelt werden.

Organisations- und Berufskulturen

Die Aufgaben der Polizei sind Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Diesen Aufgaben wird mit bestimmten Organisationsstrukturen (z. B. Schutzpolizei, Kriminalpolizei) und Hierarchien (Führungs- und Einsatzkräfte) nachgekommen. Die Aufgaben der Feuerwehr sind nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr und das Schützen, Bergen, Retten und Löschen. Auch die Feuerwehr hat für diese Aufgaben passende Organisationsstrukturen geschaffen und bearbeitet ihre Einsätze in festgelegten Hierarchien mit Füh-

rungs- und Einsatzkräften. Vielerorts gibt es hierfür Freiwillige Feuerwehren. Die Feuerwehr hat also, ähnlich wie die Polizei, unterschiedliche Organisationsformen geschaffen, um ihre Aufgaben zu bearbeiten. Die Zusammenarbeit beider Organisationen wird in diesem Modell als interkulturelle Zusammenarbeit verstanden. Es wird dabei davon ausgegangen, dass Organisationskulturen in den Polizeien und Feuerwehren Orientierungssysteme des Wahrnehmens, Denkens und Handelns bzw. Maßstäbe zur Ausführung und Beurteilung von Handlungen in interkulturellen Situationen sind. Polizei und Feuerwehr werden als Organisation mit jeweils eigenen Organisationsstrukturen und einer eigenen Organisationskultur verstanden, die die „Dächer", also den Überbau der Arbeit und Zusammenarbeit bilden. Die jeweilige Organisationskultur prägt u. a. während eines Einsatzes das Handeln von Polizisten und Feuerwehrleuten am Einsatzort, sowie das Auftreten der Einsatzkräfte und das Verhältnis unterschiedlicher Organisationseinheiten von Polizei bzw. Feuerwehr untereinander. In den Interviews konnten Hinweise auf diese prägende Organisationskultur gefunden werden. Beispielsweise nannten Befragte der Polizei Verlässlichkeit, das „Leben" des Berufs, Teamgeist und die Zusammenarbeit vieler verschiedener Arten von Menschen sowie unterschiedliche Führungsstile als kollektive Werte, die den als „richtig" empfundenen Weg der Polizei als Organisation prägen. Befragte der Feuerwehr nannten Teamgeist, Hilfsbereitschaft, das Leben für und im Beruf, Professionalität, Strukturiertheit und klare Führungsstrukturen als kollektive Werte, die den „richtigen" Weg in der Organisation Feuerwehr prägen.

Problembereiche der Zusammenarbeit

Zu den Problembereichen der Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr wurden in den Interviews u. a. folgende Punkte genannt:

- fehlendes Personal bzw. fehlende Ressourcen, beispielsweise die Einsatzfähigkeit von kleinen Freiwilligen Feuerwehren tagsüber auf dem Land,
- Ausführung nicht originärer Aufgaben, die jenseits des Zuständigkeitsbereiches übernommen werden,
- Gegensätzliche Sichtweisen auf die Abarbeitung des gemeinsamen Einsatzes: beispielsweise kann beim Absperren von Fahrstreifen auf einer Autobahn nach einem Verkehrsunfall die Polizei den Verkehr über einen noch freien Fahrstreifen fließen lassen, während die Feuerwehr diesen Fahrstreifen aber für den Aufbau von Gerät und Materialien benötigt.
- Kompetenzgerangel auf Führungsebene: beispielsweise das Eingreifen einer Organisation in die originären Zuständigkeiten und den Einsatzablauf der anderen Organisation.
- Soziale Konflikte: Einsatzkräfte, die auf der persönlichen Ebene nicht miteinander arbeiten konnten, konnten ein Problem für die Zusammenarbeit darstellen; diese sind aber laut Aussagen der Befragten als „Extrembeispiele" und Ausnahmen einzustufen.
- Fehlende Unterstützung durch die andere Organisation: Polizisten und Feuerwehrleute wünschten sich teils mehr Unterstützung von der anderen Organisation. Ein befragter Polizeibeamter erklärte diese fehlende Unterstützung folgendermaßen: „Es ist ja irgendwie zu diesem Ereignis gekommen. Irgendeiner ist […] „Schuld". Da sind wir beim Thema besenreine Wohnung, da sind wir beim Thema Verkehrsunfall alle Spuren beseitigen indem ich erstmal alles zur Seite trete, dass ich Platz hab. […] Und ich denk, das ist das Hauptproblem. Ein Feuerwehrmann, ein reiner Feuerwehrmann, der denkt da gar nicht dran. […] Der hat seine Aufgabe, die will er erfüllen."
- teils Unklarheiten über die Finanzierung des Einsatzes: Welche Organisation trägt die Kosten?

Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit im Einsatz

Das Modell zeigt außerdem mögliche Erfolgsfaktoren für bestehende oder ggf. auftretende Probleme in der Zusammenarbeit auf (im Modell grün). Vielen Problemen, wie z. B. den gegensätzlichen Sichtweisen auf die Abarbeitung des gemeinsamen Einsatzes, könnte etwa durch gemeinsame Weiterbildungen entgegengewirkt werden.

Das Wissen über die Präferenzen, Bedürfnisse und Arbeitsweisen der jeweils anderen Organisation wurde als nützlicher Faktor für eine gute Zusammenarbeit genannt. Die damit vor einem Einsatz etablierten gemeinsamen mentalen Modelle bezüglich der Fähigkeiten, Rollen, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der jeweils anderen Organisation können eine erfolgreiche Zusammenarbeit fördern.

Die Zusammenarbeit wird außerdem durch Vertrauen zwischen den Einsatzkräften beider Organisationen und einem Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt sowie einem gegenseitigem Verständnis für die Vorgehensweise im Einsatz. Denn, wie ein Befragter der Feuerwehr schilderte: „Ob Strahlrohr oder Colt am Gürtel – wir haben alle das Herz auf dem richtigen Fleck!"

Das persönliche Kennen bzw. die Kontakte von Polizei und Feuerwehr, vor allem auf Einsatzleiterebene beider Organisationen, und die „Konstanz der Personen" aus der anderen Organisation wurden als wichtiges Kriterium genannt. Diese Aspekte können durch vorangegangene gemeinsame Übungen oder Weiterbildungen vorhanden sein. Eine gemeinsame Nachbereitung von Einsätzen wurde von den Befragten als Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit genannt. Entsandte Verbindungspersonen tragen zum besseren Austausch zwischen den Organisationen bei.

Diskussion

Bezogen auf die Förderung der Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr sollten gezielte Maßnahmen entwickelt und in den Organisationen implementiert werden. Eine Maßnahme könnten regelmäßige gemeinsame

Übungen (auch mit weiteren Einsatzorganisationen) sein. Gemeinsame Übungen sollten schon bekannte Probleme in der Zusammenarbeit adressieren und gemeinsam vor- und nachbereitet werden. Die investierte Zeit und das investierte Geld können eine reibungslosere Zusammenarbeit mit allen Einsatzkräften in bekannten und klaren Strukturen und Prozessen bewirken. Eine weitere Maßnahme könnten gemeinsame Weiterbildungen von Polizei und Feuerwehr (und ggf. weiteren BOS) sein. Sie können dazu beitragen, gegenseitiges Verständnis zu fördern, Wissen aufzubauen, Kontakte zu pflegen und Vertrauen zwischen den BOS zu bilden und zu stärken. Weiterbildungen der Feuerwehr für die Polizei und andersherum existieren nur in Einzelfällen. Die in den Interviews genannten Weiterbildungen wurden häufig aus einem erkannten Bedarf heraus und basierend auf dem Engagement von Einsatzkräften an der Basis initiiert. Gemeinsame bzw. gegenseitige Weiterbildungen von Polizei und Feuerwehr sollten in den Organisationen selbstverständlich sein, auf einem möglichst bundesweit einheitlichen Konzept aufbauen und bereits in der Grundausbildung von Polizisten und Feuerwehreinsatzkräften stattfinden. Hierfür bedarf es finanzieller Mittel und Zeit sowie einer Identifikation und Veränderung kulturell verankerter Mechanismen in den Organisationen. Dennoch könnten solche Investitionen auf lange Sicht helfen, Probleme, Reibungsverluste und Missverständnisse im Einsatz zu verhindern.

Nicht immer reibungslos: interorganisationale Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr. (Foto: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Außerdem sollten bundesweit einheitliche Standards gelten. Beispielsweise könnte es Ergänzungen zum Ablauf und der Struktur der interorganisationalen Zusammenarbeit in den Dienstvorschriften von Polizei und Feuerwehr geben. Diese sollten aber flexibel genug sind, um sie an regionale Gegebenheiten anzupassen.

Um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zu erreichen, sind zudem politische Instanzen und Entscheidungsträger gefragt. Politik und Vertreter der Einsatzorganisationen sollten weiterhin miteinander an der Vereinheitlichung, Verbesserung bzw. Verfeinerung und an der Praxisorientierung der Regeln, Leitlinien und Vorschriften / Gesetzen arbeiten, die die Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr bestimmen. Außerdem sollten sie deren Sinnhaftigkeit in regelmäßigen Abständen gemeinsam überprüfen.

Außerdem sind politische Instanzen bei der von den Experten in den Interviews angemahnten spärlichen Personaldecke gefragt. Notwendige bzw. mögliche Anpassungen der Personalstruktur sowie der Ausrüstung könnten im Dialog von Politik und Einsatzorganisationen behandelt werden. Diesen Austausch durch Zusammenarbeit von politischen Instanzen und Einsatzorganisationen zu initiieren, zu fördern, finanziell zu unterstützen und aufrechtzuerhalten ist sicherlich einer der am schwierigsten zu verändernden Aspekte der Zusammenarbeit von Polizei und Feuerwehr.

Die Wichtigkeit interorganisationaler Zusammenarbeit wurde in den vergangenen Jahren nicht nur in der Sicherheitsforschung und von den Einsatzorganisationen erkannt. Die Vorteile interorganisationaler Zusammenarbeit liegen im Zusammenwirken, effektiverer Kommunikation und Koordination und letztendlich in einem erfolgreich abgearbeiteten Einsatz. Dies gilt nicht nur für Polizei und Feuerwehr, sondern auch für andere BOS und am Einsatz Beteiligte. Interorganisationale Zusammenarbeit sollte organisational verankert, bereits in der Ausbildung vermittelt, durch Einsatzvor- und -nachbereitung flankiert sowie durch weitere Forschung unterstützt werden. „Gemeinsam im Einsatz“ zu sein sollte dabei auf einer Kooperationskultur fußen, die von Vertrauen, Verständnis, Lösungsorientierung und Offenheit geprägt ist.

Literatur

Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Dr. Mareike Mähler ist wissenschaftliche Mitarbeitern an der Universität Jena sowie Partnerin von Team HF Human Factors Forschung Beratung Training.

KIT-Teams im Auslandeinsatz

Drei Fragen an Dr. Andreas Müller-Cyran

Das Auswärtige Amt entsendet bei schweren Unglücksfällen und Katastrophen im Ausland, bei denen Bundesbürger zu Schaden gekommen sind, regelmäßig speziell vorbereitete Kriseninterventionsteams (KIT-Teams) aus Deutschland für die psychosoziale Akuthilfe am Unglücksort.

Herr Dr. Müller-Cyran, Sie haben diese Auslandseinsätze schon mehrfach im Auftrag des Auswärtigen Amtes durchgeführt. Warum ist es für die Betroffenen so wichtig, schon am Unglücksort von KIT-Teams aus Deutschland betreut zu werden?

Betroffene, also Überlebende, Vermissende oder Hinterbliebene, sind durch das Unglück psychisch extrem belastenden Erfahrungen ausgesetzt. Dem, was sie erleben und erleiden, sind sie als Fremde in einem fremden Land in ungewohnter Umgebung ausgesetzt. Sie brauchen die Ansprache und die Wahrnehmung in ihrer Muttersprache als Orientierung im Chaos, als erste emotionale Entlastung und auch um das, was sie erlebt haben, erzählen und loswerden zu können. Ich mache die Erfahrung, dass betroffene Deutsche unglaublich dankbar und erleichtert reagieren, nach allem, was sie durchmachen mussten, jemanden an der Seite zu haben, der für sie da ist.

Sollte man bei Todesfällen die Hinterbliebenen in Deutschland, die direkt nach Bekanntwerden der Katastrophe zum Unglücksort ins Ausland reisen wollen, ermutigen, sich auf den Weg zu machen, oder ihnen eher abraten?

Die Reaktionen Hinterbliebener sind unterschiedlich: einige haben zunächst kein Bedürfnis, in die Nähe des Unglücksortes zu gehen, andere wiederum wollen sich sofort auf den Weg machen, auch um mit eigenen Augen zu sehen und zu begreifen, was geschehen ist. Sie fühlen sich dort den Verunglückten näher. Aus Sicht der psychosozialen Betreuung ist es wichtig, dass den Betroffenen eine Begleitung durch auslandseinsatzerfahrene KIT-Teams angeboten werden kann. Wichtig ist es auch, im Fall von Vermissten sicherzustellen, dass jemand aus Familie oder Freundeskreis daheim bleibt um den Zugang zur Wohnung des Vermissten für die polizeiliche Arbeit zu ermöglichen.

Tage, Wochen oder auch Monate und Jahre später kann die Haltung sich übrigens ändern und die Betroffenen drängt es, den Ort des Ereignisses aufzusuchen. Besonders Jahrestage des Unglücks sind für viele Anlass, sich erstmals oder auch erneut auf den Weg zum Unglücksort zu machen.

Auch manche Überlebende entwickeln zur Verarbeitung des Erlebten ein starkes Bedürfnis, kontrolliert und mit Begleitung und Unterstützung von psychosozialen Fachleuten die Stelle ihres Überlebens nochmal aufzusuchen. Auch hier ist der Zeitpunkt unterschiedlich.

Wie setzt sich Ihr KIT-Team für den Auslandseinsatz fachlich zusammen und wie wird es vorbereitet?

Die eindeutig beste Vorbereitung liegt zunächst darin, als KIT-Mitarbeitende in alltagsnahen Einsätzen in der psychosozialen Notfallversorgung für Betroffene regelmäßig Erfahrungen zu sammeln. Das ist unverzichtbare Voraussetzung für eine qualifizierte Betreuung Notfallbetroffener im Ausland. Darüber hinaus kennen die Mitarbeiter dieser Teams die Besonderheiten und Herausforderungen, die mit der Akutbetreuung nach Unglücken im Ausland verbunden sind. Im Gegensatz zur alltagsnahen Arbeit sind sie in größeren Teams unterwegs und kooperieren sowohl mit Behördenvertretern im Gastland wie auch mit den Vertretern deutscher Behörden. Die Strukturen, in denen sie arbeiten, müssen ihnen klar sein. Auch ohne Impfschutz, einer gewissen körperlichen Fitness und Fremdsprachenkenntnissen ist die Arbeit außerhalb von Deutschland nicht denkbar.

Vielen Dank!

Dr. Andreas Müller-Cyran ist Rettungsassistent und katholischer Seelsorger und leitet im Bistum München die Abteilung Krisenpastoral. Er ist Gründer des Kriseninterventionsteams beim ASB-München. Das KIT-München gehört, gemeinsam mit einigen anderen Spezialeinsatzteams aus anderen Regionen Deutschlands, zum Expertenpool des Auswärtigen Amtes. Daneben wird das KIT-München regelmäßig auch für Einsätze mit Auslandsbezug im Auftrag des Bundesministeriums des Innern tätig (Identifizierungskommission des Bundeskriminalamtes / Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe / Bundesanstalt Technisches Hilfswerk).

MANV-PSNV

Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) nach öffentlichem Suizid in Frankfurt am Main

Hintergrund: Im Frühjahr 2016 wurden in Frankfurt am Main elf PSNV-Führungskräfte nach Vorgaben des BBK durch das Gesundheitsamt, die Branddirektion und die Notfallseelsorge ausgebildet und im städtischen PSNV-Konzept geschult. Im Mai wurde dieses neue „Angebot" bei einer Sitzung der Feuerwehr-Führungskräfte vorgestellt.

Peter Waterstraat

Am Donnerstag, den 30.06.2016 gegen 13:30 Uhr sprang ein Mann in suizidaler Absicht von der Dachterrasse eines Kaufhauses auf die Zeil, eine der meistbesuchten Einkaufsstraßen Deutschlands. Um 13:48 Uhr wurde der diensthabende Notfallseelsorger (der Autor Peter Waterstraat), der gleichzeitig Koordinator der PSNV der Stadt Frankfurt ist, von der Leitstelle alarmiert. Es war die Rede von vielen betroffenen Schülern, die Augenzeugen des Geschehens waren. Schon auf dem Weg zur Einsatzstelle, die sich nur ca. 800 Meter vom Gesundheitsamt entfernt befindet, wurde eine weitere PSNV-Führungskraft des Gesundheitsamtes informiert und telefonisch Rücksprache mit dem Hintergrunddienst der Notfallseelsorge bezüglich potenzieller Nachalarmierungen gehalten.

Gegen 14 Uhr erreichte der Autor die Einsatzstelle. Der zuständige Einsatzleiter der Feuerwehr hatte kurze Zeit vorher einen Vortrag zum Thema PSNV-Führungskräfte gehört, was eine gute gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit schaffte.

Die Lage an der Einsatzstelle erwies sich als sehr dynamisch und unübersichtlich. Es gab verschiedene Angaben über die Anzahl der Betroffenen, viele Schüler wurden bereits vom Rettungsdienst im Großraum-Krankentransportwagen (G-KTW) und auf der Straße betreut. Eine Schülerin war schon mit einer Freundin und einer Lehrerin als Begleitperson in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Da bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich wurde, dass dieser Einsatz in Bezug auf die psychosoziale Versorgung einer koordinierenden Struktur und weiterer Unterstützung bedurfte, übernahm der Autor die Funktion des Organisatorischen Leiters PSNV (OL-PSNV). Zusätzlich wurden drei weitere Notfallseelsorger und ein Psychologe des Gesundheitsamtes (auch PSNV-Führungskraft) zur Einsatzstelle gerufen. Mit dem Einsatzleiter, dem OLRD und LNA wurde vereinbart, dass die Schüler zum Gesundheitsamt gebracht werden, da vor Ort keine adäquate Betreuung möglich war. Eine Kirche als Betreuungsraum wurde verworfen, da sie als zu nahe am Geschehen liegend angesehen wurde. Vorbereitungen für die Betreuung im Gesundheitsamt wurden in Absprache mit dem ÄLRD getätigt.

Nachdem ein weiterer Bus der Feuerwehr (G-MTF) an der Einsatzstelle eingetroffen war, wurden die Schüler, nach Schulen getrennt (es handelte sich um drei Schulklassen aus zwei verschiedenen mittel- und nordhessischen Schulen) und von PSNV-Kräften begleitet, in das Gesundheitsamt gebracht. Auch ein stark belasteter Erwachsener mit psychiatrischer Vorgeschichte und akuten psychosomatischen Reaktionen wurde durch einen RTW in das Gesundheitsamt gebracht. Die Betreuung übernahm eine Psychiaterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes. Nach der Ankunft gegen 15:10 Uhr wurde in einer Lagebesprechung mit OLRD, OL-PSNV, ÄLRD, Amtsleitung und den Lehrerinnen das weitere Vorgehen abgestimmt und für einen späteren Zeitpunkt Busse zum Rücktransport über die Leitstelle angefordert. Durch den OL-PSNV wurden die Schulklassen über das weitere Vorgehen sowie über mögliche Reaktionen auf ein Ereignis dieser Art informiert. Besonders belastete Schüler wurden separat in kleineren Räumen betreut. In die laufende Betreuung wurden auch eine weitere Psychologin des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes und zwei Kinderärzte des Gesundheitsamtes eingebunden. Um 16:45 Uhr meldete sich ein weiterer Zeuge, der von der Polizei an das Gesundheitsamt verwiesen wurde. Dieser wurde auch in der Abteilung Psychiatrie beraten und konnte nach kurzer Zeit wieder nach Hause gehen.

Weitere Angestellte des Gesundheitsamtes sorgten für eine hervorragende Vorbereitung sowie einen reibungslosen Ablauf des gesamten Nachmittags.

Insgesamt wurden durch die PSNV an der Einsatzstelle und im Gesundheitsamt 75 Personen betreut, die sich wie folgt aufteilten:

- Zwei Schulklassen einer nordhessischen Schule mit 40 Schülern (12-15 Jahre) und drei Lehrkräften. Davon wurde eine Schülerin mit Freundin und Lehrerin im Krankenhaus behandelt.

- Schulklasse einer mittelhessischen Schule mit 25 Schülern (13-14 Jahre) und zwei Lehrkräften.
- Mutter mit Tochter an der Einsatzstelle.
- Erwachsener Zeuge mit Ehefrau (Transport zum Gesundheitsamt mit Rettungsdienst).
- Erwachsener Zeuge durch Polizei an Gesundheitsamt verwiesen.

Aufgabe des OL-PSNV war es, die Versorgung der Betroffenen, die je nach Nähe zum Ereignis und persönlicher Vorerfahrung unterschiedliche Schweregrade von Betroffenheit zeigten, zu koordinieren. Die Lehrerinnen wurden im mittel- und langfristigen Umgang mit diesem Ereignis beraten und mit Kontaktadressen und Informationsmaterial versorgt.

Die am Anfang starken emotionalen und körperlichen Reaktionen vieler Schüler relativierten sich im Laufe des Nachmittags und die Lage entspannte sich zunehmend. Einige Schüler wurden wieder aktiv (z. B. Fußballspielen im Hof) und durch die gegenseitige Unterstützung in Kleingruppen und individuelle Krisenintervention stabilisierten sich auch die am stärksten Betroffenen. Die Lehrerinnen waren sehr kooperativ und ihr Umgang mit der belastenden Situation war sehr gut. Um 17:50 Uhr fuhr der erste Bus los, um 18:00 Uhr wurde die ins Krankenhaus eingelieferte Schülerin mit einem RTW gebracht, so dass auch sie um 19:20 Uhr mit dem zweiten Bus gemeinsam mit ihrer Klasse nach Hause fahren konnte.

Im Nachhinein wurde bekannt, dass vier weitere Augenzeugen extern betreut wurden:

- Drei Selbsteinweiser in die Klinik Maingau vom Roten Kreuz, welche ca. einen Kilometer vom Ereignisort entfernt ist, wurden durch die Klinikseelsorge betreut. Einer dieser Augenzeugen war vom Suizidenten gestreift worden.
- Telefonische Beratung einer Augenzeugin durch die Notfallseelsorge (eine Woche nach dem Ereignis).

An der Betreuung im Gesundheitsamt waren insgesamt 22 Personen beteiligt:

- 3 Führungskräfte
  - ÄLRD,
  - OLRD und
  - Amtsleitung
- 7 PSNV-Kräfte
  - 1 OL-PSNV
  - 3 Notfallseelsorger (plus 1 Hintergrunddienst)
  - 2 Psychologen, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst
  - 1 Psychiaterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes
- 2 weitere Fachkräfte
  - Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin
- 10 weitere Kräfte
  - Versorgung
  - Logistik
  - Liegenschaftsmanagement

Im Nachgang zu diesem Einsatz fand eine standardmäßige telefonische Nachbesprechung mit dem Hintergrunddienst der Notfallseelsorge statt und es wurde eine Dankesmail an alle beteiligten Kräfte des Gesundheitsamtes geschickt. Eine Woche später fand eine Nachbesprechung aller PSNV-Kräfte statt.

Bezüglich der mittel- und langfristigen Versorgung der Schüler wurde nach ca. zwei Wochen mit den verantwortlichen Lehrerinnen telefoniert. Diese berichteten, dass im Nachgang der schulpsychologische Dienst, die Elternschaft und in einem Fall auch die Schulseelsorge eingebunden waren. Es gab mehrere Angebote von Einzel- und Gruppengesprächen. Einzelne Schüler wurden in Psychotherapien vermittelt.

Abschließend gibt es bei diesem Einsatz, der als klassischer „MANV-PSNV“ zu kategorisieren ist (wenige körperlich Verletzte, viele Betroffenen im Sinne der PSNV), einige Merkmale, die es sich lohnt näher zu betrachten. In diesen Lagen dauert die PSNV meistens viel länger als die Feuerwehr-, rettungsdienstlichen und polizeilichen Maßnahmen. Deswegen bedarf es hier verlässlicher Führungsstrukturen, die in der Lage sind, adäquate PSNV-Maßnahmen zu initiieren und zu koordinieren. Es war zu beobachten, dass die Klassenverbünde im Gegensatz zu den meisten individuellen Augenzeugen am Ereignisort verblieben und es erst dadurch zu einer großen, für die PSNV erreichbaren Betroffenengruppe kam. Die Selbsteinweiser in der nahegelegenen Klinik und die Person, die ins Gesundheitsamt kam, zeigen aber eindrucksvoll, dass ein Bedarf an PSNV in der Akutphase auch bei solchen Augenzeugen besteht, die sich vom Ereignisort entfernen. Am schwersten betroffen waren vier Personen mit ähnlichen Vorerfahrungen oder persönlichen Verbindungen zum Thema Suizid. Bei zwei Betroffenen mit bekannten psychiatrischen Vorerkrankungen erwies sich die Verankerung der PSNV im öffentlichen Gesundheitsdienst und hier im Speziellen in der Abteilung Psychiatrie als absolut hilfreich, weil dadurch ad hoc weiterführende fachliche Hilfe angeboten werden konnte. Insgesamt waren bei dem hier beschriebenen Beispiel folgende Faktoren ausschlaggebend für einen reibungslosen Ablauf und einen erfolgreichen PSNV-Einsatz: Vorhandensein eines kommunalen PSNV-Konzeptes sowie dessen Bekanntmachung unter den Hauptakteuren, gezielte Vorbereitung, gute Vernetzung und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Peter Waterstraat (Dipl. Sozialarbeiter/-pädagoge und Master in Disaster Management and Risk Governance) ist für die Koordination der PSNV im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main zuständig.

Der fluchende Feuerwehrmann

Aus der Praxis der Krisenintervention (KIT)

Peter Zehentner

Wenn ich vom KIT-München und von den Menschen erzähle, die dort arbeiten, kommt oft die Frage auf, warum jemand zwei Jahre Ausbildung für ein Ehrenamt auf sich nimmt, um dann in seiner Freizeit mit Menschen zu tun zu haben, die in Situationen geraten, die sich keiner wünscht und die man lieber meidet. Natürlich kann ich nicht jede Motivation meiner zweiundvierzig Kolleginnen und Kollegen kennen, doch ich möchte gerne meine eigene beschreiben, von der ich glaube, dass viele von den KIT-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sie teilen.

Es war nachts um zwei, kurz vor Weihnachten, München erinnerte an ein Wintermärchen, so eingeschneit war die Stadt, als mich der Piepser aus dem Tiefschlaf riss. Von der Rettungsleitstelle erfuhr ich, dass mein Einsatz der Betreuung einer Mutter bei laufender Reanimation ihres Säuglings galt. Über Funk hörte ich im KIT-Fahrzeug, wie ein Kollege vom Rettungsdienst am Einsatzort das avisierte Bett in der Klinik abbestellte. Der Säugling war also verstorben. Nach einer kurzen Pause begann es erneut zu schneien, dicke Flocken fielen vom Himmel. Alles war so leise, gedämpft, sogar die Einsatzfahrzeuge vor dem Haus, einem vierstöckigen Altbau in der Nähe des Englischen Gartens, wirkten wie in Watte gepackt. Das Zucken der Blaulichter hatte etwas Unwirkliches, es kam mir vor, als würden sie langsamer blitzen. An einem Hilfeleistungslöschfahrzeug, wie die großen roten Wagen der Feuerwehr genannt werden, lehnte ein Feuerwehrmann und rauchte eine Zigarette. Ich grüßte ihn. Er winkte mich zu sich. „Kimm amoi bittschön her, ich muss dir was erzählen“. Und das machte er dann auch.

„Wie wir angekommen sind, hat die Mutter das tote Baby schon reanimiert. Der Kollege von der Leitstelle hat ihr erklärt, was sie machen muss. Und sie wollte dann auch nicht weg, wie wir übernommen haben.“

„Das passt schon“, sagte ich. Unserer Ansicht nach sollen diejenigen Angehörigen, die das möchten, bei einer Reanimation dabei sein dürfen.

„Aber jetzt hab ich ein Problem“, seufzte der Kollege.

„Was für eins?“, erkundigte ich mich.

„Des is mir voll peinlich. Aber anscheinend hab ich bei der Reanimation brutal geflucht. Ich hab des ja gar ned gemerkt. Die Kollegen hams mir erzählt. Und jetzt wär meine Bitte an dich, dass du der Frau da oben sagst, dass ich nicht wegen ihr geflucht hab. Ich hab auch nicht geflucht, weil ich um zwei in der Nacht ausm Schlaf gerissen worden bin. Ich bin a Feuerwehrmann und Rettungsassistent mit Leib und Seele, und ich steh gern auf, wenn’s wichtig ist, und des war total wichtig. Aba des Scheiß-EKG hat mich fertig gemacht.“

Ich verstand nur Bahnhof.

„Wir ham des EKG-Gerät gestern aus der Reparatur gekriegt. Und was is? Nach zwei Minuten gibt’s schon wieder den Geist auf. So a Schlamperei! Da habe ich mich halt aufregen müssen. Und jetzt denk ich mir, vielleicht glaubt die Mutter, dass wir ihr Baby hätten retten können. Aber bei meiner Ehre, ich sag dir: Da war nix mehr zum Machen, damit hat des EKG nix zu tun gehabt. Und darum tut mir des mit dem Fluchen jetzt auch so scheißleid. Sagst du des dera Frau?“

„Das mach ich.“

Über eine knarzende, breite Holztreppe gelangte ich in den ersten Stock des Hauses. Ich traf zwei Streifenpolizisten und einen alten Bekannten von der Kripo, Herrn Kreuzer. „Kannst ihn anziehen“, ließ er mich wissen.

Ich entfernte den Beatmungsschlauch aus dem Hals des Säuglings und die Nadel aus dem speckigen Ärmchen. Dann stellte mich Herr Kreuzer der Mutter vor. Nach einem kurzen Gespräch und der Frage, ob sie dies möchte, holte ich das Kind aus der Wiege und legte ihr den Säugling in den Arm. Und während sie ihn leise weinend betastete und liebkoste, dachte ich, das das Wort begreifen wirklich etwas mit anfassen zu tun hat. Indem sie ihr totes Kind berührte, drang die schreckliche Gewissheit in sie ein. Der Vater des Kindes erschien mit einem Kollegen aus seiner Nachtschicht, und auch ihm half das Berühren beim Begreifen.

Einige Zeit nachdem die Großeltern eingetroffen waren, klingelte der Bestatter, den die Polizei informiert hatte, da es sich um einen unklaren Tod handelte und der Säugling beschlagnahmt war. Der Mann war allein gekommen, den weißen Kindersarg, den er unter einen Arm geklemmt trug, konnte er ohne Hilfe tragen. Herr Kreuzer hielt den Mann im Flur auf. „Warten’S amal kurz, bitte.“ Dann fragte er mich: „Wär es nicht gut, wenn die Eltern das machen würden?“

Wir boten es ihnen an, dann stellten wir den Sarg auf den Wohnzimmertisch, der Bestatter öffnete ihn, und die Eltern konnten ihr Kind zur letzten Ruhe betten. Auch wenn es in der Rechtsmedizin wieder herausgenommen würde, so war dies doch ein wichtiger ritueller Akt, und ich war beeindruckt von der Feinfühligkeit des Kriminalers. Als auch noch die Großeltern erschienen, merkte ich, dass es ein guter Zeitpunkt war, mich zu verabschieden. Diese

Familie gab sich gegenseitig Halt. Meine Kollegen waren bereits abgerückt. Aber ich hatte ja noch ein Versprechen einzulösen, das ich dem Kollegen von der Feuerwehr gegeben hatte. So fragte ich die Mutter: „Frau Steinel, wie haben Sie den Einsatz vom Rettungsdienst denn erlebt?“ Ich nahm an, sie würde sich nun über den fluchenden Feuerwehrmann beschweren. Ich stellte mich darauf ein, ihr zu erklären, was der Kollege mir erzählt hatte.

Der Beitrag ist ein Auszug aus dem Buch „Wenn der Tod plötzlich kommt“, herausgegeben von Andreas Müller-Cyran und Peter Zehentner, erschienen 2013 im Wilhelm Heyne Verlag, München.

Stattdessen sagte sie: „Ich bin aufgewacht, weil ich zur Toilette musste. Da habe ich nach Jonas geschaut und gemerkt, dass er nicht mehr atmet. Ich habe sofort die 112 gewählt und alles gemacht, was die Frau am Telefon mir sagte, bis die Helfer kamen. Es waren sehr viele Leute, und alle haben alles Menschenmögliche getan. Aber einer von der Feuerwehr, der schon ein wenig älter war, hat bis zum Letzten um unser Kind gerungen, zum Schluss war er völlig durchgeschwitzt. Schauen Sie sich den Küchentisch an, er ist noch ganz nass, so hat der Mann um mein Kind gekämpft! Es hat zwar“, sie schluchzte, „nichts geholfen, aber ich bin ihnen allen unendlich dankbar.“

Dem Philosophen Theodor W. Adorno wird der Satz zugeschrieben: „Im Abschied halten die Begriffe inne und werden zu Bildern“.

Wenn das KIT erscheint, ist das Schreckliche geschehen und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Der Tod ist eine Einbahnstraße. Dass er zu keiner Sackgasse wird, dafür setzen wir uns ein, gerade auch indem wir die Menschen darin unterstützen, ihre Bilder zu schaffen, mit denen es sich weiterleben lässt. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Säugling beim Abschied mit aufgeschnittenem Strampelanzug, einen Schlauch im Hals und einer Kanüle im Arm auf dem Teppich liegt. Oder ob er friedlich auf einem weißen Kissen ruht oder fast wie schlafend in den Armen der Mutter oder des Vaters liegt. Dies für die Menschen zu tun, ist meine Motivation. Und ich bin mir sicher, dass ich damit im KIT-München nicht alleine bin.

Peter Zehentner ist Rettungsassistent, Diplom-Sozialpädagoge und Supervisor. Seit 1999 ist er hauptamtlicher Leiter des Kriseninterventionsteams beim ASB-München.

Konsensus-Prozess als wesentlicher Impuls für die PSNV

Zusammenfassung einer Master-Arbeit über Auswirkungen des Konsensus-Prozesses

Sebastian Hoppe

Zwischen 2007 und 2010 fand ein Konsensus-Prozess zur Qualitätssicherung in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) statt, initiiert und moderiert vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Dabei handelte es sich um eine Arbeits- und Abstimmungsprozess mit 120 Delegierten aus 45 Institutionen und Organisationen, die die PSNV in Deutschland maßgeblich verantworten, anbieten und anwenden, und bis zu deren Abschluss insgesamt 31 Leitlinien formuliert wurden[1]. In meiner Master-Arbeit (Studiengang: Master of Arts Psychologie) habe ich einzelne dieser Leitlinien daraufhin untersucht, inwieweit sie bis heute – etwa sechs Jahre nach Ende des Konsensus-Prozesses – in der Einsatzpraxis der PSNV umgesetzt werden konnten. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag dabei im Bereich der Psychosozialen Notfallversorgung für Betroffene (PSNV-B) und innerhalb dessen auf der Phase der Psychosozialen Akuthilfen (dem Tätigkeitsbereich u. a. der Krisenintervention und Notfallseelsorge). Um Bedeutung und möglichen Nutzen der Leitlinien zu veranschaulichen, wurden zusätzlich zwei Einsatzbeispiele aus Sicht der PSNV-B beschrieben: Der Einsatz nach dem Zugunglück von Eschede 1998 (vor dem Konsensus-Prozess) und derjenige nach dem Zugunglück von Bad Aibling 2016 (danach). Die Forschungsfrage der Arbeit lautete: Inwieweit – und mit welchen Auswirkungen – konnten ausgewählte Leitlinien des Konsensus-Prozesses bereits in der Einsatzpraxis der Psychosozialen Akuthilfen umgesetzt werden?

Konsensuskonferenz mit Abstimmung über PSNV-Qualitätsstandards und Leitlinien. (Foto: BBK)

Methodik

Da zur genannten Fragestellung (Umsetzungsstand der Leitlinien und Verlauf der beiden gewählten Einsatzbeispiele aus Sicht der PSNV-B) bislang praktisch keine Fachliteratur vorhanden ist, wurden sogenannte Experteninterviews als Hauptinformationsquelle gewählt. Während dieser Gespräche bot ein halbstrukturierter Interviewleitfaden zu jedem Zeitpunkt Orientierung – dennoch konnte auf die Äußerungen der Gesprächspartner auch durch spontane Nachfragen vertiefend eingegangen werden. Auf diese Weise wurden insgesamt zehn Gespräche mit erfahrenen Akteuren der PSNV geführt, zwei weitere Institutionen stellten schriftliche Stellungnahmen zur Verfügung. Alle Gespräche wurden akustisch aufgezeichnet und später verschriftlicht. So ergaben sich insgesamt über 250 Seiten Interviewtranskripte, die mit dem Verfahren der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Meuser und Nagel (1991) ausgewertet wurden.

Ergebnisse

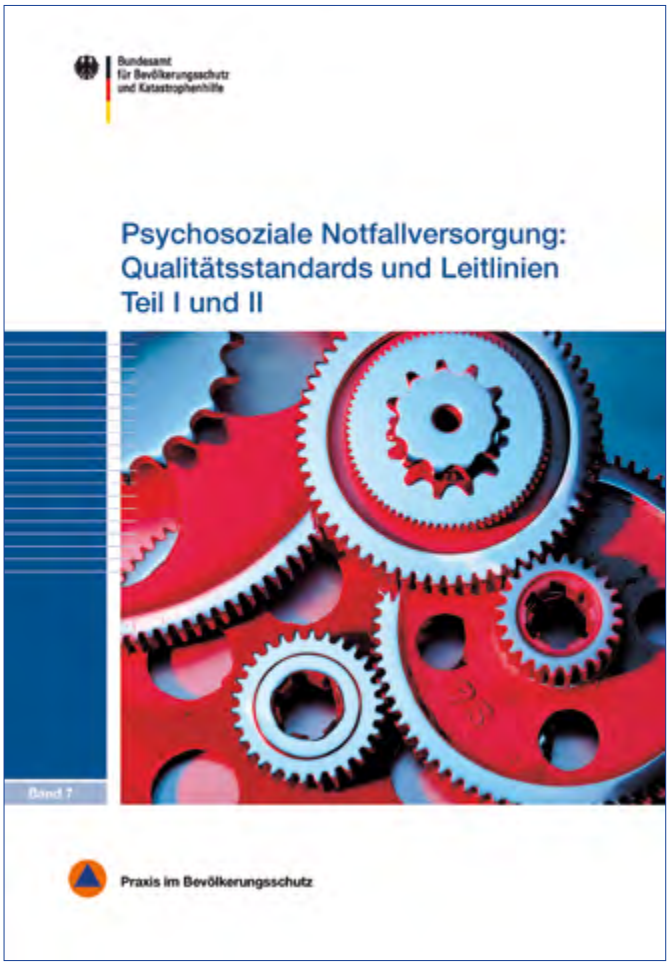
Konsensus-Leitlinien

Die Untersuchung ergab, dass die Leitlinien in sehr unterschiedlichem Maße in der Einsatzpraxis umgesetzt werden konnten. Während einzelne Leitlinien bereits als überwiegend umgesetzt gelten können, offenbaren andere Leitlinien noch deutliches Entwicklungspotenzial.

[1] Sämtliche Leitlinien sowie zahlreiche weitere Inhalte des Konsensus-Prozesses sind veröffentlicht in: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (Hrsg.) (2012). Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien Teil I und II. Praxis im Bevölkerungsschutz Band 7. Bonn: BBK.

So gelang es etwa, bundesweit ein inzwischen annähernd flächendeckendes Netz psychosozialer Akuthilfe aufzubauen. Selbst wenn in einzelnen Regionen noch keine Notfallseelsorge- oder Kriseninterventionsteams eingerichtet sind, können zumindest in der Umgebung ansässige Teams innerhalb kurzer Zeit hinzugezogen werden.

Derweil ist beispielsweise die Ausbildung und Bereitstellung sogenannter PSNV-Führungskräfte durch die Kommunen nur in Teilen deutlich vorangeschritten. Während bundesweit bereits zahlreiche Leiter PSNV benannt wurden (es besteht allerdings noch kein flächendeckendes Netz), so sind die Führungskräftepositionen Fachberater PSNV im Stab und PSNV-Führungsassistent sehr viel weniger verbreitet.



Einsatzbeispiele

Die Darstellung des Einsatzes in Eschede 1998 aus Sicht der PSNV-B macht in erster Linie auf typische Probleme bei Großschadenslagen und den Stand der PSNV Ende der 90er Jahre aufmerksam. Ganz überwiegend mussten die Strukturen improvisiert werden: Auf ein derart katastrophales Unglücksszenario waren die PSNV-Akteure in der Gefahrenabwehr- und Katastrophenschutzorganisationen nicht vorbereitet gewesen. Dennoch konnte in vielen Bereichen auf pragmatische Art und Weise wichtige Unterstützung geleistet werden.

In der Beschreibung des Einsatzverlaufes von Bad Aibling 2016 wurde der Fokus auf den Umsetzungsstand der untersuchten Leitlinien gelegt. Wesentlichster Befund dieser Untersuchung ist die nur eingeschränkte Integration der PSNV-Strukturen auf Ebene des Landkreises. Bis zum Unglückszeitpunkt war es im betreffenden Landkreis nicht gelungen, einige aus Sicht der PSNV-B für eine Großschadenslage elementare Strukturen zu etablieren: Die sofortige Alarmierung der PSNV-Akteure, die Benennung eines Leiters PSNV, das Hinzuziehen der (in Bayern vorhandenen) Landeszentralstelle – dies sind nur einige der Punkte, die im Einsatz am 9. Februar 2016 nicht gegeben waren. Stattdessen verstrich wertvolle Zeit, bis die Akteure der PSNV-B die für ihre Zielgruppe (die leicht und unverletzten Überlebenden) eingerichtete Betreuungsstelle überhaupt auffinden konnten.

Doch der betreffende Landkreis war keineswegs verpflichtet, die fraglichen Strukturen vorzuhalten. Schließlich handelt es sich bei den Ergebnissen des Konsensus-Prozesses um Leitlinien, nicht um Richtlinien. Ende Oktober 2016 wurde ein Gesetzentwurf der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion veröffentlicht, der die Kommunen zu einer Vorhaltung entsprechender PSNV-Strukturen verpflichten soll[2].

Fazit und Ausblick

Die Untersuchung der Master-Arbeit zeigt die erwartungsgemäß hohe Heterogenität im Grad der Umsetzung der einzelnen Leitlinien. In allen im Rahmen dieser Arbeit geführten Gesprächen wurde die Relevanz des Konsensus-Prozesses und sein positiver Impuls für die PSNV-Landschaft unterstrichen. Sechs Jahre nach Ende des Konsensus-Prozesses wäre die PSNV-Landschaft eine deutlich andere, wenn es den Konsensus nicht gegeben hätte. Der Umstand, dass es sich bei den Leitlinien nur um Empfehlungen, nicht aber um Verpflichtungen handelt, erschwert naturgemäß die Umsetzung (dafür ist der Einsatzverlauf von Bad Aibling ein Beispiel, aus dem bedeutende Lehren für zukünftige Szenarien gezogen werden können). Doch der Konsensus-Prozess gibt allen PSNV-Akteuren ein differenziert ausgearbeitetes Konzept an die Hand, das eine sehr gute Handlungs- und auch Argumentationsgrundlage darstellt.

Auf Basis der hier knapp zusammengefassten Untersuchung konnten einige Themengebiete des Bereiches PSNV als zentrale Entwicklungsfelder der kommenden Jahre benannt werden. Dazu zählt u. a. die schon angesprochene mögliche gesetzliche Verankerung der PSNV, der hohe Bedarf an evidenzbasierter Forschung in der PSNV sowie etwa auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und PSNV.

Sebastian Hoppe hat Psychologie an der International Psychoanalytic University Berlin studiert und arbeitet im Institut für Traumatherapie Oliver Schubbe Berlin.

[2] Der Gesetzentwurf für ein Bayerisches Psychosoziales Notfallversorgungsgesetz ist unter www.bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/gesetzentwurf-580f3f301bc43.pdf kostenfrei herunterzuladen (Zugriff am 18.12.2016).

Forschung zu PSNV-Führungskräfteausbildung

Wissenschaftliche Evaluation verzahnter Führungskräftequalifizierungen von Bund und Ländern in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV)

Mareike Mähler, Gesine Hofinger, Laura Künzer und Robert Zinke

Nach dem Konsensusprozess zur Qualitätssicherung in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV; BBK, 2012) ist die PSNV in die bestehenden Strukturen des Katastrophenschutzes in Deutschland einzubinden. Damit ist es nötig, für komplexe Schadenslagen PSNV-Führungskräfte auszubilden und vorzuhalten. Für die Qualifizierung dieser Funktionen wurden deshalb durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Curricula, Checklisten und Handlungsleitfäden entwickelt. An der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK wurden Multiplikatoren geschult, die anschließend als Lehrkräfte für die PSNV-Führungskräfte in den Ländern zur Verfügung stehen.

Die Teilnehmenden füllten Evaluationsfragebogen aus.

Das vom BBK geförderte, und an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 08 / 2013 bis 10 / 2016 durchgeführte Forschungsprojekt „Evaluation der Ausbildung und des Einsatzes von Führungskräften der psychosozialen Notfallversorgung in komplexen Gefahren- und Schadenslagen (EvAFüPSNV)“ überprüfte, ob und wie die im Konsensusprozess festgelegten Inhalte durch die Abfolge „Multiplikatorenqualifikation – Qualifikation Führungskräfte PSNV – Einsatz in Übungen / Reallagen“ angemessen gelehrt und umgesetzt werden können. Die Evaluation erfolgte in drei Schritten, basierend auf einem adaptierten Mehrebenen-Evaluationsmodell nach Kirkpatrick (1998):

1. Evaluation der Multiplikatorenseminare an der AKNZ des BBK von 2013-2016 (Ebene Bund)
2. Evaluation der Seminare der qualifizierten Lehrkräfte (Multiplikatoren) in Einrichtungen von Einsatzorganisationen der Länder in 2014 und 2015 (Ebene Land)
3. Evaluation der Umsetzung der Lehrinhalte durch die Führungskräfte PSNV in Übungen oder realen Einsätzen 2015 und 2016 (Ebene Übung / Realeinsatz)

Bei allen Evaluationsschritten wurden nicht die Kompetenzen der Dozent/-innen oder die Leistung der Teilnehmenden evaluiert. Vielmehr wurden die jeweiligen Seminarkonzepte und -themen sowie eingesetzte Materialien bezüglich Relevanz, Nützlichkeit und Umsetzbarkeit bewertet.

Evaluation der Multiplikatorenseminare an der AKNZ (Ebene Bund)

Fünf Train-the-Trainer-Seminare (TTT) „Qualifizierung von Multiplikatoren zur Fortbildung von PSNV Führungskräften“ wurden an der AKNZ evaluiert. Insgesamt 66 Teilnehmende bewerteten Nützlichkeit, Relevanz und Umsetzbarkeit der Seminarinhalte. Die Bewertungen wurden mit Fragebögen und Skalenbewertungen erhoben. Vor den TTT-Seminaren wurde mit Fragebogen Vorerfahrungen, Qualifizierungen in PSNV sowie Erwartungen an das Seminar erfasst. Bei allen TTT-Seminaren war auch ein Projektmitglied vor Ort und beobachtete den Seminarverlauf. Jeweils drei Monate nach dem Seminar wurden insgesamt 45 Teilnehmende telefonisch zu ihren Erfahrungen in der Umsetzung der Seminarinhalte und zu den noch erinnerten Themen nachbefragt. Alle Evaluationsergebnisse wurden dem BBK-Dozententeam vorgestellt; Verbesserungsvorschläge flossen in die folgenden Seminare ein (formative Evaluation).

Folgende Aspekte lassen sich aus den vielfältigen und detaillierten Ergebnissen übergreifend festhalten:

- alle TTT-Seminare wurden überwiegend positiv durch die Teilnehmenden bewertet;
- Übungen und Gruppenarbeiten in den Seminaren wurden von den Teilnehmenden als besonders nützlich, relevant und umsetzbar / praxistauglich für eigene PSNV-Führungskräftequalifizierungen angesehen;
- der überwiegende Teil der Teilnehmenden fühlte sich nach dem TTT-Seminar sicherer und gut vorbereitet auf die Aufgabe, PSNV-Führungskräfte im eigenen Bundesland zu qualifizieren und beabsichtige dabei auch die Inhalte und Materialien des TTT-Seminars zu nutzen.

Evaluation der Qualifizierung von PSNV-Führungskräften (Ebene Land)

Auf Länderebene wurden insgesamt sechs Qualifizierungen für verschiedene PSNV-Führungsfunktionen (Fachberatung, Leitung und Führungsassistenz PSNV) in Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und im Saarland evaluiert. Die leitenden Dozenten dieser Qualifizierungen hatten je an einem TTT-Seminar teilgenommen.

Die Evaluationsmethoden der TTT-Seminare wurden auf die jeweiligen Qualifizierungen in den Ländern angepasst: Vorerhebung mit Fragebogen, Fragebögen und Skalenbewertungen im Seminar von insgesamt 59 Teilnehmenden, Seminarbeobachtung durch ein Projektmitglied, telefonisches Follow-Up-Interview mit insgesamt 46 Teilnehmenden. So konnten Bewertungen bezüglich Nützlichkeit, Relevanz und Umsetzbarkeit für die jeweilige PSNV-Führungskräftefunktion erhoben werden. Analog zur Evaluation auf der Ebene Bund wurden alle Ergebnisse dem jeweiligen Dozententeam vorgestellt; Verbesserungsvorschläge flossen in die folgenden Qualifizierungen ein.

Auch für die in den verschiedenen Bundesländern durchgeführten Qualifizierungen lassen sich einige übergreifende Ergebnisse benennen:

- die meisten Teilnehmenden bewerteten die Inhalte als relevant, nützlich und umsetzbar / praxistauglich für die Tätigkeit in ihrer jeweiligen Funktion als PSNV-Führungskraft;
- die Seminarteile, die praktische Übungen und Gruppenarbeiten einschlossen, wurden besonders positiv durch die Teilnehmenden bewertet;
- alle 59 Teilnehmenden würden die Teilnahme an der jeweiligen Qualifizierung weiteren Kollegen in der PSNV empfehlen;
- nach den Qualifizierungen traute sich der Großteil der Teilnehmenden die Einsatzplanung PSNV und die Kommunikation an der Einsatzstelle bzw. im Stab zu. Ebenso wurden die Strukturen, Vorgehensweisen und Aufgaben von Einsatzorganisationen (z.B. Polizei und Feuerwehr) größtenteils besser verstanden als vor der Qualifizierung. Die meisten Teilnehmenden trauten sich ebenso eher zu, die PSNV in die Einsatzstrukturen bei Großschadenslagen zu integrieren.

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Evaluation der Umsetzung der Lehrinhalte durch PSNV-Führungskräfte in Übungen oder realen Einsätzen (Ebene Übung / Realeinsatz)

Übungen mit Beteiligung von PSNV-Führungskräften konnten im Projektzeitraum bezogen auf die dritte Evaluationsebene – Einbindung von PSNV-Führungskräften, deren Akzeptanz, sowie Umsetzung der in der Qualifizierung erlernten Inhalte durch die in den Ländern ausgebildeten PSNV-Führungskräfte – nicht evaluiert werden. In den angefragten Übungen war entweder PSNV ohne Führungskräfte eingebunden oder die PSNV-Führungskräfte waren nicht voll in die Übung integriert.

An jedem Seminartag wurden die unterrichteten Inhalte von den Teilnehmenden bewertet.
(Fotos: BBK)

Als Realereignis wurden Erfahrungen von PSNV-Führungskräften im Einsatz „Absturz Germanwings-Flugzeug 4U9525“ (März 2015) näher betrachtet. Deren Erfahrungen als Leiter bzw. Fachberater PSNV wurden in fünf Experteninterviews erhoben und werden derzeit noch ausgewertet.

Dr. Mareike Mähler, Dr. Gesine Hofinger, Dr. Laura Künzer und Robert Zinke sind wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Jena sowie Partnerinnen bzw. Mitarbeiter bei Team HF Human Factors Forschung Beratung Training, Hofinger, Künzer & Mähler PartG.

Psychosoziale Betreuung nach Terroranschlägen im Ausland

Erfahrungen der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) der Bundesregierung

Jutta Helmerichs, Kerstin Fröschke und Tobias Hahn

Anlässlich der islamistisch motivierten Terroranschläge 2001 in den USA sowie 2002 auf den Inseln Djerba (Tunesien) und Bali (Indonesien), bei denen auch Deutsche zu Tode kamen und verletzt wurden, richtete die Bundesregierung infolge einer Ressortabstimmung zwischen Auswärtigem Amt, Bundesministerium der Justiz und Bundesministerium des Innern sowie in enger Abstimmung mit Betroffenen dieser Terroranschläge im heutigen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eine zentrale Ansprechstelle für betroffene Bundesbürger und Bundesbürgerinnen ein. Diese Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) bietet seither deutschen Betroffenen von Terroranschlägen und von anderen komplexen Gefahren- und Schadenslagen im Ausland psychosoziale Hilfe an. NOAH unterstützte in den vergangenen 14 Jahren Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene und Zeugen von insgesamt 38 Terroranschlägen im Ausland und verfügt somit über umfassende Erfahrungen in der psychosozialen Versorgung von Terroropfern. Darüber hinaus betreute NOAH zahlreiche Betroffene anderer schwerer Unglücksfälle und Katastrophen, die sich weltweit ereigneten (siehe Kasten S. 25). Insofern können die Mitarbeitenden der Koordinierungsstelle fundierte Aussagen darüber treffen, inwiefern sich die Bedürfnisse, Bedarfe sowie die Versorgungsstrukturen bei Betroffenen nach Terroranschlägen von denen mit anderen Gewalt- und Notfallerfahrungen unterscheiden. Darüber hinaus hat das BBK auf Initiative von NOAH bereits 2010 ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, das sich mit der Frage nach den speziellen Bedarfen und Versorgungsstrukturen bei Terroropfern befasst (Treibel et al. 2013).

9/11 war auch in Deutschland Anlass, die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) fachlich weiterzuentwickeln. (Foto: dpa)

Bedürfnisse, Bedarfe und erste Reaktionen von Terrorbetroffenen

Wie bei allen anderen komplexen Gefahren- und Schadenslagen sind auch bei Terroranschlägen in der Regel verschiedene Betroffenengruppen wie körperlich und / oder psychisch verletzte Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene, Vermissende und Augen- und Ohrenzeugen sowie Mehrfachbetroffene festzustellen. Diese verschiedenen Betroffenengruppen benötigen jeweils unterschiedliche Betreuungsmaßnahmen, die sich zudem im zeitlichen Verlauf der Belastungsverarbeitung verändern (Helmerichs 2002).

Die psychische Verarbeitung von hochbelastenden Extremsituationen mit zahlreichen Toten und Verletzten (schwere Unglücksfälle, Katastrophen, Amokläufe, Terroranschläge) ist individuell sehr verschieden und abhängig

von äußeren und inneren Faktoren. Eine Rolle für die Verarbeitung spielen zum Beispiel:

- der Charakter des Schadensereignisses (Dauer, Schwere, Grausamkeit der Eindrücke, anhaltende Unentrinnbarkeit),
- die Quelle der Verursachung (menschlich, technisch, natürlich),
- welcher Betroffenengruppe man angehört,
- die sozialen Rahmenbedingungen vor, während und nach dem Extremereignis (soziale Gemeinschaft vorhanden oder nicht, unterstützend oder konfliktbehaftet) und
- Risiko- und Schutzfaktoren der betroffenen Personen.

Weitere individuelle Risiken für langfristige gesundheitliche Beeinträchtigungen sind allgemeine gesundheitliche Einschränkungen, aktuelle Lebenskrisen oder frühere Traumatisierungen. Generell lässt sich sagen, dass die intensiven Belastungen anlässlich schwerer Unglücksfälle, Katastrophen und Anschläge fast allen Betroffenen zunächst die Fortführung des beruflichen und privaten Alltags deutlich erschweren, wenn nicht gar vorübergehend unmöglich machen. Wissenschaftliche Daten und praktische Erfahrungen belegen allerdings übereinstimmend, dass der größte Teil der Betroffenen sich innerhalb von Tagen und Wochen soweit erholt, dass alltägliche Aktivitäten wieder aufgenommen werden können (Beerlage et al. 2013). Psychiatrische Notfälle (Selbstgefährdung / Suizidalität / Fremdgefährdung) unmittelbar nach der Konfrontation mit schweren Unglücksfällen, Katastrophen und Anschlägen treten – anders als häufig angenommen – nur äußerst selten (< 0,1 %) auf (IASC 2007; Impact 2007; NATO 2008). Die Schätzungen des Anteils derjenigen, die langfristig krankheitswertige psychische Störungen wie Ängste, Depressionen, Suchtmittelmissbrauch, Posttraumatische Belastungsstörungen etc., aber auch Probleme in sozialen Beziehungen entwickeln, liegen zwischen 0,5 und 10 % (Seynaeve 2001; WHO 2003).

38 NOAH-Einsätze 2002 – 2017
anlässlich von Terroranschlägen im Ausland mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern (zivil) aus Deutschland

11.03.2004 Madrid (Spanien) – 07.07.2005 London (Vereinigtes Königreich) – 23.07.2005 Scham-el-Scheich (Ägypten) – 01.10.2005 Bali (Indonesien) – 09.11.2005 Amman (Jordanien) – 24.04.2006 Dahab (Ägypten) – 11.07.2006 Mumbai (Indien) – 28.08.2006 Antalya (Türkei) – 15.08.2007 Kabul (Afghanistan) – 06.11.2007 Baghlan (Afghanistan) – 11.12.2007 Algier (Algerien) – 13.05.2008 Jaipur (Indien) – 27.07.2008 Istanbul (Türkei) – 20.09.2008 Islamabad (Pakistan) – 26.-29.11.2008 Mumbai (Indien) – 17.01.2009 Kabul (Afghanistan) – 22.02.2009 Kairo (Ägypten) – 09.06.2009 Peshawar (Pakistan) – 13.02.2010 Pune (Indien) – 05.08.2010 Til (Afghanistan) – 24.01.2011 Moskau (Russland) – 15.04.2013 Boston (USA) – 21.09.2013 Nairobi (Kenia) – 05.12.2013 Sanaa (Jemen) – 25.05.2014 Dschibuti Stadt (Dschibuti) – 10.06.2015 Luxor (Ägypten) – 26.06.2015 Sousse (Tunesien) – 17.08.2015 Bangkok (Thailand) – 13.11.2015 Paris (Frankreich) – 12.01.2016 Istanbul (Türkei) – 14.01.2016 Jakarta (Indonesien) - 19.03.2016 Istanbul (Türkei) – 22.03.2016 Brüssel (Belgien) – 28.06.2016 Istanbul (Türkei) – 14.07.2016 Nizza (Frankreich) – 11./12.08.2016 Phuket, Hua Hin, Provinz Surat Thani, Provinz Trang (Thailand) – 10.11.2016 Masar-i-Scharif (Afghanistan) – 01.01.2017 Istanbul (Türkei).[1]

Für eine gelingende Belastungsverarbeitung und die Prävention von Psychotraumafolgestörungen gelten generell zwei Aspekte:

Frühe psychosoziale Akuthilfe: Je früher psychosoziale Akuthilfe (Notfallseelsorge / Krisenintervention / Notfallpsychologie) einsetzt, desto eher werden die Weichen für eine raschere psychische Erholung gestellt.

Tragfähiges soziales Netzwerk: Von besonderer Bedeutung ist ein tragfähiges soziales Netzwerk, so dass Betroffenen der Kontakt zu nahestehenden Menschen rasch ermöglicht und organisatorisch unterstützt werden sollte.

Darüber hinaus ergaben aktuelle wissenschaftliche Studien fünf hilfreiche Handlungsprinzipien psychosozialer Hilfen, die richtungsweisend sowohl für individuelle Versorgungangebote als auch für strukturelle Maßnahmen sind (Hobfoll et al. 2007):

1. Sicherheit herstellen, beispielsweise durch Verbringen von Betroffenen aus der Gefahrenzone an einen sicheren Ort, Herstellen von emotionaler Sicherheit durch kompetent erlebte, verlässliche Ansprechpartner der psychosozialen Akuthilfe, rasche Kontaktvermittlung zu nahestehenden Menschen und – bei Extremereignissen im Ausland – zu Muttersprachlern etc.
2. Beruhigen und entlasten, beispielsweise durch sofortige und glaubwürdige Informationen über die Schadenslage, über den Verbleib von Angehörigen, zu weiteren geplanten Hilfsmaßnamen etc.
3. Selbstwirksamkeit und Kontrolle stärken, beispielsweise durch Übertragen einer aktiven Rolle – allein oder gemeinsam mit anderen – bei der Bewältigung der Situation etc.
4. Soziale Kontakte und Bindungen nutzen, beispielsweise durch rasches Zusammenführen mit Nahestehenden/anderen Betroffenen, durch öffentliches Wahrnehmen der Betroffenen in Form von öffentlicher Anteilnahme politisch Verantwortlicher, durch Worte, Gedenken, Trauerfeiern etc.
5. Hoffnung stärken, beispielsweise durch Stärken der Zuversicht auf eine Wendung zum Besseren, durch Aktivieren und Unterstützen von Bewältigungsressourcen der Betroffenen etc.

[1] Weitere NOAH-Betreuungseinsätze im Zeitraum 2002 bis 2017 für Betroffene der islamistischen Terroranschläge am 11.09.2001 in New York City / Arlington in Virginia / Shanksville in Pennsylvania (Vereinigte Staaten von Amerika), am 11.04.2002 auf Djerba (Tunesien), am 12.10.2002 auf Bali (Indonesien). Bei den inländischen islamistisch motivierten Terroranschlägen am 18.07.2016 in Würzburg, am 24.07.2016 in Ansbach und am 19.12.2016 in Berlin wurde NOAH per Amtshilfe fachlich beratend und betreuend tätig.

Besonderheiten bei Terrorbetroffenen gegenüber Betroffenen anderer komplexer Gefahren- und Schadenslagen

Über die beschriebenen Bedürfnisse, Bedarfe und Reaktionen hinaus erleben Betroffene von Terroranschlägen in der Regel eine noch höhere und länger anhaltende mediale Aufmerksamkeit und damit verbundene Belastung als Notfallbetroffene anderer Extremereignisse. Insbesondere das allgemeine Interesse an Namen und Gesichtern sowie an Berichten über das Leben der Verstorbenen, Überlebenden, Hinterbliebenen und Angehörigen belasten diese in der Regel sehr. Der Wunsch nach Nähe und Anteilnahme mit den Terroropfern, nach einer Möglichkeit des Ausdrucks des eigenen Mitgefühls für die Betroffenen und die öffentlichen Diskussionen hierüber stehen häufig im Konflikt zum Wunsch von Betroffenen nach Rückzug, Privatheit und Anonymität.

Die psychosoziale Anforderung, die Betroffenen sofort in eine sichere Umgebung zu bringen, ist bei Terroranschlägen, die durch länger andauernde und schwer kalkulierbare Gefahrensituationen gekennzeichnet sind, deutlich schwieriger einzulösen, als in anderen Lagen.

Nach fast allen Terroranschlägen der letzten Jahre wurde zudem die Erfahrung gemacht, dass die Schuldfrage für die Betroffenen eines Anschlags dauerhaft einen sehr hohen Stellenwert hat. Neben konsequenter Aufklärung der Tat und Strafverfolgung von Tätern sind – im Gegensatz zur medialen Aufmerksamkeit – die öffentliche Würdigung sowie ein Signal des Zusammenhalts und Beistands durch staatliche Instanzen für die Betroffenen von zentraler Bedeutung. Denn ein Terrorangriff richtet sich gegen die Gesellschaft sowie ihre staatliche Ordnung und ihr Wertesystem. Die Toten und Verletzten übernehmen damit eine „Stellvertreterfunktion".

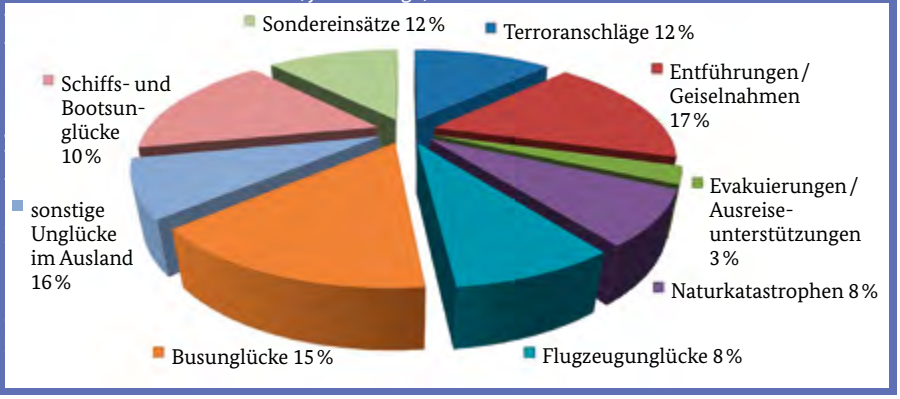
Im Unterschied zu anderen schweren Unglücksfällen mit zahlreichen Betroffenen ist die Anzahl der Augen- und Ohrenzeugen bei Terroranschlägen deutlich höher. Ein Teil der Zeugen wird erfasst und polizeilich befragt, einige melden sich erfahrungsgemäß Tage und Wochen nach einem Anschlag in allgemeinen psychosozialen Beratungseinrichtungen oder bei Opferverbänden. Viele, so ist anzunehmen, bleiben allerdings ohne professionelle Versorgungsangebote. Nach den Terroranschlägen der jüngsten Vergangenheit in Frankreich, Belgien und Deutschland wurde auch von zahlreichen Selbsteinweisungen von Zeugen in schadensereignisnah gelegene Kliniken berichtet.

Terroranschläge sind „man-made disaster". Wie bei allen Katastrophen, bei denen andere Menschen ursächlich und unmittelbar erkennbar verantwortlich sind für Grausamkeit, Schmerz und Tod wie z. B. bei Folter, Kriegsgefechten, Vergewaltigungen etc., besteht bei Betroffenen eines von Menschen verursachten Schadensereignisses ein deutlich höheres Risiko von längerfristigen psychischen Belastungsstörungen als beispielsweise bei Betroffenen einer Naturkatastrophe. Somit ist bei der psychosozialen Versorgung von Terroropfern besonderes Augenmerk auf die sekundäre Prävention von Psychotraumafolgestörungen zu legen, und zwar durch eine bruchlose und fachlich abge-

Die Koordinierungsstelle NOAH
bietet seit 2002 nach schweren Unglücksfällen, Terroranschlägen und Katastrophen im Ausland, bei denen Deutsche betroffen sind, eine akute und längerfristige psychosoziale Versorgung an. Konkrete Angebote sind:

- telefonische Beratung durch eine 24-Stunden-Hotline,
- Vermittlung von wohnortnahen psychosozialen Akuthilfen (Notfallseelsorge, Krisenintervention, Notfallpsychologie etc.),
- Traumaberatung und Vermittlung längerfristiger professioneller Hilfen (psychosoziale Beratungsstellen, Psychotherapie etc.),
- Vermittlung von Begleitpersonen für an den Unglücksort reisende Angehörige,
- Hilfen bei administrativen und rechtlichen Fragen und Problemen,
- Organisation von Treffen für Überlebende, Angehörige und Hinterbliebene.

NOAH besteht aus einem erfahrenen Team von Fachkräften aus Psychologie, Sozial- und Kommunikationswissenschaften, Theologie und Trauerbegleitung sowie Verwaltung.
Um eine lückenlose und bedarfsgerechte psychosoziale Betreuung der Betroffenen sicherzustellen, kooperiert NOAH mit Experten der Notfallseelsorge, Krisenintervention, Notfallpsychologie, Rechtswissenschaft und Sozialarbeit aus dem gesamten Bundesgebiet. Ebenso stützt sich NOAH auf die engmaschige Informationsvernetzung mit dem Auswärtigen Amt und weiteren Bundes- und Landesbehörden wie Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz / Bundesamt für Justiz, Bundeskriminalamt, Lagezentren der Innenministerien, Landeskriminalämter, Opferberatungsstellen der Polizeien, Landeszentralstellen für Psychosoziale Notfallversorgung, Landessozialministerien, Gesundheitsministerien, Kirchen, Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände, diverse weitere psychosoziale Dienste, Flughäfen / Fluggesellschaften, Reiseveranstalter, Reedereien, Versicherer und Unfallkassen sowie auf die Zusammenarbeit mit, je nach Lage, en unterteilen, die in der folgenden Grafik abgebildet sind:



stimmte Überleitung von der Akut- zur mittel- und längerfristigen Versorgung.

Bei der psychosozialen Betreuung von Terrorbetroffenen ist außerdem von Bedeutung, rasch auf spezielle Unterstützungsleistungen wie beispielsweise auf die Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten des Bundesamtes für Justiz (ein Unterstützungsangebot der Bundesregierung seit dem Anschlag auf Djerba 2002) hinzuweisen und hier bei administrativen Fragen zu beraten, damit die Leistungen zeitnah ausgezahlt werden können. Auch ist zu beachten, dass die Terrorbetroffenen während eines laufenden Ermittlungsverfahrens von den Ermittlungsbehörden keine Auskünfte bekommen bzw. nur die von ihnen beauftragten Anwälte eine unmittelbare Einsicht in Ermittlungsakten erhalten. Diese aus Sicht der Betroffenen fehlende Transparenz sowie die als bürokratisch empfundenen Abläufe belasten die Terrorbetroffenen zusätzlich. Eine fachkundige Orientierung sowie Aufklärung ist hier sehr wichtig und entlastend.

Bei der Vermittlung weiterführender Hilfen, insbesondere zu Selbsthilfeorganisationen, ist zu bedenken, dass das derzeitige Netzwerk der internationalen Selbsthilfeorganisationen vielfältig und stark politisch motiviert ist, so dass auch hier zumeist Orientierungshilfen erforderlich sind.

Folgerungen für Versorgungsstruktur und Betreuungsmaßnahmen

Die psychosoziale Versorgung für Notfallbetroffene (und auch für Einsatzkräfte) hat sich seit 20 Jahren in Deutschland und auch in den angrenzenden europäischen Ländern mit hoher Dynamik entwickelt. Mittlerweile kann in Deutschland von einem flächendeckenden Versorgungsangebot ausgegangen werden. Wissenschaftliche Grundlagenarbeiten sind abgeschlossen. Inzwischen stehen spezielle Forschungsfragestellungen im Vordergrund wie bedarfsgerechte Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) für Kinder und Jugendliche, alte Menschen und Menschen mit Behinderungen, Interkulturelle Kompetenz im Einsatzwesen u. v. m. Qualitätsstandards zu grundlegender Ausrichtung und fachlichen Kernaussagen der PSNV wurden über einen Konsensusprozess zur Qualitätssicherung in der PSNV (2007-2010), an der alle Behörden und Institutionen, die in Deutschland die PSNV gestalten und verantworten, beteiligt waren, erarbeitet und einstimmig verabschiedet (BBK 2012). Innerhalb der (Fach-)Öffentlichkeit und den Behörden sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ist die psychosoziale Betreuung von Notfallbetroffenen inzwischen weitgehend akzeptiert.

Dennoch gibt es dringenden Handlungsbedarf, insbesondere auf den beiden Ebenen Verbindlichkeit und Vernetzung.

Vom „humanitären Sahnehäubchen" zum verbindlichen Versorgungsangebot

Ob die PSNV bei einer komplexen Gefahren- und Schadenslage, bei der sie fachlich begründet ist, tatsächlich angeboten wird, liegt vielerorts im Ermessen der Einsatzleitungen und Führungskräfte. Ob auf die Aufgaben der PSNV hinreichend vorbereitet wird, entscheiden Verantwortliche in den unterschiedlichen Gliederungen der Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Polizeien, privaten Vereinen und Verbänden in ihren jeweiligen Zuständigkeiten. Ob die PSNV als freiwillige Leistung der Daseinsvorsorge gefördert wird oder nicht, wird auf kommunaler Ebene entschieden. Mit anderen Worten: Ob Betroffene nach Extremereignissen eine qualifizierte psychosoziale Unterstützung bereits in der Akutsituation erhalten, ist immer noch vom Engagement und der Überzeugungskraft Einzelner abhängig. Erste Rahmenrichtlinien, Verordnungen und Gesetzesentwürfe im Bereich der Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgesetzgebung liegen zwar vor, und es fehlt nicht an bundeseinheitlichen Aus-/Fortbildungs- und Ausstattungsvorschlägen sowie an Vorschlägen zu Zertifizierungsstandards. Derzeit ist die Umsetzung der PSNV im Bundesgebiet aber nicht verbindlich geregelt.

Von unverbundenen Einzelmaßnahmen zum engmaschig vernetzten PSNV-Versorgungsmanagement

Eine besondere Herausforderung für das Management der PSNV liegt darin, dass die Bedürfnisse und Unterstützungsbedarfe der einzelnen Betroffenengruppen sehr verschieden sind und sich auch noch im Zeit- und Bewältigungsverlauf ändern. Deshalb erfordert PSNV-Management hohe Flexibilität und Fachlichkeit im Einsatzfall sowie eine vernetzte und abgestimmte Einsatzvorbereitung. Derzeit gibt es allerdings zwar überwiegend qualifizierte, aber eher einzelne Betreuungsmaßnahmen, die unverbunden bleiben.

Aufgaben der Zukunft sind somit die verstärkte Implementierung von behörden-, organisations- und fachdienstübergreifenden Arbeitsgruppen, „Runde Tische" etc. auf kommunaler Ebene sowie die Stärkung der bereits eingerichteten und geplanten Ansprechstellen für die Psychosoziale Notfallversorgung auf Ebene der Bundesländer („Landeszentralstellen"). Im Einsatzfall ist die Einrichtung einer anlassbezogenen und zeitlich befristeten Koordinierungsstelle für die Katastrophennachsorge ein zentrales Instrument für eine adäquate akute und längerfristige Versorgung der Betroffenen (BBK 2012). Entsprechende Musterrahmenpläne werden derzeit in Bund-Länder-Arbeitsgruppen erarbeitet.

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Dr. Jutta Helmerichs ist Leiterin des Referates *Psychosoziales Krisenmanagement* und der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Kerstin Fröschke und Tobias Hahn sind Mitarbeitende der Koordinierungsstelle NOAH im Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* des BBK.

Stabsarbeit aus dem Blickwinkel der Human-Factors-Psychologie

Gesine Hofinger

Wenn ein Ereignis mit den Strukturen und Prozessen der Normalorganisation nicht mehr bewältigt werden kann und ein erhöhter Koordinations- und Entscheidungsbedarf besteht, setzen Einsatzorganisationen schon lange, Verwaltungen und Unternehmen zunehmend Stäbe ein. Der Stab soll den Entscheider oder die Entscheiderin durch Beratung, Informationsmanagement und Koordination entlasten. In Krisenstäben ist das Beratungsmoment vorherrschend. In Führungs-, Katastrophen- und Notfall-Stäben werden auch etliche operative Entscheidungen im Rahmen des übergeordneten (Einsatz-)Ziels in den Stabsbereichen getroffen, so dass nur ein geringer Anteil aller Entscheidungen durch z. B. den Polizeiführer oder die Feuerwehreinsatzleiterin getroffen wird. Dieses Modell hat sich in vielen Lagen und unterschiedlichen Organisationsformen bewährt (Überblick in Hofinger & Heimann, 2016). Dennoch wird nach Übungen und Reallagen auch immer wieder über Schwachstellen der Stabsarbeit berichtet, insbesondere in den Bereichen Führen und Entscheiden, Kommunikation und Informationsmanagement, Situationsbewusstsein und gemeinsames Lagebild bzw. Lageverständnis (gemeinsame mentale Modelle). Wenn Stabsarbeit nicht gut gelingt, liegt das also selten an fehlendem Fachwissen, sondern an „menschlichen Faktoren".

Was ist aber mit „menschlichen Faktoren" gemeint? Häufig wird davon gesprochen, wenn Fehler, persönliche Schwächen, Konflikte o. ä. gemeint sind. In der Wissenschaft wird unter diesem Begriff aber mehr als individuelle Schwächen oder zwischenmenschliche Probleme verstanden. „Die menschlichen Faktoren (Human Factors) sind alle physischen, psychischen und sozialen Charakteristika des Menschen, insofern sie das Handeln in und mit soziotechnischen Systemen beeinflussen oder von diesen beeinflusst werden" (Badke-Schaub et. al., 2012). Meist wird englisch von Human Factors gesprochen, um deutlich zu machen: es geht um menschliche Fähigkeiten und Eigenschaften, die in Arbeitssystemen im Zusammenspiel mit Arbeitsprozessen, Organisation und Management, Technik, Kooperation und Teamarbeit und der Systemumwelt wirken (z. B. Hawkins, 1987).

Abbildung 1: In der Human Factors-Forschung betrachtet man Menschen in ihrer Einbettung in das Arbeitssystem. Ebenen sind die Einzelperson, die Zusammenarbeit mit anderen, Arbeitsprozesse und Organisation, Interaktion mit technischen Systemen und die Interaktion mit der Systemumwelt. Diese Elemente können auch auf Stabsarbeit angewendet werden.

Abbildung 1 fasst die angesprochenen und im Folgenden erläuterten Ebenen bezogen auf Stabsarbeit zusammen.

In der Stabsarbeit sind viele *menschliche Eigenschaften und Fähigkeiten* angesprochen, um eine kritische Lage unter Zeitdruck zu bewältigen. Dazu gehört, das eigene Denken und Handeln strukturieren, also z. B. Prioritäten setzen, planen und entscheiden, ebenso wie mit Stress und Emotionen umgehen zu können. Informationsverarbeitung, Schutz des Kompetenzgefühls, Müdigkeit, Situationsbewusstsein und die Fähigkeit, „vor die Lage" zu kommen, sind weitere Beispiele.

„In Arbeitssystemen" heißt auch immer: in Bezug auf konkrete Arbeitsaufgaben – bei Stäben also die Bewältigung einer Lage innerhalb des Systems des Katastrophenschutzes, der Polizei, des Militärs oder eines Unternehmens. Dabei ist es wichtig, das *Arbeitssystem „Stab"* von seiner Umwelt abzugrenzen und in Bezug zu ihr zu sehen: Die *Umwelt* beeinflusst auf vielfältige Weise die Stabsarbeit, z. B. durch gesetzliche Regelungen, finanzielle Ausstattungen, Kommunikationsanforderungen an den Schnittstellen des Stabes nach außen (z. B. Meldepflichten, Medienarbeit). Die fortwährende kritische Beobachtung durch die Öffentlichkeit (z. B. durch klassische und soziale Medien) kann Stabsarbeit beeinflussen.

Die spezifischen *Arbeitsprozesse* der Stabsarbeit bildeten sich heraus und wurden formalisiert, um Informationsflüsse besser zu kanalisieren und Überblick zu schaffen, z. B. durch Informationssichtung, Lagedarstellung oder Lagebesprechungen. Dadurch soll die Bewältigung der Lage unterstützt werden. Die Stabsprozesse sind herausfordernd, wenn sie ungewohnt sind. Da nur wenige Stäbe oft genug zusammentreten, um Routine zu entwickeln, addiert sich die Belastung durch unvertraute Prozesse zu den Eigenschaften der Lage. Andererseits kann gutes Prozessmanagement, z. B. über strukturierte Lageinformation, angemessene Visualisierung und strukturiertes Entscheiden, erheblich dazu beitragen, einer möglichen Überforderung entgegenzuwirken.

Die *Organisation* formt und beeinflusst den Stab durch Personalauswahl, Rufbereitschaften, Budgets, Weiterbildungsmöglichkeiten, Schichtplanung etc. Auch Führungsstil und andere Aspekte der Organisationskultur sind hier relevant.

Technik kann in der Stabsarbeit sehr unterschiedliche Rollen spielen, ist aber mindestens in Form von Informations- und Kommunikationstechnologien immer präsent, wenn auch nicht immer computerbasiert (auch Flipcharts sind Technik). Technik wird in einer aktuellen Lage zur Herausforderung, wenn ihr Einsatz nicht gut vorgeplant ist, Räume und Technik nicht verfügbar sind oder nicht funktionieren. Technische Unterstützung des Stabes sollte immer so gestaltet sein, dass es erleichtert wird, aktuelle Informationen zu vorhandenem Wissen in Bezug zu setzen und in die Zukunft zu projizieren, z. B. durch Meldungsmanagement.

Kooperation und Teamarbeit sind in der Stabsarbeit unverzichtbar – „Stabsarbeit ist Mannschaftssport" sagen wohl alle, die schwierige Lagen mit einem Stab bewältigt haben. Aber sie finden im Stab eben anders statt als in einem Projektteam. Gelingende Zusammenarbeit mit teils unbekannten Personen ist keine Selbstverständlichkeit. Der Stab verlangt Führung unter ungewohnten Bedingungen, auch bei eigener Unsicherheit der Führungspersonen. In jedem Fall erfordert die Arbeitsteilung im Stab Koordination über Fach- und Bereichsgrenzen hinweg.

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

„Stabsarbeit ist Mannschaftssport".
(Foto: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Dieser Blick auf die Rolle des Menschen in komplexen Arbeitssystemen ist aus meiner Sicht auch für Stabsarbeit nützlich und sollte verstärkt in Forschung, Ausbildung und Übungen aufgenommen werden. Schließlich zeigt die Human Factors-Forschung- und Anwendung über verschiedenste Arbeitsbereiche hinweg, dass für effizientes und sicheres Arbeiten Menschen, jeder für sich und als Team, in ihrer Interaktion mit Organisation und Technik in Arbeitssystemen entscheidend sind. Human Factors – und hier insbesondere die Psychologie – bei der Gestaltung der Stabsarbeit zu berücksichtigen, kann dazu führen, dass menschliche Faktoren der Stabsarbeit in Bezug zu den Arbeitsaufgaben und Arbeitssystem präziser beschrieben und untersucht werden können und umfassende Lösungsansätze entwickelt werden können.

Dr. Gesine Hofinger ist Partnerin von Team HF - Human Factors Forschung Beratung und Training sowie Mitglied der Forschungsstelle interkulturelle und komplexe Arbeitswelten (FinkA) an der Universität Jena.

Herausforderungen für im Katastrophenmanagement tätige Personen

Eine qualitative Studie im EU-Projekt PsyCris

Margit Raich und Nina Lorenzoni

Das FP7-geförderte EU-Projekt „PsyCris“ (Psycho-social Support in Crisis Management) beschäftigt sich mit dem Thema der psycho-sozialen Unterstützung im Rahmen von Katastrophen bzw. Großschadensereignissen aus unterschiedlichsten Perspektiven. Im Zentrum des Projektes steht die Frage wie man die kurz-, mittel- und langfristige psycho-soziale Unterstützung von Betroffenen gestalten kann. Ziel ist die Entwicklung von Tools im Umgang mit Stress für im Management von Katastrophen tätige Personen. Des Weiteren sollen Selbsthilfestrategien für die von Katastrophen betroffenen Gemeinschaften, Gruppen und Länder bereitgestellt werden. Die Projektpartner, Universitäten, NPOs und Kleinunternehmen aus verschiedenen europäischen Ländern, lassen die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse in eine virtuelle Lernplattform einfließen.

Dem regelmäßigen Austausch untereinander wird eine tragende Rolle zugeschrieben. (Foto: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Ein Arbeitspaket dieses Projektes untersucht die langfristigen Auswirkungen von Katastrophen auf das Public Health System. In diesem Zusammenhang betrachtete man fünf Katastrophen (Terrorattacke, Flugzeugabsturz, Flut, Lawine und Tunnelbrand), die sich in Europa in den vergangenen Jahren ereignet haben, näher. Im Zuge dieser Analyse wurden Personen, die als Schlüsselpersonen im Management der Bewältigung dieser Katastrophen involviert waren, mit Hilfe eines Leitfadens mündlich interviewt. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde darauf geachtet, ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Eindrücke zu gewinnen, um eine ganzheitliche Darstellung des Ereignisses zu erhalten. Bei den Interviewpartnern handelte es sich um Einsatzkräfte von Blaulichtorganisationen (sowohl Hauptamtliche als auch Ehrenamtliche), Mitarbeiter des Zivil- und Katastrophenschutzes, Angehörige des Militärs, Notfallpsychologen, Politiker aber auch Geistliche. Insgesamt wurden 36 Personen aus drei Nationen (Luxemburg, Österreich und Spanien) interviewt. Im Zuge dieser Untersuchung wurden die Personen auch nach ihren Herausforderungen während des Einsatzes befragt. Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse identifizierte man mehrere Kernthemen, auf die im Folgenden näher eingegangen wird. In diesem Zusammenhang werden Auszüge aus den Interviews eingebaut sowie Empfehlungen aufgrund der Befragung gestützt mit Literatur abgeleitet.

Koordination und Kooperation

Die Geschwindigkeit des Eintretens einer Katastrophe, deren Intensität und Reichweite sowie die Dauer ihrer Einwirkung beeinflussen wesentlich die Reaktionszeit und den Handlungsspielraum von Einsatzkräften. Diese beschriebenen Charakteristiken bestimmen das Ausmaß wie viele Personen von einer Katastrophe betroffen sind, wie groß die

materiellen Schäden sind und welche sozio-ökonomische Einschnitte mit einhergehen (siehe dazu auch CDRSS, 2006 und Lindell, 2013). Die hohe Anzahl an Variablen und Unsicherheiten machen exakte Vorausplanungen schwierig und erfordern häufig Improvisation.

Große Schadensereignisse mit einem hohen Grad an Komplexität benötigen das Zusammenspiel von vielen Organisationen zu ihrer Bewältigung. Je mehr Organisationen im Rahmen eines Einsatzes erforderlich sind, desto größer ist der Aufwand der Koordination und umso mehr steigt die Gefahr der Zunahme von Konflikten. Die Aussage eines Interviewpartners beschreibt dies folgendermaßen: „Die größte Herausforderung war, zeitgerecht die in großer Anzahl bereitstehenden Mannschaften im Voraus zu informieren, zu alarmieren und zum richtigen Zeitpunkt an den richtigen Ort zu bringen, d. h. dort wo sie dringend gebraucht wurden." Wenn die Umstände es zudem erfordern, dass Schauplätze verlassen werden müssen, um anderswo einzuspringen, erhöht sich der Grad der Komplexität der Zusammenarbeit. Durch eine ineffiziente Koordination kann der Überblick über die Gesamtsituation verloren gehen, wodurch sich das Risiko von Fehleinschätzungen erhöht. Auch die Gefahr falscher Ressourcenallokation, die in Folge zu einer mangelhaften Versorgung der Betroffenen führen kann, nimmt zu (siehe dazu auch das UNDAC Handbook, 2013 und Kovacs & Spens, 2009).

Eine weitere Herausforderung, die sich im Rahmen der Untersuchungen herauskristallisiert hat, sind die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und –kulturen, welche wesentlich auf die Zusammenarbeit der Beteiligten einwirken. Unklarheiten und Streitigkeiten über Verantwortlichkeiten und Aufgabenbereiche im Einsatz erschweren oftmals die Kooperation (siehe dazu auch VanVactor, 2012, Hagemann et al., 2011). Gerade die Unterschiede zwischen Freiwilligenorganisationen und staatlichen Organisationen haben gezeigt, dass diese immer wieder zu Konflikten führen.

Um diese Konflikte zu vermindern setzen die Organisationen vermehrt auf interorganisationalen Austausch, einerseits durch gemeinsame Trainings und Schulungen, andererseits aber auch auf informeller Ebene. Ein Interviewpartner unterstrich die Wichtigkeit dieser persönlichen Ebene mit den Worten: „Der Schlüssel, dass es überhaupt funktioniert, liegt auch in diesem Sich-persönlich-Kennen." Aktiver Dialog und Austausch zwischen allen involvierten Organisationen und Behörden sind unerlässlich für abgestimmte Abläufe und größtmögliche Effektivität im Katastropheneinsatz (s. dazu Choi, 2008 und Richey, 2009).

Kommunikation und Informationsaustausch

In all unseren untersuchten Fällen wurden nach der Katastrophe Veränderungen der Kommunikationsstrukturen und –systeme durchgeführt. Es kam unter anderem zur Verkürzung von Informationswegen oder auch Verschlankung von Bürokratie und Entscheidungsprozessen. In manchen Fällen wurden neue Informationssysteme und Softwarelösungen angeschafft, um den Informationsfluss zwischen den Organisationen zu erleichtern.

Eine große Herausforderung stellt der Abgleich der Informationen mit den beteiligten Organisationen und dem Krisenstab dar, wo die zentralen Entscheidungen getroffen werden. Ein Interviewpartner hebt diesen Aspekt besonders hervor: „Die richtigen, guten qualifizierten Informationen bereitzustellen war schwierig. Also, das ist eine Herausforderung, wenn man eine Aufgabe übertragen bekommt, dass man diese Informationen natürlich parat hat, um Entscheidungen herbeiführen zu können. Das heißt, ich muss die Informationen zuerst einmal bekommen, um sie dann verwertbar aufbereitet weiterleiten zu können."

Obwohl es für einen reibungslosen Kommunikationsablauf essenziell ist, einen einzelnen Kontaktpunkt zu definieren, wo die Informationen zusammen laufen, ist es wichtig darauf zu achten, dass die Kommunikationsaufgabe eine in den Gesamtablauf integrierte Aufgabe bleibt und sich nicht zu einer abgeschotteten Einzelaufgabe entwickelt (siehe dazu auch Greer & Moreland, 2003, und Ruggerio & Vos 2013).

Ein integriertes Kommunikationskonzept im Katastrophenfall muss sowohl die betroffene Bevölkerung, Medien und Presse als Vermittler und sämtliche im Katastrophenmanagement involvierten Organisationen berücksichtigen. Der Druck der Medien, ständig neue Informationen und Details zu erhalten, trifft bei einem Großteil der Befragten zwar auf Verständnis, wird allerdings auch als zusätzliche Belastung beschrieben. Ein Interviewpartner beschreibt dies folgendermaßen: „Das war mal die erste Herausforderung, dass jemand da war, der für die vielen Medien, die schon vor Ort waren und zusätzlich permanent angerufen haben, das Handy stand nie still, die ganze Woche nicht, denen Auskunft zu geben. Und das Abarbeiten, immer in Abstimmung mit der Einsatzleitung, was wissen wir derzeit."

Es wurden einige Fälle geschildert, in denen sich vereinzelte Medien-Vertreter nicht an Abmachungen mit dem Krisenstab hielten und durch teils recht aggressives Vorgehen Opfer, Angehörige und Anwohner belästigten.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Informations- bzw. Kommunikationsmanagement und dem Wellbeing sowie der Gesundheit der betroffenen Personen gibt.

Emotionale Belastung der Einsatzkräfte

Für leitende Einsatzkräfte stellt die Verantwortung für den Einsatz selbst sowie gegenüber ihrem Team eine besondere Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang wird dem regelmäßigen Austausch untereinander eine tragende Rolle zugeschrieben. Als besondere Unterstützung erleben viele Einsatzleiter ihren Stellvertreter oder andere Teammitglieder. Ein Interviewpartner drückt dies folgendermaßen aus: „Man braucht einen Ansprechpartner, mit dem man sich auch mal austauschen kann. Wenn diese Kommunikation besteht, dann ist das für mich persönlich ein entlastender Faktor."

Das Gefühl, sich aufeinander verlassen zu können, hilft den Einsatzleitern nicht nur in der Bewältigung des Einsatzes, sondern ermöglicht es ihnen auch, sich die notwendige Zeit für Ruhepausen zu nehmen. Diese Erholung wurde im Rahmen der Interviews oft angesprochen, da es besonders wichtig ist – gerade bei längeren Einsätzen – auf sich selbst zu achten und sich die notwendigen Ruhezeiten zu gönnen, um einsatzfähig zu bleiben. Diesbezüglich wird die räumliche Abschottung als Voraussetzung genannt, da eine kurze Unterbrechung für wenige Minuten inmitten des Einsatzgeschehenes keine adäquate Erholungspause darstellt. Die Intensität dieser Pausen wird von den Interviewpartnern als häufig unterschätzter Faktor genannt.

Der individuelle Austausch nach dem Einsatz im Team im Zuge der gemeinsamen Nachbesprechung wurde in allen untersuchten Fällen als unverzichtbarer Bestandteil der Nachbereitung und Verarbeitung des Erlebten gesehen.

Katastrophenschutz

„Der Katastrophenschutz wird dann wieder zu wenig ernst genommen, wenn nichts passiert. Und wenn was ist, muss er wieder da sein." Oder „Je länger die Katastrophe dann her ist, umso mehr verblasst das."

Das Thema des Katastrophenschutzes beschäftigt die Interviewpartner intensiv, da es aufgrund der Seltenheit von Katastrophen häufig nicht einfach zu argumentieren ist, größere Investitionen in Notfallpläne, Übungen etc. zu tätigen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Diskussion nach dem Lawinenunglück in Österreich über die Neuanschaffung von Helikoptern und eine Aufstockung der Präsenz ebendieser im alpinen Raum. Sowohl die Bevölkerung als auch die Politik tendieren häufig dazu, die Schrecken der Katastrophe zu vergessen und dadurch Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes in Anbetracht der Seltenheit solcher Ereignisse als unrentabel zu sehen.

Oftmals zeigt sich erst während der Katastrophe, dass die vorhandenen Notfallpläne entweder veraltet sind, auf falschen Annahmen basieren oder schlichtweg nicht allen Betroffenen bekannt sind. In allen untersuchten Fällen wurden die vorhandenen Pläne nach den Einsätzen neu evaluiert, umgeschrieben und erweitert.

Aus Sicht der Befragten werden Schutzmaßnahmen und Anpassungen in den Notfallplänen nach vorangegangen Katastrophen als Erleichterung für den Einsatz beschrieben. Außerdem reduzieren sie das Ausmaß an negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt. Besondere Bedeutung bei der Überarbeitung sollte der Integration von lokalem Wissen und der Einbindung freiwilliger Helfer beigemessen werden. Regelmäßige interorganisationale Übungen bieten eine gute Gelegenheit um die Pläne praxisnah zu testen und gegebenenfalls nochmals anzupassen, die Zusammenarbeit zu verbessern und die Verantwortungsbereiche klar zu definieren (siehe auch Lumbroso & Vinet, 2012).

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Fazit

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen für im Katastrophenmanagement aktive Personen. Obwohl verschiedene Katastrophen untersucht wurden, konnten über alle Fälle zentrale Kernthemen identifiziert werden, die aus Sicht der Befragten von großer Relevanz sind. Hierbei handelt es sich einerseits um organisatorische Themen wie zum Beispiel die Abstimmung der beteiligten Organisationen, die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Einsatzorganisationen, andererseits um informations- und kommunikations-technische Belange wie zum Beispiel der Umgang mit Information, der Informationsaustausch oder die Kommunikation mit den Medien. Ein zentraler Punkt, der besonders hervorgehoben wurde, sind die emotionalen Belastungen während eines Einsatzes. Hierzu wurden ebenfalls Maßnahmen genannt, die als Teil der psycho-sozialen Unterstützung für das Katastrophenmanagement anzusehen sind. Der letzte Punkt beschäftigt sich mit dem Thema des Katastrophenschutzes. Hier wird betont, dass Investitionen in die Prävention das Ausmaß der Belastung im Falle der nächsten Katastrophe reduzieren können. Die gelernten Erfahrungen in Schutzmaßnahmen und Notfallpläne einfließen zu lassen spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Herausforderungen der leitenden Einsatzkräfte sehr vielseitig sind. Die qualitative Studie liefert detailliertere Erkenntnisse über Schwierigkeiten und zeigt zugleich Strategien und entsprechende Maßnahmen auf, um mit diesen Herausforderungen bestmöglich umgehen zu können.

This project has received funding from the European Union's Seventh Framework Program for research, technological development and demonstration under grant agreement no. 312395.
Die Autorinnen danken den Interviewpartnern, die an dieser Studie teilgenommen haben, sowie den Projektpartnern, welche die Interviews durchführten.

Dr. Margit Raich arbeitet als Ass.-Professorin an der UMIT (Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik) in Hall in Tirol am Institut für Management und Ökonomie und beschäftigt sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeiten mit den Themen Führung im Gesundheitswesen und Katastrophenmanagement.
Nina Lorenzoni, MA ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der UMIT am Institut für Management und Ökonomie und beschäftigt sich mit organisationalem Verhalten und Lernen im Katastrophenmanagement.

Was Führungskräfte wollen!

Erkenntnisse aus 10 Jahren Seminarleitung der AKNZ-Veranstaltungsreihe „Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung“

Volker Harks

Wie bleibe ich handlungsfähig unter extremen Einsatzbedingungen? Woran erkenne ich Überforderung bei meinen Kollegen und was kann ich als Führungskraft dann tun? Wie bekomme ich Stress aus der Gruppe, für die ich verantwortlich bin? Welche Fehler sind typisch für Führungskräfte, die unter schwierigen Bedingungen in komplexen Einsatzsituationen Entscheidungen treffen müssen? Wie kann ich meine psychosoziale Gesundheit schützen?

Diese sind nur einige der häufigsten Fragen, die in den letzten 10 Jahren an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) von den Teilnehmenden der Veranstaltungsreihe „Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung“ genannt wurden, wenn man Sie nach Ihren Erwartungen an das Fünf-Tage-Seminar befragte.

Dieses Fortbildungsangebot ist für Leiter und stellvertretende Leiter von Katastrophenschutzbehörden und von Verwaltungs- bzw. Krisenstäben entwickelt worden, deren zentrales Tätigkeitsmerkmal es ist, mit schwierigen und unübersichtlichen Situationen konfrontiert zu werden. Insbesondere Führungskräfte im Bevölkerungsschutz sind starken psychologischen und physiologischen Belastungen ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel der Veranstaltungsreihe, die Führungskompetenzen bzgl. der Einschätzung und Bearbeitung von führungstaktischen und psychosozialen Anforderungen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen zu fördern und zu stärken. Die sich daraus ergebenden spezifischen Bedürfnisse der Teilnehmenden bildeten die Ausgangslage für die Konzeption des Seminars, dessen fachliche Grundlage sich aus Themen des psychosozialen Krisenmanagements zusammensetzt.

In der vergangenen Dekade haben mehr als 450 Führungskräfte aus allen Regionen Deutschlands und dem europäischem Ausland an dieser Veranstaltungsreihe teilgenommen. Im Folgenden soll von ausgewählten Erfahrungen und Erkenntnissen bzgl. der Bedürfnisse und Wünsche der Teilnehmenden aus dieser Zeit aus der Perspektive der Seminarleitung berichtet werden.

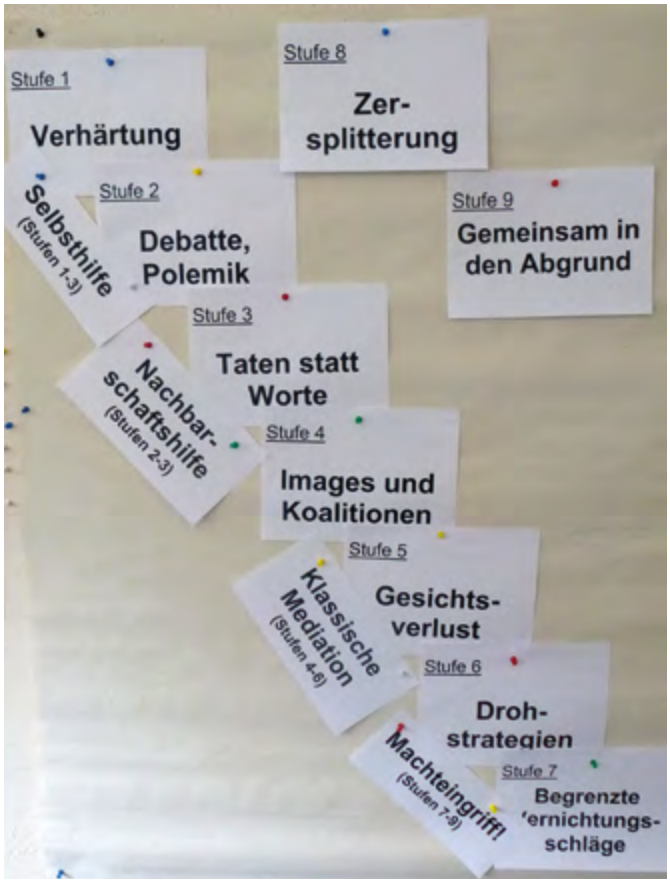
Die Einsamkeit des einfühlsamen Diktators

Gefragt nach den Vorstellungen eines optimalen Führungsverhaltens, herrschte im Teilnehmerkreis stets rasche Einigkeit: die ideale Führungskraft weiß vor, während und nach dem Einsatz, wann was wie fachlich und psychosozial zu tun ist. Sie ist wertschätzend, im Ton angemessen, transparent im Verhalten und stets in der Lage, im richtigen

Wünsche und Erwartungen der Teilnehmenden an ein Seminar.

Augenblick konsequent und anschließend partnerschaftlich zu führen. Allerdings wurde häufig ergänzend festgestellt, dass solcherart Führungskräfte, mit den märchenhaften Fähigkeiten eines fehlerfreien und einfühlsamen

„Diktators“, bisher selten gesichtet wurden. Anstatt also einem Idealverhalten nachzujagen, hatten die Teilnehmenden ein großes Interesse, eigenes Führungsverhalten zu hinterfragen, um selbstreflektiert prüfen zu können, ob die Ansprüche und Erwartungen an sich selbst und andere realistisch, psychisch gesund und zielführend sind.



Mögliche Eskalationsstufen.
(Fotos: BBK)

Zu diesem Zweck haben sich Unterrichtsangebote bewährt, die Einblicke in die jeweils individuellen biografischen Einflüsse verschaffen, um das Ausleuchten von „toten Winkeln“ im eigenen Führungsverhalten zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren wurde übereinstimmend ein Erfahrungswert auffällig oft genannt: Führen macht einsam. Denn häufig befinden sich die Teilnehmenden in belastenden Einsatzsituationen allein in der Führungsverantwortung. Mit dieser Erfahrung jedoch sind sie nicht allein, und so wurde der vertrauliche Erfahrungsaustausch während und außerhalb der Seminarzeiten stets als sehr bedeutsam, entlastend und äußerst hilfreich für die eigene Tätigkeit zurückgemeldet.

Gleichfalls wurde von den Teilnehmenden vielfach festgestellt, dass extremer Stress auf der Führungsebene ein hohes Ansteckungspotenzial für die Kolleginnen und Kollegen beinhaltet, für die man Verantwortung trägt. Ein ehemaliger Teilnehmer brachte es anschaulich auf den Punkt: Wenn es oben wackelt, wird es unten ungemütlich, insbesondere wenn sich der / die Führungsverantwortliche durch die Stressbelastung bereits in der empathiefreien Zone befindet. Solche und vergleichbare Extremsituationen sind keiner Führungskraft fremd.

Führungskräfte: Kulturschaffende Feedbackinstanz

Noch vor wenigen Jahren wusste nicht jede Führungskraft etwas mit dem Begriff der „Psychosozialen Notfallversorgung“ (PSNV) anzufangen oder hatte eine Vorstellung von deren Bedeutung im Einsatzkontext. Mittlerweile hat sich eine rasante Entwicklung in der Etablierung der PSNV als ein selbstverständlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes vollzogen, die sich in dem Kenntnisstand und den Themenwünschen der Teilnehmer wiederspiegeln.

Wurde beispielsweise noch vor 10 Jahren vereinzelt im Seminarkontext über Sinn und Zweck von Einsatznachsorge diskutiert, wird heute deren Wirksamkeit nicht mehr infrage gestellt. Die Erfahrungsbeiträge aus der Einsatzpraxis der Führungskräfte deuten darauf hin, dass dabei weniger der Modus der Einsatznachsorge entscheidend ist. Die Einsatznachsorge wirkt dadurch, dass sie stattfindet.

In diesem Zusammenhang ist bei den Teilnehmenden zunehmend zu beobachten, dass eine hohe Sensibilität für die Bedeutsamkeit bzgl. der Gestaltung eines wertschätzenden Klimas innerhalb der Gruppe besteht, häufig verbunden mit der Erkenntnis, dass dies die Wirksamkeit der Nachsorge sehr unterstützt. Dazu bedarf es einer entsprechenden Kommunikationskultur, die vor allem durch Führungskräfte entwickelt und geprägt wird.

Gleichzeitig haben die Führungskräfte eine Schlüsselrolle in der Bewältigung von Ereignissen, die für Einsatzkräfte belastend sind. Als Feedbackinstanz haben sie einen erheblichen Einfluss auf die Art und Weise einer gelingenden Verarbeitung und sind Vorbild für den achtsamen Umgang mit der eigenen Gesundheit.

Hinweise, wie diese Aspekte im jeweiligen eigenen Verantwortungsbereich konkret umgesetzt werden können, sind mittlerweile feste Bestandteile des Unterrichtes und wurden zu Schwerpunktthemen der Veranstaltungsreihe.

Zuhause in den Ruinen der Gewohnheiten

Viele Führungskräfte berichten von irrationalen Ansprüchen an sich selbst, die mit einem hohen Leidensdruck verbunden sind. Diese Ansprüche sind von Führungskräften zunehmend als Belastungsfaktor erkannt und die Auseinandersetzung hiermit als Unterrichtsthema nachgefragt worden. Infolge der Nachfrage wurde diese Themeneinheit in die Veranstaltung integriert.

Eine hohe Stressbelastung kann dazu führen, dass unter extremen Einsatzbedingungen die Fähigkeit des Perspektivwechsels sowie die kognitive Flexibilität herabgesetzt werden. Mit dem Ergebnis, dass der Betroffene sich nur noch bedingt aussuchen kann, wie er sich verhält. Er wird „eindimensionaler“, oder wie es Christian Morgenstern ausdrückte: „Die Rinde schweigt, es spricht der Stamm!“ Dieser Effekt kann durch stressverstärkende Gedanken,

wie beispielsweise der innere Antreiber „Sei perfekt!“, erheblich verstärkt werden.

Menschen sind kognitive Geizhälse und tendieren dazu, in den Ruinen ihrer Gewohnheiten zu leben. Das erklärt die Beharrlichkeit, mit der sich als absolut gesetzte „innere Antreiber“ Veränderungsversuchen widersetzen. Deren einschränkender Einfluss ist vergleichbar mit dem Verhalten eines Mannes, der sich eine Litfaßsäule entlang tastet und ruft „Hilfe, ich bin eingemauert!“ Das Seminar bietet den Führungskräften die Auseinandersetzung mit der Frage: Existieren in mir solche inneren Antreiber, die herausfordernde Situationen vor, während und nach dem Einsatz noch zusätzlich erschweren?

Stressmanagement beginnt zwischen den Ohren. In diesem Sinne haben sich hilfreiche Hinweise und Anleitungen zur individuellen Erarbeitung von inneren Gegenprogrammen als eine bereichernde Erweiterung des Themenangebotes der Veranstaltung etabliert.

Das kommunikationspsychologische Einsatzwerkzeug

Führen und Leiten hat immer mit Kommunikation zu tun! Darum ist es insbesondere für Führungskräfte wichtig und notwendig, über kommunikationspsychologisches Grundlagenwissen zu verfügen, um es im Einsatzkontext als Analyseraster und Richtschnur nutzen zu können.

Dabei geht es nicht darum, Rüstzeug für ein ideales Kommunikationsverhalten zu vermitteln, sondern die eigene (Aus-)Wirkung der persönlichen Kommunikationsgewohnheiten unter die Lupe zu nehmen. Das Ziel ist, sich ein vertieftes Kommunikationsbewusstsein aus der Perspektive „Führungskraft“ anzueignen. Oder anders gesagt: Aus welchem kommunikationspsychologischen Holz bin ich geschnitzt? Wo liegt mein Anteil, wenn die Kommunikation im Einsatz schief läuft? Bin ich mir meiner Wirkung auf andere bewusst?

Gute Kommunikation ist erlernbar – die Allgemeingültigkeit dieser Aussage wurde von einigen Teilnehmenden immer wieder gerne angezweifelt, indem sie von unbelehrbaren Personen berichten, die Ihnen im Einsatzkontext begegnen und für zahlreiche Leidensgeschichten verantwortlich sind.

Aus der Perspektive der Teilnehmenden wurde in diesem Zusammenhang wiederholt folgende Erkenntnis geäußert: Führungskräfte, denen die Bedeutung von psychosozialen Themen bewusst ist, interessieren sich für entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote und melden sich z. B. für dieses Seminar an. Denjenigen, denen es gut tun würde, sich mit ihrem Kommunikationsverhalten auseinanderzusetzen, halten solche Veranstaltungen für überflüssig. Eine „lose-lose-Situation“: Unfähig, eigene Defizite im Kommunikationsverhalten zu erkennen, werden sie zur Belastung und gefährden sich, andere, und das Einsatzziel.

Es ist zu einer guten Seminartradition geworden, diese „Leidensgeschichten“ als Ausgangspunkt zu nehmen, um im Unterricht regelhafte und problematische Aspekte menschlicher Kommunikation im Einsatzkontext zu analysieren, und alternative Verhaltensoptionen zu entwickeln.

Der Wunsch nach interkulturellen Checklisten

Nicht erst seit dem hohen Flüchtlingsaufkommen im Jahr 2015 stellt die zunehmende ethnische und soziokulturelle Vielfalt der Bevölkerung Deutschlands auch Führungs- und Einsatzkräfte des deutschen Bevölkerungsschutzes vor Herausforderungen. Umso mehr bestätigte sich die Richtigkeit der Entscheidung, das Themenfeld „Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz“ bereits vor zehn Jahren als festen Bestandteil in die Veranstaltungsreihe aufzunehmen. Die Bedeutung des Themas spiegelte sich gleichfalls in den Fragen der Teilnehmenden wieder, wie beispielsweise Einsatzstress durch interkulturelle Kompetenz verringert werden kann, oder wie sich Einsatzorganisationen interkulturell öffnen können. Ein vielfach geäußerter Wunsch blieb allerdings stets unerfüllt: die Bereitstellung von Checklisten als Handreichung für den zielführenden Umgang mit Personengruppen wie „den Afghanen“, „den Türken“, „den Russlanddeutschen“ usw. Genauso wenig wie es Checklisten für „den deutschen Rentner“ geben kann, ist das Erstellen von Checklisten für spezifische Menschengruppen mit Migrationshintergrund wenig nützlich.

Stattdessen wurden ausgewählte Unterrichtsmodule eines interkulturellen Fortbildungskonzeptes vorgestellt. Diese wurden im Rahmen des vom BBK in Auftrag gegebenen, und vom Lehrstuhl Gesundheit und Prävention der Universität Greifswald durchgeführten Forschungsprojektes „Rettung, Hilfe & Kultur“ auf theoretischer und empirischer Basis entwickelt und evaluiert.

Das hohe Interesse an diesem Thema hatte zur Folge, dass seit 2014 an der AKNZ die eigenständige Veranstaltungsreihe „Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz: Train-the-Trainer“, angeboten wird. Durchgeführt auf der Grundlage des oben genannten Konzeptes ist es das Ziel der Veranstaltung, Multiplikatoren für die Vermittlung von interkultureller Kompetenz zu qualifizieren.

Abschließend bleibt festzustellen: Die Themenauswahl und die Schwerpunktsetzungen der Seminarreihe waren und sind dynamisch. Sie erfordern einen kontinuierlichen Anpassungs- und Veränderungsprozess. Was rückblickend unverändert bleibt, ist die tief empfundene Dankbarkeit der Seminarleitung gegenüber den Teilnehmern: für das Feedback, die Tipps, die Lebendigkeit, die Offenheit, die Neugier, den Humor, die Experimentierfreude und das entgegengebrachte Vertrauen. Gleiches gilt für das hohe Engagement der Gastdozenten, die mit ihrer Expertise entscheidend zum bisherigen Gelingen und der Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung“ beigetragen haben.

Volker Harks ist Sonderpädagoge und Referent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) und im Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* im BBK.

Inklusiver Katastrophenschutz

European Network for Psychosocial Crisis Management-Assisting Disabled in Case of Disaster – Implementation (EUNAD und EUNAD-IP)

Claudia Schedlich und Frederike Albers

Die EUNAD-Initiative greift Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zum inklusiven Katastrophenschutz auf. Auf der Basis existierender europäischer Leitlinien und den Ergebnissen vorangegangener Projekte zum Psychosozialen Krisenmanagement werden Konzepte für Menschen mit Behinderungen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen entwickelt, erprobt und implementiert.

Seit Januar 2016 koordiniert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Referat „Psychosoziales Krisenmanagement" das von der Europäischen Kommission, Directorate Humanitarian Aid & Civil Protection (DG ECHO), geförderte Projekt „European Network for Psychosocial Crisis Management – Assisting Disabled in Case of Disaster – Implementation (EUNAD-IP)" [1]. Das Projekt EUNAD-IP ist eine direkte Fortsetzung und Erweiterung des Projektes EUNAD (2013-2014).

Claudia Schedlich stellt EUNAD auf der Fachtagung „Barrierefreier Notruf" des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. (29.11.2016 in Berlin) vor und wird simultan in International Sign Language, in deutsche Gebärdensprache und in deutsche Schriftsprache gedolmetscht.

Ausgangslage der EUNAD-Initiative war, dass es nur wenige Forschungsergebnisse zu psychosozialen Bedarfen und zur speziellen Psychotraumatologie bei Menschen mit Behinderungen nach Notfällen gibt, und Handlungsempfehlungen zum Psychosozialen Krisenmanagement für diese Zielgruppe weitestgehend fehlten.

Die EUNAD-Initiative zielt darauf ab, die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zum inklusiven Katastrophenschutz aufzugreifen. Es werden Konzepte zum Krisenmanagement – mit Schwerpunkt auf dem Psychosozialen Krisenmanagement – für Menschen mit Behinderungen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen entwickelt, erprobt und implementiert. Im Projektzeitraum 2013 bis 2014 fokussierte EUNAD auf Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen, derzeit befasst sich das EUNAD-Projekt auch mit dem inklusiven Katastrophenschutz für Menschen mit körperlichen Behinderungen und Menschen mit Intelligenzminderung.

Im Rahmen des ersten EUNAD-Projektes (2013-1014) wurden Forschungsergebnisse zu psychosozialen Bedarfen und Belastungsreaktionen von Menschen mit Sinnesbehinderungen vorgelegt, konkrete Empfehlungen zum Psychosozialen Krisenmanagement formuliert, eine europäische Expertengruppe für diese Zielgruppen gebildet und Trainingstools für professionelle Helfer entwickelt. Am Ende des Projektes standen Forderungen nach der Erweiterung der Zielgruppen, der Intensivierung von Forschungsaktivitäten, der Integration von Behindertenverbänden in die Entwicklung von Krisenmanagementkonzepten und der Entwicklung von spezifischen Trainingstools zur Verbesserung der Selbsthilfekompetenzen für Menschen mit Behinderungen in Notfällen. EUNAD-IP greift diese Forderungen in seinem Arbeitsplan auf und verfolgt dabei folgende Ziele:

1) In den Konzepten zur Prävention von Traumafolgestörungen besteht immer noch eine enorme Wissenslücke bezüglich des Ausmaßes der Exposition, traumatischen Belastungsreaktionen und Bewältigungsstrategien behinderter Menschen. In Bezug auf alle Zielgruppen werden im Projekt EUNAD-IP Forschungsvorhaben umgesetzt zur Prävalenz von Notfallerfahrungen, zu psychosozialen Bedarfen von Menschen mit Behinderungen in der psychosozialen Akuthilfe und der mittel- und langfristigen psychosozialen Versorgung, zu Coping-Mechanismen und zur speziellen Psychotraumatologie von Menschen mit geistiger, körperlicher und Sinnesbehinderung. Erwartet werden wissenschaftliche Erkenntnisse zum Expositionsrisiko, zur Prävalenz potenziell traumatischer Erfahrungen, traumatischen Belastungen und Bewältigungsstrategien von Menschen mit Behinderungen. Diese Ergebnisse sind Grundlage für die Entwicklung der Leitlinien zum psychosozialen

[1] EUNAD-IP; Grant Agreement ECHO/SUB/2015/718665/PREP17

Krisenmanagement und zur primären und sekundären Prävention von Traumafolgestörungen für Menschen mit Behinderungen.

2) Auf der Basis der Forschungsergebnisse und der Erhebung von best practise in einem intensiven Expertenaustausch werden die EUNAD-Empfehlungen weiter entwickelt und um Empfehlungen für Menschen mit Intelligenzminderung und Körperbehinderung erweitert. Die europäische EUNAD-Expertengruppe integriert Expertise für Menschen mit Intelligenzminderung und Körperbehinderung.

3) Wesentlicher Bestandteil von EUNAD-IP sind die Entwicklung und Erprobung von Schulungskonzepten für verschiedene Berufsgruppen zum Psychosozialen Krisenmanagement für Menschen mit körperlichen Behinderungen und Intelligenzminderung. Die im ersten EUNAD-Projekt entwickelten Schulungskonzepte für Menschen mit Sinnesbehinderung sollen erweitert werden. EUNAD-IP entwickelt Trainingskonzepte für Multiplikatoren aus den Organisationen der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, der Psychosozialen Akuthilfe und Fachleuten der mittel- und langfristigen psychosozialen Versorgung. Nach Pilottestung und Evaluation der Trainings wird ein Trainingsmanual für Multiplikatoren entwickelt, das auch methodisch-didaktische Empfehlungen vermittelt und Trainingsmaterial bereitstellt. Insbesondere das Wissen um die spezifischen Reaktionen, Bedürfnisse und Bedarfe von Menschen mit Intelligenzminderung im Krisen- und Katastrophenfall ist unzureichend und Konzepte der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) – im Sinne einer sekundären und tertiären Prävention – für Menschen mit Behinderungen sind eine bekannte Versorgungslücke. Hierin begründet sich der Bedarf nach spezifischen Schulungen unterschiedlicher Berufsgruppen zur PSNV für Menschen mit Behinderungen.

4) Eine wesentliche Forderung am Ende des ersten Projektes EUNAD war, nicht nur auf den Kompetenzzuwachs der Helfer zu fokussieren, sondern auch die Stärkung der Selbsthilfekompetenzen von Menschen mit Behinderungen in den Blick zu nehmen. EUNAD-IP greift diese Forderung auf und zielt darauf ab, pädagogische Toolkits für Menschen mit Behinderungen zur Förderung der Selbsthilfe- und Kommunikationsfähigkeit in komplexen Gefahren- und Schadenslagen zu entwickeln. Die Toolkits werden in Schulen für behinderte Kinder und Jugendliche erprobt und evaluiert.

Das Projekt EUNAD-IP ist, wie schon das Vorgängerprojekt EUNAD, ein Verbundprojekt. Es arbeiten zusammen:

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als Koordinator
- Universität Innsbruck (Österreich)
- Charles Universität, Prag (Tschechische Republik)
- Zentrum für Psychotraumatologie, Alexianer Krefeld GmbH (Deutschland)
- Norwegian Centre of Violence and Traumatic Stress Studies, Oslo (Norwegen) und
- University of Southern Denmark, Odense (Dänemark).

Namhafte Experten wie Prof. Steven Hobfoll, hier mit der Projektkoordinatorin Claudia Schedlich, gehören zum Beirat von EUNAD.
(Fotos: BBK)

Unterstützt wird EUNAD-IP von einer Vielzahl eng kooperierender Institutionen und renommierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, u. a.:

- Israel Trauma Coalition – Response and Preparedness, Jerusalem (Israel)
- Sociedad Española de Psicotraumatología y Estrés Traumatico (SEPET-D), Madrid (Spanien)
- Group de support psychologique, Le gouvernement du grand-duché de Luxembourg (Luxemburg)
- Impact, National knowledge and advice Centre for psychosocial care concerning critical incidents, Partner in Arq Psychotrauma Expert Group, Amsterdam (Niederlande)
- Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Fakultät für Humanwissenschaften, Institut für Sonderpädagogik, Lehrstuhl für Sonderpädagogik IV-Pädagogik bei geistiger Behinderung
- Bundesverband Sonderpädagogik e.V. (vds)
- Carl von Ossietzky Universität Oldenburg-Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik
- Medical School Hamburg (MSH)
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)-Projektgruppe Notfallpsychologie für Menschen mit geistiger Behinderung sowie
- Verbänden der Menschen mit Behinderungen.

Die Ergebnisse der Projekte EUNAD und EUNAD-IP können unter *www.eunad-info.eu* abgerufen werden.

Claudia Schedlich ist Diplom-Psychologin und Psychologische Psychotherapeutin, Frederike Albers ist Psychologin (M.Sc.) und Psychologische Psychotherapeutin i.A. Beide sind Referentinnen im Referat *Psychosoziales Krisenmanagement* des BBK mit den Arbeitsschwerpunkten Projekt EUNAD-IP sowie Traumaberatung und Vermittlung von Psychotherapeuten in der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) des BBK.

Organisationsübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz Kritischer Infrastrukturen

Kommunikation und Informationsaustausch im Krisenmanagement

Martin Schmidt, Katrin Scharf

Zentrales Charakteristikum Kritischer Infrastrukturen (KRITIS), wie die Energie- und Wasserversorgung, Informations- und Kommunikations- (IuK) oder Transportsysteme, sind deren ein- und wechselseitigen Abhängigkeiten bzw. (Inter-)Dependenzen zwischen den einzelnen KRITIS-Sektoren (z. B. Energie) bzw. -Branchen (z. B. Elektrizität) (hierzu bspw. Chang et al. 2014). Für eine erfolgreiche Krisenbewältigung bei einem KRITIS-Ausfall ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Informationen sektor- und branchenübergreifend sowie über Organisationsgrenzen hinweg zielgerichtet ausgetauscht werden. Allerdings wird die interorganisationale Zusammenarbeit durch die Vielzahl von unternehmerischen und behördlichen Akteuren mitunter stark erschwert (u. a. Frevel 2016: 30) und ist bislang kaum anhand einzelner KRITIS-Szenarien erprobt.

Vor diesem Hintergrund verfolgte das an der TU Darmstadt im Jahr 2016 durchgeführte Forschungsprojekt „Kooperation zum Schutz Kritischer Infrastrukturen – Simulation von Kommunikations- und Informationsaustauschprozessen“ das Ziel, spezifische Merkmale, gegenwärtige Defizite und mögliche Verbesserungsansätze für einen Informationsaustausch zwischen KRITIS-Akteuren im städtischen Krisenmanagement auszuloten.[1] Es widmete sich den Strukturen, Handlungsroutinen und Kommunikationsproblemen organisationsübergreifender Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen KRITIS-Betreibern sowie zwischen den Betreibern und dem lokalen Katastrophenschutz (KatS).

Forschungsansatz und -erkenntnisse

Trotz der in den letzten Jahren stark ausgeweiteten Forschungsbemühungen zu KRITIS und der zunehmenden Vulnerabilität städtischer Infrastrukturen wurde der bereits seit längerem artikulierte Forschungsbedarf zur sektorübergreifenden Interaktion und dem „Aspekt der Kommunikation“ im „Risiko- / Krisenmanagement“ (u. a. Gerhold 2010: 18) bislang nur sporadisch aufgegriffen. Zwar wurde die Sicherheitskommunikation theoretisch-konzeptionell (Baban 2013), hinsichtlich ihrer Dimensionen (z. B. Akteure, Zeitphasen, Inhalte und Kompetenzen – Giebel 2012), systemtheoretischer Modellierungen und organisatorischer Voraussetzungen (Schenker-Wicki 2014) sowie bestimmter sozialer Erfolgsfaktoren (Siedschlag 2013) aufgearbeitet. Auch untersuchen Forschungsprojekte die Kommunikation zwischen Behörden (z. B. Hofinger et al. 2013) sowie zwischen Behörden und der Bevölkerung (Al-Akkad / Boden 2014; Ruckli 2013; BMI 2014; Garth 2008), als auch im Speziellen den Einsatz neuartiger Medien wie soziale Netzwerke, Twitter und Apps (Steiger et al. 2014; Martini et al. 2015).

Allerdings verbleiben die Kommunikation und der Informationsaustausch zwischen Infrastrukturbetreibern und KatS auf kommunaler Ebene als Blindstelle, obwohl Fachverbände explizit eine stärker institutionalisierte Zusammenarbeit, die Klärung von Verantwortlichkeiten, die Strukturierung von Informationsflüssen und die Systematisierung von Meldewegen fordern (u. a. AGBF-Bund 2015; KKI 2015).

Methodisches Vorgehen

Das Forschungsprojekt griff dies am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main (Ffm.) auf, welche als fünftgrößte Stadt Deutschlands einen bedeutenden (inter-)nationalen Knotenpunkt von Strom-, Transport- und Telekommunikationsnetzen darstellt.[2] An dem interdisziplinären Projekt von Planungs- und Wirtschaftswissenschaften beteiligten sich die untere KatS-Behörde sowie Frankfurter Strom-, Gas-, Wasser- und Telekommunikationsnetzbetreiber (Be-

[1] Das Projekt wurde aus Mitteln der Förderinitiative interdisziplinäre Forschung der TU Darmstadt finanziert.

[2] So verfügt sie über rd. 14.000 km Netze für Strom, Erdgas, Fernwärme und Wasser. Der Frankfurter Hauptbahnhof verzeichnet täglich ca. 450.000 Reisende, ist einer der meistfrequentierten Fernbahnhöfe Deutschlands und stellt die zentrale deutsche Zugverkehrsdrehscheibe dar. Auf Frankfurter Stadtgebiet liegt das meistbefahrenste Autobahnkreuz Deutschlands und der drittgrößte Flughafen Europas (Welt: 11; Cargo: 9). In der Stadt haben 190 Kreditinstitutionen ihren Hauptsitz und zentrale Rechenzentren ihren Serverstandort (Internet Exchange „DE-CIX“ weltgrößter Datentransfer).

rufsfeuerwehr Ffm., Mainova AG, Syna GmbH, Deutsche Telekom AG (DTAG)). Es gliederte sich in drei Phasen:

(1.) Mittels Literaturanalyse sowie schriftlicher und mündlicher Expertenbefragungen wurden der Stand des Risiko-/Krisenmanagements und die Vulnerabilität, Kritikalität und Interdependenzen von KRITIS in Ffm. herausgearbeitet sowie Defizite der Zusammenarbeit und Informationsasymmetrien abgeleitet.
(2.) Kernbestandteil der Arbeit war eine agentenbasierte Simulation der Informationsaustauschprozesse zwischen KRITIS-Akteuren am Beispiel Stromausfall. Dabei wurde die Krisenkommunikation zeitabhängig und GIS-gestützt modelliert, um die Einflussfaktoren und Auswirkungen des interorganisationalen Informationsaustausches auf städtischer Ebene zu analysieren und zu verdeutlichen.
(3.) Die (Zwischen-)Ergebnisse wurden in Expertenworkshops mit den beteiligten Praxisvertretern erörtert und in Schlussfolgerungen für optimierte Aufgabenverteilungen, Strukturen und Informationsaustauschprozesse innerhalb der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit überführt.

Zentrale Ergebnisse

Die Mehrheit der Projektbeteiligten hatte bereits zuvor zusammengearbeitet. Insofern war die organisationsübergreifende Kooperation dahingehend erprobt, dass Ansprechpartner gegenseitig bekannt und Alarmierungswege festgelegt waren sowie einzelne Übungen durchgeführt wurden. Neu war hingegen, die bislang fehlende Expertise der DTAG in die organisationsübergreifende Zusammenarbeit zu integrieren und letztere auf verbliebene Defizite zu analysieren.

Im Projekt wurde beispielsweise deutlich, dass Verständnisprobleme (bei spezifischen Begriffen) auftreten, die Leistungsfähigkeit im Krisenfall (Notversorgungskapazitäten, Personal etc.) der jeweils anderen Organisationen nicht bekannt ist und in der Regel überschätzt wird sowie unterschiedliche IT-Systeme den Austausch von Daten erschweren. Aus einer Reihe von Einzelnennungen in den getrennten Befragungen der KRITIS-Akteure konnten schlussfolgernd drei Dimensionen derzeitiger Lücken und möglicher Handlungsfelder zur Weiterentwicklung des organisationsübergreifenden Informationsaustauschs aggregiert werden:

- *Strukturelle Dimension*: Die Krisenmanagementstrukturen innerhalb der einzelnen beteiligten Institutionen sind unterschiedlich und diese Unterschiede sind gegenseitig nicht im Detail bekannt. Hierdurch entsteht ein falscher Eindruck vom Umfang bzw. der Dauer von Zuständigkeiten und organisationsinternen Handlungsabläufen (Arbeitsschritte, Alarmierungsroutinen etc.).
- *Technische Dimension*: Den Beteiligten KRITIS-Akteuren sind Details bestimmter Funktionsweisen und Möglichkeiten technischer Telekommunikationssysteme nicht bekannt. Hierdurch ist unklar, ob und wie ein organisationsübergreifender Informationsaustausch im Störungsfall aufrechterhalten werden kann.
- *Zeitliche Dimension*: Bei einem KRITIS-Ausfall wünschen sich sämtliche KRITIS-Betreiber und insbesondere der koordinierende KatS unmittelbare Informationen zur Störung, wohingegen der „betroffene" KRITIS-Betreiber zunächst eine Lageermittlung und -bewertung (Vor-Ort-Analyse) durchführt. Hierdurch ist eine schnelle Priorisierung und Bestimmung von notwendigen Maßnahmen (inkl. dem Einholen von spezifischen Informationen, einem Voralarm für benötigtes Personal u.ä.) nicht möglich.

Abb. 1: Verbesserungspotenziale des organisationsübergreifenden Informationsaustauschs in drei zentralen Dimensionen.

Strukturen des Krisenmanagements

Die derzeitigen Vorbereitungen auf KRITIS-Ausfälle unterscheiden sich zwischen den beteiligten Institutionen und umfassen teils eher allgemeine Handlungsweisungen für Störsituationen, teils detaillierte Notfall-/Krisenhandbücher für einzelne Szenarien. Daneben weisen die individuellen Strukturen der Krisenbewältigung in den einzelnen Unternehmen und beim KatS Unterschiede auf, wobei die jeweiligen Besonderheiten bei den „Mitstreitern" im organisationsübergreifenden Krisenmanagement häufig nicht bekannt sind. So äußerten die Beteiligten, dass sie zeitweilig nicht verstehen, warum Antworten auf scheinbar einfach zu beantwortende Fragen oder herbeizuführende Entscheidungen von anderen Akteuren unerwartet lange dauern. Die organisatorischen Strukturen des Krisenmanagements wurden daher in einem Projektworkshop gemeinsam erörtert und unterschiedliche Ablaufprozesse bewusst gemacht. Neben den staatlichen, privatwirtschaftlichen und unternehmensspezifischen Besonderheiten wurde auch erkennbar, dass Aufbau und Struktur der jeweiligen Krisenstäbe ähnlich sein können, jedoch unterschiedliche Begrifflichkeiten verwendet werden.

Innerhalb Frankfurts sind die jeweiligen Ansprechpartner namentlich bekannt und die hier befindlichen Akteure entsenden auf direkte Anforderung (gegenseitig) Verbindungspersonen, die den Informationsaustausch zwischen den Stäben sicherstellen. Abweichend hiervon stützt sich

die Zusammenarbeit mit der DTAG auf deren Zentrale in Bonn, die über eine Behördenhotline zu kontaktieren ist und ggf. die zuständige regionale Betriebseinheit zur Entsendung einer Kontaktperson veranlasst. Angesichts wechselnder Zuständigkeiten ist eine feste personenbezogene Hinterlegung bei KatS-Behörden nicht sinnvoll. Grundsätzlich ist zu beachten, dass KRITIS-Unternehmen nicht gleichzeitig Personal in mehrere Krisenstäbe von anderen Unternehmen bzw. KatS-Behörden entsenden können, wie es der KatS selbst praktiziert und ggf. erwarten würde.

Grundsätzlich erscheint aus Sicht örtlicher Gefahrenabwehrbehörden stets die Zusammenarbeit mit nicht lokalen Unternehmen der Infrastrukturversorgung problematisch. Umgekehrt gilt dieser Befund jedoch auch für national bzw. international tätige Infrastrukturunternehmen: Zwar sind (durch die Feuerwehrdienstvorschrift 100) für die Gefahrenabwehr einheitliche Eskalationsstufen mit jeweils angepasstem Aufbau der Führungsstrukturen festgelegt.

Jedoch erschweren die Unterschiede in den Strukturen und Begriffen zwischen den Bundesländern und teilweise auf kommunaler Ebene für solche Unternehmen die Kooperation mit den Behörden. So ist nicht immer bekannt, ob ein Ein- oder Zwei-Stabsmodell praktiziert wird und welche Folgen dies für die Führungsarbeit hat. Auch sind z. B. die unterschiedlichen Funktionsbezeichnungen der Führungskräfte, die Bezeichnung der jeweiligen operativ-taktischen Komponente (Krisenstab, Führungsstab, Katastrophenschutzstab etc.) sowie die hiervon abweichende Benennung der Funktionsträger innerhalb der administrativ-organisatorischen Komponente (Fachberater / Verbindungspersonal vs. ereignisspezifische Mitglieder) für Infrastrukturunternehmen kaum nachvollziehbar – zumal diese im Falle einer großflächigen Lage zeitgleich mit den höchst unterschiedlichen Strukturen zusammenarbeiten müssten.

Für das Fallbeispiel Frankfurt wurden nicht nur die vorliegenden Verständnisprobleme aufgelöst, sondern auch die sinnvolle Zuordnung der unternehmerischen Kontaktpersonen zu den Stäben (unter Berücksichtigung der Stabsdienstordnungen) erörtert, Informationen zu existierenden Einsatz- und Maßnahmenplänen vermittelt und ein weiterer regelmäßiger Austausch („Runder Tisch KRITIS“) vereinbart.

Technische Fragestellungen des Informationsaustauschs

Zum organisationsübergreifenden Informationsaustausch werden von den Frankfurter Akteuren überwiegend öffentliche Kommunikationsnetze genutzt (Festnetz, Mobilfunk, E-Mail, Telefax), während Datenserver, Betriebsfunk, Feuertelegrafennetz mit Telefonmöglichkeit oder Alarmierungssysteme ausschließlich organisationsintern Verwendung finden.

Eine Weiterentwicklung könnte darauf abzielen, diese Systeme zu einem übergreifenden Netz der KRITIS-Verantwortlichen auszubauen. Vor allem artikulierten die beteiligten Akteure Verbesserungsbedarfe, die es ermöglichen sollen, Störkaskaden früher erkennen und abbilden zu können. Dies kann bspw. die Darstellung von Leitungsverläufen in einem organisationsübergreifenden GIS sein, woraus mittelfristig auch intersektorale Lagepläne und eine organisationsübergreifende Lagekarte (hierzu z. B. Knigge et al. 2014) resultieren könnten. Auch wäre das Führen einer (Online-) Plattform für gemeinsame Verzeichnisse, Listen etc. denkbar. Hierfür wären jedoch zunächst weitere Fragen zum Schutz sicherheitsrelevanter Unternehmensdaten und der Herausforderung einer fortwährenden Aktualisierung zu klären.

Ein kurzfristiger Verbesserungsbedarf bestand darin zu erörtern, welche derzeitigen Kommunikationstechniken bei einem Stromausfall funktionieren und für den organisationsübergreifenden Informationsaustausch genutzt werden können. Welche Einrichtungen der Telekom sind notstromversorgt? Wie lange kann eigenes (Krisenstabs-) Personal über Mobilfunk kontaktiert werden? Ist die Arbeit entsendeter Kontaktpersonen mittels der vorgerichteten IT-Anschlüsse in den auswärtigen Stabsräumen via Internet möglich? Im Ergebnis zeigte sich, dass dies – nach Fachmeinung der DTAG – sehr stark auf die regionalen bzw. lokalen Bedingungen und Netze ankommt und nur mit einer detaillieren Vor-Ort-Analyse (im Zuge des Risikomanagements!) bestimmt werden kann.

Grundsätzlich sind Basisstationen des Mobilfunks für ca. zwei Stunden batteriegepuffert, in Gebäuden von (Fern-) Vermittlungsstellen für mindestens zwei Tage notstromversorgt. Im Festnetz- und Internetbereich stellen die sog. Vorfeldeinrichtungen (zwischen Vermittlungsstelle und Benutzer) einen besonders kritischen Teilbereich dar. Sofern diese über Kupferdoppelader mit Strom versorgt werden, ist eine Notstromversorgung (über die Vermittlungsstelle) gegeben; bei Stromversorgung aus dem öffentlichen Netz fallen diese aus. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass die End- und Zwischengeräte bei den Nutzern ohne Notstromversorgung ausfallen werden.

Ferner stellte sich den Beteiligten die Frage, was genau eine Telefon-Bevorrechtigung leisten kann (Nutzen, Bedingungen etc.). Eine solche ermöglicht eine priorisierte Telefonverbindung bei Kapazitätsengpässen im Netz (eingehende und abgehende Rufe). Durch das Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz vom 01.04.2013 sind vorrangige Wählverbindungen im Festnetzbereich entfallen, da hier keine Engpässe mehr befürchtet werden. Im Mobilfunkbereich ist eine dauerhafte Aktivierung der Vorrangschaltung für KRITIS-Betreiber auf Grundlage einer Behörden-Bescheinigung möglich, sofern nachgewiesen wird, dass „lebens- oder verteidigungswichtige Aufgaben“ wahrgenommen werden. Die Bevorrechtigung wird beim jeweiligen Telekommunikationsunternehmen (nicht mehr bei der Bundesnetzagentur) beauftragt und bezieht sich sodann auch ausschließlich auf diesen Netzbetreiber (kein nationales Roaming). Ein priorisierter Verbindungsaufbau kann jedoch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, da ggf. erst ein bestehendes Telefonat Nicht-Bevorrechtigter getrennt werden muss.

Sollte das öffentliche Telefonnetz ausfallen, ist eine organisationsübergreifende Kommunikation per Satelliten-Te-

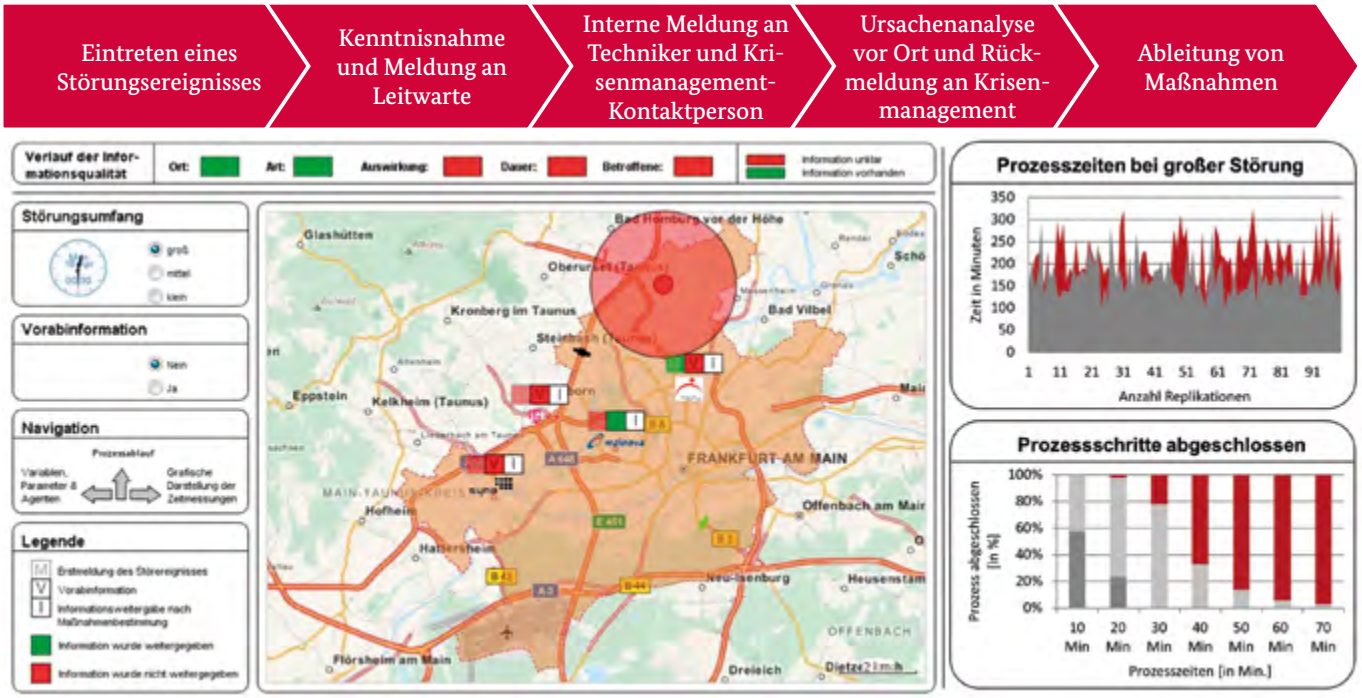


Abb. 2: Aufbau des Simulationsmodells und Ergebnisse der Simulationsexperimente (am Beispiel eines Stromausfalls).

lefon denkbar – solange die auch hier existierende terrestrische Teilverbindung nicht durch einen nationalen Stromausfall lahm gelegt wird. Im Rahmen des Risikomanagements sollte jedoch sinnvollerweise die Handhabung regelmäßig geübt und vor allem die Funktionssicherheit der Kommunikation zwischen Endgeräten verschiedener Netze erprobt werden. Für Ffm. wurde sich zudem über den Bestand an Satelliten-Telefonen bei den jeweiligen KRITIS-Akteuren ausgetauscht und vereinbart, ein organisationsübergreifendes Nummernverzeichnis zu etablieren.

Bedarf der zeitnahen Informationsweitergabe

Im Falle einer Funktionsstörung von KRITIS benötigt die organisationsübergreifende Informationsweitergabe für gewöhnlich eine gewisse Zeit, wodurch sich bei den KRITIS-Akteuren unterschiedliche Situationsannahmen und Lagebilder entwickeln können (hierzu auch Danielsson 2016). In der Untersuchung wurde jedoch deutlich, dass alle beteiligten Akteure einen sehr ähnlichen Informationsbedarf (zu Ort, Art, Umfang und Dauer der Störung) haben und Informationen so schnell wie möglich benötigen, um die Zeit bis zur individuellen Maßnahmenbestimmung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich gering zu halten. Dabei stellt sich zum einen die Frage, ob eine ungenaue Vorabinformation einen Mehrwert gegenüber einer späteren detaillierten Situationsbeschreibung durch den „betroffenen" Infrastrukturbetreiber hat. Zum anderen ist fraglich, welcher Zeitpunkt für eine Vorabinformation geeignet sein könnte, sodass die Information einen substanziellen Mehrwert hat. In einer agentenbasierten Simulation wurde daher GIS-basiert der Zeitpunkt der Informationsweitergabe analysiert – unter Berücksichtigung von Abhängigkeitsverhältnissen der Akteure, zeitlichen Verteilungen der Prozessschritte und derzeitigen Kommunikationsroutinen sowie Distanzen und Fahrtzeiten (siehe Abb. 2).

Zeitspanne des Krisenmanagementprozesses in Abhängigkeit des Störungsumfangs und der verfügbaren Vorabinformation

Um zunächst die Zeitspanne vom Eintreten eines Störereignisses bis zur Maßnahmenbestimmung der beteiligten KRITIS-Akteure zu analysieren, wurden die folgenden Prozessschritte in einem agentenbasierten Simulationsmodell implementiert. Zufallsbasiert werden Störereignisse mit unterschiedlichem Umfang und Auswirkungen generiert und GIS-basiert in der Frankfurter Region verortet (Eintreten eines Störereignisses). Die Kenntnisnahme des Störereignisses und die Meldung an die Leitwarte des betroffenen Infrastrukturbetreibers kann dementsprechend eine unterschiedliche Zeit beanspruchen (bspw. wenn ein betroffener Kunde die Störung zunächst bei seinem Stromanbieter anstatt dem zuständigen Netzbetreiber meldet). Im Anschluss erfolgt eine interne Meldung an einen Techniker und an eine Kontaktperson für das unternehmensinterne Krisenmanagement[3], wobei unterschiedliche zeitliche Erreich- und Verfügbarkeiten hinterlegt wurden. Der Techniker begibt sich vor Ort (GIS-basierte Fahrzeitanalyse) und führt eine Ursachenanalyse – in zeitlicher Abhängigkeit vom Umfang des Ereignisses – durch.

[3] Krisenmanagement wird hier stellvertretend für die einzelnen Begriffe der jeweiligen Eskalationsstufen eines KRITIS-Ausfalls verwendet (Störung, Notfall, Krise etc.), da sich sowohl die Begriffsbedeutungen in den Aufbauorganisationen einzelner Institutionen unterscheiden als auch bewusst Ereignisse betrachtet werden sollten, die einen organisationsübergreifenden Informationsaustausch erfordern.

Nach Rückmeldung seitens des Technikers können im Rahmen des Krisenmanagements erste interne Maßnahmen zur Störungsbewältigung eingeleitet werden. An dieser Stelle wird nun eine Lageinformation an den KatS und andere KRITIS-Betreiber übermittelt, woraufhin andere KRITIS-Akteure wiederum ihre Maßnahmen einleiten können. Hiermit ist der Betrachtungszeitraum beendet.

Kernfrage war, ob die Zeitspanne vom Eintreten einer Störung bis zur Maßnahmenableitung der einzelnen Akteure insgesamt durch eine Vorabinformation reduziert werden kann. Dazu wurden in den Simulationsexperimenten zunächst sechs (3 x 2) Szenarien mit jeweils 100 Replikationen durchgeführt, wobei die Störereignisse (Ausprägungen zum Umfang des Störereignisses: groß, mittel, klein) und der Zeitpunkt der Informationsweitergabe (Ausprägungen zum Zeitpunkt der Informationsweitergabe: früh, spät) variiert wurden. Generell zeigte sich, dass die Informationsqualität mit fortlaufender Zeit ab dem Eintreten einer Störung ansteigt und die Akteure ihre Maßnahmen zunehmend schneller und zielgerichteter bestimmen können.

Folglich dauert eine Maßnahmendefinition aufgrund der schlechteren Informationsqualität im Anfangsstadium einer Störung länger. Auch wenn die Zeitspanne bei jedem Simulationsdurchlauf stark variieren kann (vgl. Abb. 2 – Prozesszeiten bei großer Störung) zeigten die Simulationsergebnisse insgesamt, dass durch eine frühzeitige (wenn auch ungenauere) Informationsweitergabe die durchschnittliche Zeit, bis alle Akteure ihre Maßnahmen bestimmt haben, um rund 20 % reduziert werden kann.

Zeitpunkt der Informationsweitergabe in Abhängigkeit der abgeschlossenen Prozessschritte

Die zweite mit der Simulation analysierte Forschungsfrage betrachtet den Zeitpunkt der Vorabinformation. Hierzu wurden verschiedene Zeitpunkte hinsichtlich des erreichten Grades der Informationsqualität simuliert und ausgewertet (vgl. Abb. 2 – Prozessschritte abgeschlossen). Die Ergebnisse zeigen, dass bei über 65 % der aufgetretenen Störereignisse ein Techniker bereits nach 40 Minuten vor Ort ist und eine erste Einschätzung zur Lage zurückmelden kann. Auch Realereignisse während der Projektlaufzeit belegten, dass dies ein sinnvoller Zeitpunkt für eine Vorabinformation an andere betroffene KRITIS-Akteure sein kann. Durch die praktische Implementierung einer Vorabinformation im städtischen Krisenmanagement könnten – entgegen der derzeitigen Praxis mit weitaus längeren Zeitspannen – nicht zuletzt anvisierte Krisenbewältigungsstrategien (z. B. „Rahmenempfehlung Stromausfall“ des Landes Hessen) mit ihren zeitlichen Zielvorgaben eingehalten und zielgerichtet umgesetzt werden.

Fazit / Ausblick

Die Projektergebnisse aus Ffm. zeigen, wie wichtig es ist, sich auf kommunaler Ebene mit allen KRITIS-Verantwortlichen zusammenzusetzen, um über die Anforderungen, Modi und örtlichen Besonderheiten der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit zum Schutz von KRITIS zu sprechen – auch wenn dies in Teilaspekten schon etabliert ist.

Die Initiativ-, Koordinations- und Leitungsverantwortlichkeit sollte die zuständige untere KatS-Behörde übernehmen (hierzu und zu den diesbezüglichen Problemen siehe auch Schmidt / Matern 2015). Hierfür sind die vorgestellten Ergebnisse aus Ffm. grundsätzlich übertragbar bzw. stellen Anstöße für Inhalte dar, die für eine Weiterentwicklung organisationsübergreifender KRITIS-Kooperationen gemeinsam erörtert werden sollten. Darüber hinaus weisen sie auf weitere Handlungs- und Forschungsbedarfe hin:

Bezüglich der *Krisenmanagementstrukturen* scheint es sinnvoll zu sein, ein Begriffsregister und eine Gegenüberstellung der Organisationsstrukturen mit den Spezifika der einzelnen Bundesländer (ggf. inkl. der kommunalen Besonderheiten) zu erarbeiten und diese den Infrastrukturunternehmen an die Hand zu geben.

Am Beispiel der angeführten *technischen Fragestellungen* wird zudem deutlich, dass im Zuge der kommunalen Einsatzvorbereitung häufig Detailfragen zu klären sind, die nur durch Einbindung entsprechender Fachexpertise zufriedenstellend beantwortet werden können. Hier ist ein Modus zu etablieren, der vermeidet, dass überregional bzw. national tätige Unternehmen (wie Telekommunikationsnetzbetreiber) durch jede einzelne der über 400 KatS-Behörden aufs Neue angefragt werden, die benötigten Informationen gleichwohl ortsbezogen zur Verfügung gestellt werden können.

Angesichts der Projektergebnisse plädieren die Autoren für eine proaktive und möglichst frühzeitige *Informationsweitergabe* im Störungsfalle. Allerdings bleiben Folgefragen offen: Müssen alle Infrastrukturbetreiber bei jeder Störung informiert werden? Sind die Informationen dezentral zu streuen oder empfiehlt sich eine Bündelung und selektive Weiterverteilung durch den KatS?

Wie eine zeitnahe Informationsweitergabe also technisch und inhaltlich umzusetzen ist, sollte demnach wiederum Bestandteil örtlicher Gefahrenabwehrplanung sein und bietet Gestaltungsansätze für die zukünftige Sicherheitsforschung.

Literatur
Die Literaturliste ist im Internet einsehbar unter:
http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html

Dr. Martin Schmidt hat das beschriebene Projekt als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Raum- und Infrastrukturplanung (Fachgebietsleiter: Prof. Dr. Jochen Monstadt) der Fachbereiche Bau- und Umweltingenieurwissenschaften sowie Architektur der TU Darmstadt durchgeführt. Seit Oktober 2016 ist er Referent im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport – Referat Katastrophenschutz.
Dipl.-Kffr. Katrin Scharf ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Unternehmensführung und Logistik (Fachgebietsleiter: Prof. Dr. Ralf Elbert) des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der TU Darmstadt.

Arbeiter-Samariter-Bund

Medizinische Nothilfe wird neu strukturiert

Das Schnelleinsatzteam für Auslandseinsätze (FAST) im ASB durchläuft derzeit die Registrierung als medizinisches Notfallteam bei der Weltgesundheitsorganisation.

Ob in Haiti, den Philippinen oder Nepal: Nach schlimmen humanitären Katastrophen benötigen die betroffenen Nationen fachkundige, koordinierte Hilfe. Nach den beiden schweren Erdbeben 2015 in Nepal etwa kamen allerdings so viele medizinische Helfer ins Land, dass es für viele überhaupt keine Aufgaben gab. Fast alle aber landeten in Kathmandu und belasteten den Flughafen, der lange Zeit nur eingeschränkt operierte und als Nadelöhr der Hilfeleistungen galt. Nepals Regierung bat schließlich Helfer darum, das Land zu verlassen. Deswegen, so fordern viele Länder, sollen nur noch registrierte Organisationen Katastrophenregionen bereisen, um zu helfen. Sie drängen auf eine bessere Abstimmung zwischen den Helfern und wollen in Krisenzeiten die Handlungshoheit bewahren.

Medizinische Notfallteams müssen sich nach den WHO-Richtlinien autark versorgen können, um die geschwächte Infrastruktur im Land nicht zusätzlich zu belasten. (Foto: ASB / Ferdinand Hofer)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat darauf reagiert und 2013 verbindliche Standards für die medizinische Soforthilfe eingeführt. Mehr und mehr übernimmt die WHO bei Bedarf auch eine koordinierende Funktion und fungiert als Bindeglied zwischen betroffenen Nationen und Helfern.

ASB-FAST leistet schnelle Hilfe nach Desastern im Ausland

Ein fester Bestandteil im ASB sind die First Assistance Samaritan Teams (FAST), die bei Katastrophen im Ausland schnelle Hilfe leisten. Die Mitglieder im FAST engagieren sich ehrenamtlich, um betroffenen Menschen zu helfen. Schwerpunkte sind die medizinische Nothilfe und die Versorgung mit Trinkwasser. Der ASB begrüßt die Initiative der WHO, Qualitätsrichtlinien für medizinische Nothelfer zu etablieren und durchläuft derzeit den Registrierungsprozess, um selbst als „Emergency Medical Team“ bei der WHO anerkannt zu werden.

Das bedeutet für die ASB-Nothelfer vor allem, die eigenen Qualitätskriterien zu überprüfen und, wo notwendig, an die der Weltgesundheitsorganisation anzupassen und neue Einsatzabläufe einzuüben. Diese Neuerungen betreffen alle Bereiche des Nothilfeeinsatzes, von der Teamgröße über die Dokumentation der Behandlungen bis hin zur Müllentsorgung. Nina Stücke, Koordinatorin beim Schnelleinsatz-Team des ASB, betont: „Eine besondere Herausforderung liegt in der neuen WHO-Anforderung, dass medizinische Notfallteams völlig autark arbeiten und beispielsweise Wasser, Essen oder Medikamente für Team und Patienten selbst zur Verfügung stellen. Das ist nicht immer leicht umzusetzen, aber es ist natürlich sinnvoll. Für den ASB bedeutet das zum Beispiel, dass wir die Trinkwasseraufbereitung und die Ambulanz erstmals gleichzeitig betreiben, um die Trinkwasserversorgung für unser eigenes Personal und für unsere Feldambulanz sicherzustellen. Damit belasten wir die möglicherweise sowieso schon gestörte Wasserversorgung im Land nicht noch zusätzlich."

Austausch und Übung: Schlüssel im Registrierungsprozess

Bislang sind erst wenige internationale Teams von der WHO zertifiziert worden, bisher sind das ausschließlich

Regierungsorganisationen. In Deutschland haben der ASB und die Johanniter Auslandshilfe sowie Humedica und ISAR Germany als erste den Registrierungsprozess begonnen. Sie werden durch einen von der WHO gestellten Mentor begleitet, der Tipps zur Umsetzung der geforderten Standards gibt und eventuell vorhandene Schwächen aufzeigt. Im Oktober 2016 probten ASB und Johanniter gemeinsam in Celle den Hilfseinsatz im Ausland unter den neuen Voraussetzungen. An dem Übungsszenario – ein Erdbeben mit vielen Verletzten – waren rund 200 Helfer beider Organisationen beteiligt. Im Rahmen der Registrierung befinden sich beide Organisationen in ständigem Austausch miteinander.

Um die Kooperation zwischen internationalen medizinischen Teams zu verbessern, fand vom 28. bis 30. November 2016 in Hongkong das bis dato dritte Vernetzungstreffen medizinischer Notfallteams statt. Neben dem ASB fanden sich mehr als 300 Vertreter von Emergency Medical Teams aus der ganzen Welt sowie von Regierungsbehörden und UN-Organen auf Einladung der WHO ein. Die Teams beschäftigten sich dort mit Themen wie klinischer Versorgung, Logistik, Rehabilitation oder Mutter-Kind-Gesundheit in Katastrophensituationen – Themen, die alle Akteure zukünftig so weit wie möglich einheitlich behandeln sollen.

Grundständige medizinische Versorgung aufrechterhalten

Nach seiner Registrierung, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, gilt das FAST als EMT Typ 1. Während EMT Typ 2 und Typ 3 Patienten chirurgisch versorgen, stationär behandeln und gegebenenfalls Intensivpatienten betreuen, übernehmen Teams vom Typ 1 die Aufgaben einer Feldambulanz. Sie leisten vorrangig Unterstützung im Bereich der basismedizinischen Versorgung, Triage (Sichtung von Patienten hinsichtlich der Behandlungspriorität) und Stabilisierung von schwer verletzten bzw. erkrankten Patienten zur Verlegung zu einer höheren Versorgungsstufe. Da nach einer Katastrophe die vorhandene medizinische Infrastruktur häufig zerstört oder überlastet ist, entsteht oft eine Lücke in der regulären Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Die medizinischen Teams vom Typ 1 leisten auch hier einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Folgen einer Katastrophe. Diese Notfallteams sind auch dafür verantwortlich, Patienten zu behandeln, die mit gewöhnlichen Krankheiten oder Verletzungen einen Arzt aufsuchen müssen, wenn die medizinische Infrastruktur einer Region nach der Katastrophe überlastet ist.

Die Unterteilung in drei Kategorien der medizinischen Hilfe ermöglicht es Nationen nach einer Katastrophe, zielgenau medizinische Hilfe anzufragen und soll dabei helfen, das Angebot der vielen Hilfsorganisationen möglichst genau auf den Bedarf im Land anzupassen. Noch ist die Standardisierung dieser Form von Hilfe in ihren Anfängen: Der EMT-Mechanismus wurde erstmals in den Philippinen nach Taifun Haiyan in Grundzügen umgesetzt, in der Folge auch nach den Erdbeben in Nepal 2015 und in Ecuador 2016. Schon jetzt kann sie aber dabei helfen, Chaos zu vermeiden – und Hilfe schneller, effizienter und besser zu leisten.

ASB-Ansprechpartnerin ist FAST-Koordinatorin Nina Stücke.
Telefon: 0221 / 4 76 05-245
Mail: n.stuecke@asb.de

Verena Bongartz

Technisches Hilfswerk

Wenn Helferinnen und Helfer Hilfe brauchen

Das oberste Ziel von Einsatzkräften ist es, anderen Menschen zu helfen. Doch ob nach Naturkatastrophen, Verkehrsunfällen oder Bränden – manchmal kommt jede Hilfe zu spät. Einen solchen belastenden Einsatz absolvierte das THW Anfang 2016 nach dem Zugunglück in Bad Aibling. Die THW-Einsatznachsorgeteams (ENT) unterstützten die Ehrenamtlichen, das dort Erlebte zu verarbeiten.

Kein alltäglicher Einsatz für das THW: Beim Zugunglück in Bad Aibling kamen zwölf Menschen ums Leben, 80 wurden verletzt. Das bayerische ENT kümmerte sich anschließend um die Ehrenamtlichen. (Foto: Rosenheim24 / Mangfall24)

Zwölf Tote und mehr als 80 Verletzte – das ist die traurige Bilanz des Zugunglücks in Bad Aibling am 9. Februar 2016. Rund 120 THW-Kräfte aus vier Ortsverbänden waren gefordert, nachdem zwei Personenzüge auf der Bahnstrecke Holzkirchen – Rosenheim frontal zusammen gestoßen waren. Die Ehrenamtlichen aus Bad Aibling, Miesbach, Rosenheim und Traunreut unterstützten bei den Rettungs- und Bergungsarbeiten und leuchteten die Einsatzstelle aus.

Unfälle mit Toten und Verletzten stellen für die Hilfskräfte eine besondere Herausforderung und psychische Belastung dar: Die Bilder, Geräusche und andere Sinneseindrücke brennen sich ins Gedächtnis. Andauernde Angespanntheit, Herzklopfen, starkes Schwitzen und Zittern können ebenfalls Symptome sein. Um herauszufinden, wie sehr der fünftägige Einsatz in Bad Aibling die THW-Helferinnen und -Helfer seelisch beansprucht hat und gegebenenfalls direkt zu helfen, war das ENT in Bayern aktiv: „Wir nehmen in der Regel zwei Tage nach dem Einsatz Kontakt zu den Ehrenamtlichen auf. Diese Zeit braucht man, um etwas Distanz zu dem Erlebten zu bekommen“, erklärt Michael Wieninger. Er ist seit 2014 Leiter des ENT in Bayern und bringt als Theologe und ausgebildeter Notfallseelsorger wichtige Voraussetzungen mit, um das 20-köpfige Team in Bayern zu führen.

Nach dem Einsatz in Bad Aibling besuchten zehn Mitglieder des bayerischen Einsatznachsorgeteams die eingesetzten THW-Kräfte in den Ortsverbänden. „Hierbei ging es darum, herauszufinden, wie sie den Einsatz erlebt haben, was in ihren Köpfen vorgeht und was das mit ihnen macht“, sagt Wieninger. In Gruppengesprächen zeigten sich schnell typische Reaktionen: So tauchten bei einigen Einsatzkräften sowohl in der Nacht in Träumen als auch am Tag immer wieder die Bilder von den verunglückten Zügen auf. Auch Gerüche der Einsatzstelle nahmen die Einsatzkräfte noch mehrere Tage nach dem Einsatz wahr. „Diese Flashbacks sind in den ersten drei Tagen völlig normal“, erklärt der Leiter des bayerischen ENT. Dennoch halfen er und sein Team den Ehrenamtlichen in Gesprächen, damit besser umzugehen.

Insgesamt verfügt das THW – entsprechend der Anzahl der Landesverbände – über acht ENTs, die rund um die Uhr erreichbar sind. Jedes Team besteht aus einem Leiter oder einer Leiterin sowie mehreren sogenannten „Peers“ und ist speziell für die psychische erste Hilfe nach einem belastenden Einsatz ausgebildet. Dazu finden in der THW-Bundesschule mehrere Lehrgänge statt. „Bei den THW-internen und -externen Weiterbildungen lernen die Ehrenamtlichen, wie sie mit Hilfskräften umgehen müssen, die ein Einsatz stark vereinnahmt hat“, erläutert Wieninger. Im Gegensatz zu den Führungskräften der ENT, die außerhalb des THW entweder im medizinischen, psychologischen, theologischen oder sozialpädagogischen Bereich tätig sein müssen, brauchen die anderen Mitglieder keine berufliche Vorqualifikation.

Gemeinsam stehen die ENTs bei jedem Einsatz vor einer schwierigen Aufgabe, denn die Grenze zwischen normalen Verarbeitungsschritten und gefährlichen seelischen oder auch körperlichen Reaktionen ist fließend. Diese bei jedem Einzelnen zu ermitteln, ist ebenfalls das Ziel der Teams. Neben dem Austausch in der Gruppe bieten sich dazu Einzelgespräche an. „Wenn wir den Eindruck haben, ein Betroffener oder eine Betroffene benötigt langfristige Hilfe, empfehlen wir eine Psychotherapie“, sagt Wieninger. Nach dem Bad Aibling-Einsatz war über die Gruppengespräche hinaus lediglich ein Einzelgespräch notwendig. Keiner der THW-Kräfte musste in eine langfristige Therapie, um den Einsatz verarbeiten zu können – das ist auch ein Erfolg des ENT.

Auch THW-Präsident Albrecht Broemme machte sich im Februar 2016 ein Bild von der Lage. (Foto: THW)

Nach Deutschland geflohen, in der DLRG ein Zuhause gefunden

Hunderttausende Menschen sind in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen und haben – auch von den Ehrenamtlichen der DLRG – auf verschiedene Weise Hilfe erfahren. Inzwischen gibt es mehr und mehr Beispiele dieser Menschen, die sich bei den Wasserrettern freiwillig engagieren und einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Vom Iran an die Havel

„Das war für mich ein richtig schönes Weihnachtsgeschenk", freut sich **Benjamin Nima Biabani**. Der 26-Jährige spricht über den Heiligabend des Jahres 2014. Damals betrat er zum ersten Mal deutschen Boden und wurde von seiner Tante herzlich begrüßt. Seine Tante war es auch, die ihm den Mut verlieh, endlich den Iran zu verlassen. Fünf Monate nach seiner Ankunft in Berlin konvertierte er zum Christentum. Das war am 25. Mai 2015. Seitdem lebt der studierte Elektroniker bei der Diakonie in Berlin-Steglitz, er lernte die deutsche Sprache und die Orientierung in der fremden Stadt. In Teheran hatte er bereits im Alter von acht Jahren das Schwimmen von seinem Vater gelernt. Der Erlebnisraum Wasser war für ihn seitdem immer sehr wichtig.

Nami steht jede Woche in Berlin in der Schwimmhalle und hilft bei der Schwimmausbildung.
Foto: DLRG Berlin

Deshalb war für den durchtrainierten jungen Mann auch schnell klar, dass er sich in Deutschland in der Wasserrettung engagieren möchte. „Also meldete ich mich bei der DLRG. Ich wollte Menschen das Schwimmen beibringen", strahlt Nima, der bereits verschiedene Integrationskurse absolviert hat. Die Berliner Kameradinnen und Kameraden haben Nima sofort aufgenommen. Ausbilderin Sylvia Thom: „Hier in der Hauptstadt leben wir die Integration. Nima macht sich als Ausbilder sehr gut. Die Kinder vertrauen ihm und sind gerne mit ihm beim Training." Mittlerweile steht er jede Woche im Bezirk Berlin-Tempelhof in der Schwimmhalle und hilft bei der Schwimmausbildung der Gruppe der sechs- bis zehnjährigen Kinder.

Aber nicht nur im Schwimmbad ist er mittlerweile ein echter DLRGler geworden. Auch auf der Wasserrettungsstation, an der Havel und eben auf dem Boot. „Ich war noch gar nicht lange dabei, da gab es schon den ersten großen Einsatz", erzählt der Neu-Berliner. Ein Segler war gekentert, das Boot erlitt einen Mastbruch, und die beiden älteren Skipper gerieten unter Wasser. Schnell waren sie unterkühlt und bekamen Atemnot. Die Helfer der Berliner DLRG mussten ausrücken: „Dem einen Mann haben wir mit dem Arzt, der bei uns war, das Leben gerettet." Das war Aufregung pur. Für den sportbegeisterten 26-Jährigen (jeden Morgen schwimmt er seine Strecken wenn möglich in der Havel) zeigt dieser Einsatz aber auch, dass er bei den deutschen Lebensrettern seinen Platz gefunden hat: „Hier habe ich ein neues Zuhause gefunden. Meine neuen Freunde unterstützen mich, wo sie nur können. Es macht Spaß und ich bin wieder glücklich." Wobei Nima wohl erst dann richtig glücklich sein kann, wenn sein Asylantrag durch ist, und er Arbeit gefunden hat. Die möchte er gerne bei den Berliner Bäder-Betrieben bekommen – als Schwimmmeister. Die DLRG wird ihm hier sicherlich zur Seite stehen und behilflich sein. In der Bundeshauptstadt wird von Integration der Flüchtlinge nicht nur gesprochen und schon gar nicht mögliche Probleme herbei diskutiert. An der Spree wird Integration – wie übrigens auch in vielen anderen Gliederungen der großen Familie DLRG – gelebt.

Bundesfreiwilliger seit Oktober

Ali Agha ist 2015 aus Bagdad geflohen und lebt seitdem in Deutschland. Im vergangenen Juli kam der 27-Jährige das erste Mal zur DLRG Leinefelde-Worbis, um Rettungsschimmer zu werden. Anfangs fiel ihm die Ausbildung nicht im-

mer leicht. Aber Ali war motiviert und trainierte hart, um die Anforderungen zu erfüllen. Im September gelang es ihm schließlich das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen in Silber abzulegen. Doch damit nicht genug. Ali will mehr. Er möchte sich integrieren, dabei sein und teilhaben. Es gibt bei ihm keine Unterschiede. Weder Sprache, Herkunft, Religion oder Hautfarbe spielen für ihn eine Rolle. Allein die Gemeinschaft zählt. Seit dem 1. Oktober 2016 ist Ali Bundesfreiwilligendienstleistender in der DLRG. Er steht der Ortsgruppe Leinefelde-Worbis bei den täglichen Herausforderungen zur Seite. Er wird in diesem Jahr als Rettungsschimmer, Ausbildungsassistent im Schwimmen und Rettungsschwimmen sowie in der Erste-Hilfe-Ausbildung und bei verschiedenen Projekten als unterstützender Sprachmittler fungieren.

Somit ist der 27-Jährige ein auch Bindeglied und Sprachrohr zwischen der DLRG und den Flüchtlingen, denen die Gefahren am und im Wasser noch nicht bewusst sind. Er soll unterstützen beim Vermitteln der Baderegeln und Verständnis schaffen für die deutsche Schwimm- und Badekultur.

Erster Einsatz an der Küste

Wie Ali haben auch **Jwan und Shiyar Mamou** 2016 erstmals das Rettungsschwimmabzeichen Silber abgelegt. Die beiden Syrer leben seit ihrer Flucht nach Deutschland im Sommer 2015 im beschaulichen Ostwestfalen. Im Oktober 2015 haben die Cousins bei Ausbilderin Sabine Limmanntöns in der DLRG Beckum-Lippetal das Schwimmen gelernt. Seitdem hat das Leben von Jwan und Shiyar eine rasante Entwicklung genommen. Nach dem Seepferdchen folgte schon zu Weihnachten das Jugendschwimmabzeichen Bronze. Im März trainierten sie für das Silber-Abzeichen und absolvierten zusammen mit einem Übersetzer einen Erste-Hilfe-Kurs. Inzwischen sprechen beide gut Deutsch und machen über den Kreissportbund eine Ausbildung zum Übungsleiter. Zusammen mit zwei erst kürzlich angekommenen Schwimmmeistern aus Syrien und Sabine Lillmanntöns führen sie seit dem vergangenen Herbst Schwimmkurse für Flüchtlingskinder in Beckum durch. Durch ihr ehrenamtliches Engagement in der DLRG haben Jwan und Shiyar einen Pass bekommen, dürfen eine eigene Wohnung beziehen und eine Ausbildung anfangen. „Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie die beiden das Leben genießen“, sagt Mentorin Sabine Lillmanntöns, die beide im August für eine Woche mit in den Wasserrettungsdienst nach Pelzerhaken nahm.

Wachleiter Hans Albert Lange von der DLRG Rheda-Wiedenbrück nahm die beiden in seine Wachmannschaft auf. Schon nach kurzer Zeit fühlten sich Jwan und Shiyar wohl in Pelzerhaken und erkannten markante Stellen wieder. Die braucht man, um einen Rettungswagen einzuweisen oder über Funk zu erklären, wo man sich gerade befindet. Das Funken kannten sie aus ihrer Heimat nicht. Beide waren begeistert davon zu erleben, dass an der gesamten Ostseeküste alle Retter über Funk vernetzt sind und gaben sich beim Funken alle Mühe mit der deutschen Sprache, die sie schon sehr gut beherrschen. Eines Abends nahmen die jungen Männer an ihrer ersten Rettungsübung mit einem Boot teil.

DEUTSCHER FEUERWEHR VERBAND

Weiterhin kein Busführerschein für Feuerwehr nötig

DFV erwirkt Ausnahme der Fahrerlaubnis-Verordnung für C1-Führerschein

Es ist nur ein kleiner Absatz, doch es ist ein großer Erfolg der Lobbyarbeit des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV): Die elfte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung beinhaltet eine Ausnahmeregelung, nach der ein Führerschein der Klassen C1, C1E, C und CE auch weiterhin ohne einen zusätzlich erworbenen Busführerschein für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr mit einer zulässigen Gesamtmasse zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen gilt.

Zu den zur Beförderung von nicht mehr als acht Personen außer dem Fahrzeugführer ausgelegten und gebauten Typen zählen alle Staffel- und Gruppenfahrzeuge, auch die künftigen TSF über 3,5 Tonnen. „Die ursprünglich geplante Regelung hätte vorgesehen, dass Fahrer von Fahrzeugen mit mehr als 3.500 kg, die zur Personenbeförderung ausgelegt sind, zukünftig eine Fahrerlaubnis für Busklassen benötigen – unabhängig davon, für welche Personenzahl diese Fahrzeuge ausgelegt sind“, erläutert DFV-Präsident Hartmut Ziebs.

Diese Regelung hätte alle Staffel- und Gruppenfahrzeuge, auch die künftigen TSF über 3,5 t erfasst. Für die betroffenen Maschinisten, die dann die Fahrerlaubnis der Klasse D1 hätten nachholen müssen, hätte dies einen hohen zeitlichen Aufwand verursacht; für die Kommunen vor allem eine hohe finanzielle Belastung. „Unser Ziel war es deshalb, insgesamt eine Ausnahmeregelung für die Feuerwehren zu erreichen – das ist uns gelungen“, freut sich der DFV-Präsident.

Der Deutsche Feuerwehrverband hatte im Sommer 2016 auf die möglichen Folgen der geplanten Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung hingewiesen. Daraufhin war die Vorlage im Bundesrat angehalten und zur weiteren Beratung von der Tagesordnung des Bundesrates abgesetzt worden. Unter Federführung der Bundesgeschäftsführerin Dr. Müjgan Percin folgten die Stellungnahme gegenüber dem Bundesministerium sowie weitere Gespräche zur Nachverfolgung und die Information und Miteinbeziehung der Ordentlichen Mitglieder.

„Es ist wichtig, dass durch etwaige Änderungen in der Führerscheinverordnung keine Verschlechterungen, insbesondere für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Feuerwehren und damit für das flächendeckende Gefahrenabwehrsystem, entstehen dürfen“, hatte DFV-Präsident Hartmut Ziebs in seiner Stellungnahme an das Bundesverkehrsministerium betont. Er wies besonders darauf hin, dass im Falle einer Verkürzung des Anwendungsbereichs der Führerscheinklasse C1 mit erheblichen Mehrkosten für die Erweiterung der Fahrerlaubnis zu rechnen gewesen wäre.

Eine Rechtsverkürzung hätte nicht nur Feuerwehren, sondern darüber hinaus auch andere Hilfsorganisationen betroffen. Diese wurden durch den Deutschen Feuerwehrverband daher ebenfalls frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen.

Deutsches Rotes Kreuz

Rotes Kreuz drängt auf feste Unterkünfte für Flüchtlinge

Das Deutsche Rote Kreuz drängt auf feste Unterkünfte als langfristige Lösung für die Geflüchteten in Griechenland, die dort teilweise in Zelten leben müssen. „In den vergangenen Tagen sanken die Temperaturen in Nordgriechenland auf unter minus 15 Grad und es schneite fast im ganzen Land. Die strenge Winterkälte verschärft die ohnehin schwierige humanitäre Situation der Menschen in den Camps erheblich, insbesondere, wenn sie noch in Zelten untergebracht sind“, sagte DRK-Präsident Rudolf Seiters.

„Seitdem die Balkanroute geschlossen wurde, befinden sich noch immer rund 62.500 geflüchtete Menschen, hauptsächlich Familien, in Griechenland. Viele sind schon seit inzwischen rund acht Monaten im Land, sie leben in täglicher Unsicherheit über ihre Zukunft“, sagte Seiters. Rotkreuz-Helfer haben Schlafsäcke und Winterkleidung ausgegeben.

Das Deutsche Rote Kreuz betreibt seit Mitte März 2016 gemeinsam mit dem Finnischen Roten Kreuz zwei Gesundheitsstationen in Camps in Nordgriechenland. So ist die grundlegende Gesundheitsversorgung von insgesamt rund 2000 Menschen sichergestellt. Allein in den vergangenen zwei Wochen behandelten die Rotkreuz-Teams aus Ärzten

und Pflegepersonal insgesamt 511 Patienten, hauptsächlich wegen Erkältungserkrankungen.

Das DRK ruft dringend zu Spenden für die betroffenen Menschen auf:
Spendenkonto: IBAN DE63370205000005023307
BFSWDE33XXX (Bank für Sozialwirtschaft)
Stichwort: Flüchtlingshilfe

„Im Camp Gesundheitsversorgung zu bekommen, ist natürlich für die Menschen eine große Hilfe. Doch grundsätzlich muss es nun darum gehen, geeignete langfristige Unterkünfte für die Geflüchteten zu finden. Das Rote Kreuz wird weiterhin mit der griechischen Regierung und anderen humanitären Organisationen zusammenarbeiten, um die Bedingungen in den Camps zu verbessern und gleichzeitig langfristige Strategien suchen zur grundsätzlichen Verbesserung der Lage von Migranten und der griechischen Gemeinden, die sie aufnehmen“, sagte Seiters.

Das Deutsche Rote Kreuz betreibt seit Mitte März 2016 gemeinsam mit dem Finnischen Roten Kreuz zwei Gesundheitsstationen in Camps in Nordgriechenland. (Foto: DRK)

DIE JOHANNITER

Emergency Medical Teams

Verbindliche Standards für die internationale medizinische Hilfe nach Katastrophen

Nach einer Katastrophe strömen nicht selten hunderte internationale medizinische Teams unaufgefordert ins Land – und verursachen mehr Probleme als sie lösen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will durch verbindliche Mindeststandards und einen Klassifizierungsprozess Abhilfe schaffen. In Deutschland sind die Johanniter und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Vorreiter.

Als das Soforthilfe-Team der Johanniter nach dem Erdbeben 2015 in Nepal am Flughafen Katmandu ankam, wartete es an der Einreisekontrolle zunächst hinter dutzenden Organisationen, die mit kaum mehr als zwei Helfern, bunten T-Shirts und ein paar Boxen mit Verbandsmaterial versuchten ins Land zu kommen.

Das mag zunächst ehrenwert klingen, jedoch binden diese Teams, die sich ohne Anforderung der Regierung auf eigene Initiative auf den Weg machen, knappe Ressourcen: Plätze im Flugzeug, Cargo- und Zoll-Kapazitäten, Fahrzeuge, Dolmetscher und – vor allem – Zeit für andere Helfer. Für die nepalesischen Behörden stand so dem immensen Aufwand für Koordinierung und Versorgung dieser Teams ein gegen Null gehender medizinischer Nutzen gegenüber.

Leider kein Einzelfall weiß Dr. Ian Norton von der Weltgesundheitsorganisation (WHO): „Begonnen hat alles nach dem Erdbeben in Haiti, im Januar 2010. Unzählige Teams aus der ganzen Welt kamen nach Haiti und niemand wusste, was sie hier tun oder welche Qualifikation sie haben. Viele kannten das Koordinierungssystem der Vereinten Nationen nicht oder weigerten sich, sich diesem unterzuordnen.“

Seit 2013 ist es das erklärte Ziel der WHO diese unkoordinierte Hilfe zu beenden und zukünftig nach Katastrophen nur noch medizinische Teams in betroffene Länder einreisen zu lassen, die

- vorab nach verbindlichen internationalen Standards als „Emergency Medical Team“ (EMT) durch die WHO klassifiziert sind
- von dem betroffenen Land auch tatsächlich im Rahmen der Nothilfe angefordert wurden

- sich vor Ort der zentralen Koordinierung durch die verantwortlichen Institutionen des betroffenen Landes und der WHO unterstellen
- sich für die Dauer des Einsatzes im Land vollständig autark versorgen können

Vorbild sind die sog. INSARAG-Guidelines von 1991, die für alle Urban Search and Rescue Teams (USAR) weltweit verbindliche Mindeststandards und eine regelmäßige Klassifizierung als Grundvoraussetzung für internationale Einsätze festlegen. Dies hat in der Folge zu einer deutlich besseren Koordinierung und Qualität der Such- und Rettungseinsätze nach Katastrophen geführt.

EMT Klassifizierungen in Deutschland

In Deutschland arbeiten die Johanniter und der ASB daran, bis 2017 als eine der ersten deutschen EMT 1 vollständig zu klassifizieren und für weltweite Einsätze vorzuhalten. Die Bezeichnung EMT 1 bezieht sich dabei auf die Typklasse der WHO, die drei Größen für internationale Teams kennt:

- EMT 1: Ambulante Versorgung von mind. 100 Patienten pro Tag. Teamgröße ca. 25 bis 30 Helfer/-innen, davon mindestens 3 Ärzte, 9 RA / NFS und 1 Hebamme.
- EMT 2: Behandlungszentrum mit mindestens einem OP und 20 stationären Betten. Möglichkeit der Traumaversorgung, Röntgen, Bluttransfusion und Sterilisation.

- EMT 3: Wie EMT 2, aber mit mindestens 2 OPs und 40 stationären Betten. Darüber hinaus mindestens 4-6 Intensivbetten mit 24h-Überwachung, Pädiatrie, Orthopädie und Labor.

Sowohl die Johanniter als auch der ASB sind seit vielen Jahren mit ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen in der weltweiten Soforthilfe tätig und verfügen so bereits über ausgereifte Einsatzkonzepte und Prozesse. „Trotzdem wird die Klassifizierung unserer Soforthilfe-Teams zu einem EMT es uns bei zukünftigen Naturkatastrophen ermöglichen, noch schneller und effektiver vor Ort zu helfen“, ist sich Oliver Rodewald, Leiter der internationalen Soforthilfe der Johanniter- Auslandshilfe, sicher. Die Klassifizierung als EMT dauert circa zwei Jahre und nimmt insbesondere die Ausbildung und Qualifikation der Helfer und Helferinnen, das vorgehaltene Material, medizinische Standards und die Logistik im Einsatzfall unter die Lupe. Identifizierte Fähigkeits- und Ausbildungslücken gilt es zu schließen. Im Rahmen der Klassifizierung wurden so z. B. mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen zur Sicherstellung der Eigenversorgung beschafft und die Helfer und Helferinnen im Umgang mit Komplikationen bei der Geburt geschult.

Weitere Informationen zu EMTs: https://extranet.who.int/emt/
Informationen zur Soforthilfe der Johanniter:
www.johanniter.de/auslandshilfe/mitarbeit/
Informationen zur Soforthilfe des ASB:
https://www.asb.de/de/unsere-angebote/auslandshilfe/fast

Gemeinsame Großübung von Johannitern und ASB

Einen Zwischenstand lieferte eine gemeinsame Großübung mit rund 200 Teilnehmern im Oktober auf dem Übungsplatz der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in Celle. Angenommenes Szenario war ein Erdbeben in dem fiktiven Land Armian, das über die Weltgesundheitsorganisation um internationale medizinische Hilfe gebeten hat.

Unter den Augen von Trainern und Experten aus Belgien, Finnland, Österreich und Spanien sorgten über 50 Verletztendarsteller für ein realistisches Einsatzszenario. Zugleich konnte durch den parallelen Einsatz der Soforthilfeteams von Johanniter und ASB die Koordination der Hilfe im Einsatzland geübt werden. Daniel Alex, Koordinator des ASB-Teams: „Das gemeinsame Training mit den Johannitern hilft uns, unsere Einsatzabläufe besser zu koordinieren. Bei einer Katastrophe stimmt die Abstimmung dann von Anfang an und wir arbeiten Hand in Hand.“

Andreas Wagner, Jahrgang 1981, ist ehrenamtlicher Rettungssanitäter und Verbandführer bei der Johanniter-Unfall-Hilfe. Für die Johanniter Auslandshilfe war er u.a. in Nordkorea und in Nepal im Einsatz. (Foto: Paul Hahn / Johanniter)

Mindestens sechs Tonnen Material sind für ein EMT 1 notwendig, je nach Teamgröße und Einsatzdauer auch mehr. Die Johanniter betreiben dafür ein eigenes Logistikzentrum in Frankfurt / Main. „Im Einsatzfall müssen wir das alles binnen 24 Stunden als Luftfracht in das betroffene Land bringen“, erklärt Oliver Pitsch, Leiter des Logistikzentrums. Für die Übung in Celle wurde das Material per LKW angeliefert. Dennoch heißt es erst einmal für alle anpacken, Boxen schleppen und aufbauen. Hier wird die Routine der ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen aus den Einsätzen in Nepal, Haiti und den Philippinen deutlich: Binnen 90 Minuten entstehen zwei komplett eingerichtete Zeltstädte mit Triage- und Wartebereich, Behandlungsplätzen, Quarantänezelt, Apotheke und Sanitäreinrichtungen.

Ein Hauptaugenmerk der Übung liegt auf der Registrierung der Patienten und der lückenlosen Dokumentation. Nach WHO-Standard hat jeder Patient zudem ein Recht auf eine schriftliche Zusammenfassung der durchgeführten medizinischen Maßnahmen (vergleichbar mit einem „Arztbrief“ in Deutschland).

Die Johanniter testen hierfür parallel eine papier- und eine softwaregestützte Lösung. Beide bewältigen das Patientenaufkommen von kontinuierlich bis zu 30 Menschen pro Stunde problemlos und verzögerungsfrei.

Das Übungsszenario spiegelt die Erfahrungen der Helfer und Helferinnen aus verschiedenen Auslandseinsätzen wider: Entgegen der verbreiteten Annahme treffen die internationalen Teams nach ihrer Ankunft (i. d. R. nach 48 bis 72 Stunden) nämlich kaum noch auf schwer verletzte Patienten. Stattdessen machen Wundinfektionen, unbehandelte Schnittwunden, Knochenbrüche und Durchfallerkrankungen einen Großteil der Behandlungen aus – und Antibiotika, orale Schmerzmittel, Elektrolytlösungen und Tetanus-Impfungen gehören zu den wichtigsten Medikamenten. Nicht selten werden hier ähnlich einer Hausarztpraxis ambulanten Patienten Medikamente aus der mitgeführten Apotheke zur selbständigen Einnahme mit nach Hause gegeben und Folgetermine zur Nachbehandlung vereinbart.

Als besondere Situation werden durch die Übungsleitung drei Verdachtsfälle auf infektiöse Krankheiten eingespielt: Zweimal Masern, einmal eine bakterielle Meningitis. Neben der Eigensicherung der Helfer und Helferinnen und des Schutzes anderer Patienten ist hier die Koordinierung mit der WHO und anderen EMTs wichtig. Wurden weitere Fälle gemeldet? Gibt es zentrale Quarantäne-Einrichtungen? Gibt es gesetzliche Meldepflichten in dem betroffenen Land? „Jeder Einzelfall kann unter den hygienischen Bedingungen nach einem Erdbeben schnell zu einer Epidemie werden, zumal geeignete Isoliermöglichkeiten oder auch nur getrennte Räumlichkeiten fehlen“, erklärt Dr. Julia Martensen, Ärztin in der Johanniter- Soforthilfe. Auch die Trainer und Evaluatoren notieren sich für die nächsten Monate noch Verbesserungspotential beim Umgang mit ansteckenden Patienten.

Im gesamten Übungsverlauf wird dennoch deutlich, dass hier ehrenamtliche Profis mit viel Auslandserfahrung am Werk sind. Und auch die Zusammenarbeit zwischen Johannitern und ASB funktioniert reibungslos. Man kennt sich aus den Verbänden und seit Jahren besteht über „Aktion Deutschland Hilft“ eine Partnerschaft. „Es war sehr beeindruckend, die Teams von den Johannitern und dem ASB in Aktion beobachten zu können. So stellen wir uns die Arbeit von medizinischen Teams im Katastrophenfall vor“, lautet das Fazit von Jorge Salamanca Rubio. Rubio ist von der WHO beauftragt, den Klassifizierungsprozess der beiden Teams zu begleiten.

Helfer der Johanniter bei der Großübung auf dem Übungsplatz der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in Celle.

Die nächsten Schritte

Voraussichtlich Mitte des Jahres 2017 werden die Johanniter und der ASB die Klassifizierung als EMT 1 abschließen und somit zu den ersten deutschen Teams überhaupt bei der WHO offiziell registriert sein. Für die internationale Soforthilfe nach Katastrophen beginnt damit ein neues Zeitalter. „Die Teams kommen schneller ins Land und bringen das Equipment mit, das benötigt wird“, ist Dr. Ian Norton von der WHO überzeugt. „Die Regierungen wissen genau in welcher Typklasse das Team klassifiziert ist und welche Anforderungen es somit erfüllt. So können sie Hand in Hand mit den lokalen Teams zusammenarbeiten und wichtige Lücken schließen.“

Und was passiert mit nicht-klassifizierten Teams? „Sie werden bei zukünftigen Katastrophen keine Erlaubnis mehr für die Reise ins Katastrophengebiet erhalten“, so Norton.

Andreas Wagner

Ein realistisches Einsatzszenario war Grundlage der gemeinsamen Übung des Arbeiter Samariter Bundes und der Johanniter.
(Foto: Hanschke / Johanniter)

Malteser
...weil Nähe zählt.

50 Jahre Vietnam-Einsatz der Malteser

Es war der erste humanitäre Großeinsatz der Malteser im Ausland: Von 1966 bis 1975 versorgten insgesamt mehr als 300 Einsatzkräfte während des Vietnamkrieges Verletzte und Kranke. Aus Anlass des Einsatzbeginns vor 50 Jahren trafen sich Mitte Oktober rund 80 Veteranen in der Kommende Ehreshoven, darunter auch ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Vietnam.

Damals: Malteser Einsatzkräfte in Hoi-An bei der Ausbildung vietnamesischer Helfer. (Foto: Malteser Archiv)

1965 hatte Bundeskanzler Erhard die von den USA geforderte militärische Unterstützung in Vietnam durch die Bundeswehr abgelehnt. Stattdessen leistete die Bundesrepublik humanitäre Hilfe.

Der Malteser Hilfsdienst stellte sich der Herausforderung zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz und schickte Ärzte, Schwestern und Logistiker nach Vietnam, die sich in Kliniken in Da Nang, An-Hoa und Hoi-An nicht nur um die Opfer des Krieges kümmerten, sondern auch um die von medizinischer Versorgung vielfach völlig abgeschnittene Zivilbevölkerung.

Von Beginn an war klar, dass der Einsatz allen Menschen vor Ort zugute kommen sollte und nicht die Unterstützung einer Kriegspartei bedeutete.

„Wir sind stolz auf Sie!“

„Der Einsatz war eine hohe politische, logistische und finanzielle Aufgabe. Noch viel größer war aber die menschliche, physische und psychische Herausforderung für unsere damaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind stolz auf Sie!“, sagte Hilfsdienst-Präsident Dr. Constantin von Brandenstein in Ehreshoven an die Anwesenden gerichtet. „Die Hilfe der Malteser und des DRK war ein Meilenstein in der humanitären Hilfe. Sie alle waren humanitäre Botschafter unseres Landes“, erklärte Dr. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Und der ebenfalls nach Ehreshoven gekommene Bischof von Da Nang, Msgr. Joseph Dang Duc Ngan, wies darauf hin, dass in den 60er-Jahren zwischen den Maltesern und seiner Diözese die Grundlagen für eine Kooperation im Geist des Evangeliums geschaffen worden seien. Für das Auswärtige Amt würdigte Ministerialdirektor Rüdiger König die Zusammenarbeit mit den Maltesern als eine „langjährige Erfolgsgeschichte“; die Malteser seien heute für das Auswärtige Amt „strategischer Partner in der humanitären Hilfe“.

Die Einsatzkräfte von einst ließen in Ehreshoven die Zeit vor fünfzig Jahren wieder aufleben. Mit Filmaufnahmen, Fotoalben und in vielen Gesprächsrunden holten sie Erinnerungen an die damaligen Erlebnisse zurück. „Es war ein unglaublich berührendes und herzliches Wiedersehen, die Freude war unbeschreiblich“, fassten Dr. Hans-Walter Zillhardt aus Stuttgart und Adelheid Klauser aus Esslingen ihre Eindrücke zusammen. Marliese Orias freute sich über „herzliche Begegnungen“ an diesem gemeinsamen Wochenende und das „nahtlose Anknüpfen an vor einem ganzen Leben begonnene Freundschaften.“ Für die Teilnehmer in Ehreshoven resümierte sie: „Der humanitäre Einsatz in Vietnam war eine kurze und sehr intensive Zeit für uns. Sie hat unser Leben geprägt.“

Georg Wiest

Auf YouTube gibt es einen informativen Film zum Malteser Vietnam-Einsatz: www.bit.ly/Vietnam-Malteser

Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG)

ARKAT nimmt Stellung

Anlass für die Novellierung des NKatSG ist im Wesentlichen die Umsetzung der EU-Richtlinie 2012 / 18 / EU zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (sog. Seweso-III-Richtlinie). Ein weiterer Schwerpunkt der Änderung ist die Neustrukturierung der Zuständigkeiten im Fall eines kerntechnischen Unfalls und die Erstellung externer Notfallpläne für die Umgebung von Kernkraftwerken.

Dies ist auch angesichts der beabsichtigten Neuordnung des Bundesrechts zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung (Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 1.9.2016) weitestgehend sinnvoll. Die ARKAT begrüßte deshalb am 19.1.2017 im Rahmen der Anhörung durch den Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages die Absicht der Landesregierung zur Bildung eines Interministeriellen Krisenstabes zur Ermittlung und Bewertung der radiologischen Lage und Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit bei sicherheitstechnisch bedeutenden Ereignissen.

Sie unterstützte – wie auch der Landesfeuerwehrverband – hierzu die Erklärungen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens. Mit dem künftigen Strahlenschutzgesetz, das schon in vielen Details entworfen ist und in dessen Entwurf nach der Verbändeanhörung vom 3. November 2016 inhaltliche Anregungen eingeflossen sind, wird es genauere Vorgaben zu den Aufgaben der Länder, insbesondere zur Entwicklung eines radiologischen Lagebilds, geben. Daran müsste dann auch die Niedersächsische Gesetzgebung angepasst werden.

Die zukünftigen Regelungen insbesondere zum „Schutz der Einsatzkräfte“ (§§ 108 bis 112 StrlSchG) sind bezüglich Ausbildung und Bedingungen für den Einsatz in Notfällen jetzt deutlich konkreter gefasst.

So ist der Richtwert der Dosis von Einsatzkräften für Einsätze, in denen eine starke Strahlenexposition gerechtfertigt ist, im Entwurf von 500 mSv auf 250 mSv geändert worden. Ein zu hoher Richtwert hätte zweifellos dazu geführt, dass die für derartige Notfälle im Gesetz geforderte Freiwilligkeit des Einsatzes, die Bereitschaft, sich für Einsätze zur Verfügung zu stellen, weniger gefördert hätte.

Durchweg begrüßt wurde von den anwesenden Vertretern der Katastrophenschutzorganisationen die Neufassung von § 9 Führungspersonal. Darin heißt es im hinzu gefügten Abs. 2: “ Das für Inneres zuständige Ministerium bietet an einer Schulungseinrichtung des Landes Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Führungspersonal und für zentrale Ausbildungsinhalte an“.

Auch wenn eine Änderung des § 12 zur Aufstellung von Regieeinheiten zunächst nicht in dem Änderungsentwurf vorgesehen war, wies der Bundes- und zugleich Landesvorsitzende der ARKAT in der Anhörung darauf hin, dass hierzu in anderen Landeskatastrophenschutzgesetzen für die Katastrophenschutzbehörden deutlich verpflichtender gefasste Regelungen enthalten sind. So bestimmt das Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz (SBKG) des Saarlandes in § 19, Abs. 1: „ Die öffentlichen Einheiten und Einrichtungen wirken im Katastrophenschutz mit. Zu den öffentlichen Einheiten gehören die kommunalen Feuerwehren, die Regieeinheiten sowie die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“. Und in § 18, Abs. 3 wird zu den Einheiten und Einrichtungen

im Katastrophenschutz ausgeführt: „ Zu ihnen gehören auch die von den unteren Katastrophenschutzbehörden gebildeten zusätzlichen Einheiten und Einrichtungen (Regieeinheiten), die neben vorhandenen öffentlichen und privaten Einheiten und Einrichtungen erforderlich sind“. Ihre Aufstellung ist deshalb erforderlich, wenn die Erfül-

Einsatz von Regieeinheiten im integrierten Hilfeleistungssystem bei der KatS-Übung Herbstschlag.
(Fotos: Arkat)

lung der Aufgaben durch Bereitstellung von Einheiten und Einrichtungen anderer öffentlicher und privater Träger allein nicht erreicht werden kann.

Bereits jetzt würden in einigen Regionen bestimmte Fachaufgaben nicht mehr allein in einer Trägerschaft geleistet werden, so dass Katastrophenschutzbehörden zunehmend die Aufgaben in eigener Trägerschaft übernehmen müssen, wobei in diesen Regieeinheiten in vielen Fällen auch Angehörige der tradierten Hilfsorganisationen angehören. Maßgeblich für den Status als Regieeinheit ist die behördliche Trägerschaft, hob der Sprecher der ARKAT hervor Die im Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz bisher vorgesehene Formulierung, dass die Katastrophenschutzbehörden bei Bedarf selbst Einheiten und Einrichtungen (Regieeinheiten) aufstellen, wird deshalb im Sinne einer Verpflichtung und hinsichtlich der Notwendigkeit, Schutzlücken zu schließen, nicht gerecht.

In den Regieeinheiten und -einrichtungen in Deutschland engagieren sich gegenwärtig fast 30.000 Helferinnen und Helfer ehrenamtlich in Einheiten der Führung, IuK-Facheinheiten und Fernmeldezentralen, Einheiten des ABC-, Betreuungs- und Sanitätsdienstes, der Logistik, des Veterinärdienstes sowie in Einheiten der Notfallseelsorge und Krisenintervention.

Die Aufgaben der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes sind in allen Bundesländern nach Fachdiensten ausgerichtet. Die in den Katastrophenschutzgesetzen für die Kern-Fachdienste bisher in Bund und Ländern verfolgte einheitliche Terminologie im Sinne eines gemeinsamen integrierten Hilfeleistungssystems, unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft, hat sich bewährt.

Davon wird in dem Entwurf ohne überzeugende Begründung abgewichen. Bergungsdienst und Instandsetzungsdienst sind Kern-Fachdienste des gemeinsamen Hilfeleistungssystems von Bund und Ländern. Die Fachdienste Bergung und Instandsetzung sollten deshalb in § 15, Abs. 1 des NKatSG weiterhin genannt bleiben. Ebenso wird der Bereich Führung nicht wie in den anderen Bundesländern als fachlich relevante Fachkomponente aufgeführt. Die Ergänzung der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) als eigener Fachdienst wird ausdrücklich begrüßt. Einheiten der Krisenintervention und Notfallseelsorge sind in allen Bundesländern flächendeckend aufgestellt. Beispielsweise in Brandenburg ausschließlich als Regieeinheiten der Katastrophenschutzbehörden.

Im Übrigen dürfte die Umsetzung der im August von der Bundesregierung beschlossenen Neukonzeption zur zivilen Verteidigung (KZV) auch die Systematik der vorzuhaltenden Fachkomponenten berühren und im Interesse einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge von Bund und Ländern zu diskutieren sein. Es ist zu erwarten, dass bisher für verzichtbar gehaltene Fachkomponenten, und damit auch die Regieeinheiten und –einrichtungen, weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Kleine Notiz am Rande: Der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für den Brand- und Katastrophenschutz stellte sich nach der Anhörung als Gründungsmitglied der ARKAT Niedersachsen (1983) vor.

Weitere Informationen zu Regieeinheiten und –einrichtungen in Niedersachsen unter
www.arkat-bund.de

Klaus-Dieter Kühn

Nuklearunfälle: Psychische und soziale Folgen verstärkt einbeziehen

Experten verschiedener Einrichtungen und Institutionen beraten Maßnahmen für den nuklearen Notfallschutz.

Fachleute aus Behörden und Wissenschaft empfehlen, psychische und soziale Folgen von Nuklearunfällen in der Katastrophenschutzplanung stärker zu berücksichtigen: Das ist das Ergebnis eines interdisziplinären Workshops, den das Referat „Psychosoziales Krisenmanagement" des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gemeinsam mit dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und dem Centre for Security and Society der Universität Freiburg am 24. und 25. Oktober 2016 organisiert hat.

Nach dem Reaktorunfall von Fukushima wurden in Deutschland – ausgehend von Untersuchungen des BfS – die Notfallmaßnahmen, die bei einem Unfall vor radioaktiver Strahlung schützen sollen, aktualisiert.

Dabei wurden etwa die zu betrachtenden sogenannten Planungszonen, in denen Maßnahmen notwendig werden könnten, deutlich vergrößert. Parallel dazu sollen zukünftig die möglichen psychischen Belastungen von Betroffenen und Einsatzkräften verstärkt in den Blick genommen werden.

Notfallmaßnahmen wie Evakuierung, Umsiedlung oder Dekontamination von Gebieten sind gravierende Eingriffe in das Leben der Betroffenen: Jahrelanger Aufenthalt in Notunterkünften, der Verlust des sozialen und familiären Umfeldes, Ausgrenzung am neuen Wohnort oder Unsicherheit über das tatsächliche gesundheitliche Risiko durch die radioaktive Strahlung sind schwerwiegende Belastungen. Sie erschweren die Rückkehr zu einem geregelten Alltag und können psychisch krank machen.

Im Rahmen des Workshops „Bewältigung von psychosozialen Problemen und Kommunikationskonzepte im nuklearen Notfallschutz" wurden als ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Begrenzung problematischer psychosozialer Auswirkungen die Ausbildungskonzepte für Einsatzpersonal, Krisenstäbe, aber auch für professionelle Informationsvermittler wie Pressestellen der beteiligten Einrichtungen ermittelt.

Nicht nur das Wissen über Radioaktivität und radiologischen Notfallschutz, sondern ebenso über psychosoziale Faktoren in Notfallsituationen sollte einen höheren Stellenwert erhalten. Auch wurden spezielle Schulungsangebote für die bereits vorhandenen, häufig ehrenamtlich tätigen Erstbetreuer als sinnvoll erachtet.

Die Bevölkerung stärker in die Vorbereitung und Bewältigung nuklearer Katastrophen einzubinden, darin sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zusätzlich Potenzial. Zum einen könnte so die Fähigkeit zu Selbsthilfe und Selbstschutz gestärkt werden. Zum anderen zeigen Erfahrungen aus anderen Katastrophen, dass in der Bevölkerung in Notsituationen große Hilfsbereitschaft vorhanden ist. Beispiele sind Flutkatastrophen und ganz aktuell die Bewältigung des Flüchtlingszuzugs.

Dabei engagieren sich viele Menschen spontan, ohne ein klassisches Ehrenamt auszuüben. Wie und für welche Aufgaben auch im nuklearen Notfallschutz freiwillige Helfer eingesetzt werden könnten, muss genauer untersucht werden.

Der Workshop führte Ende Oktober letzten Jahres in Freiburg Experten aus Landes- und Bundesbehörden, dem kommunalen Katastrophenschutz, Wissenschaft und Energiewirtschaft zusammen.

Ziel war, Erfahrungen und Erkenntnisse aus Katastrophenschutz, Strahlenschutz und Sozialwissenschaften gemeinsam zu erörtern und für die Weiterentwicklung des nuklearen Notfallschutzes nutzbar zu machen.

Dieser interdisziplinäre Dialog soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden.

Die Ergebnisse des Workshops gehen unter anderem an die Strahlenschutzkommission, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, um weitere Beratungen und Entwicklungen zum nuklearen Notfallschutz zu unterstützen.

Gutachterinnnen und Gutachter für das Sicherheitsforschungsprogramm gesucht

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit" innovative Projekte, die dazu beitragen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, von kritischen Infrastrukturen und der Wirtschaft zu erhöhen. Forschungsthemen werden in Form von Bekanntmachungen im Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben. Die eingereichten Projektvorschläge werden mit Hilfe externer Expertinnen und Experten evaluiert.

Eine Großveranstaltung erfordert besondere Sicherheitsmaßnahmen.

Um der Vielzahl der Schwerpunkte des zivilen Sicherheitsforschungsprogramms und somit der großen Bandbreite der ausgeschriebenen Themen gerecht zu werden, sucht das Bundesforschungsministerium Unterstützung durch Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Industrie und Anwendung, die ihr Wissen in die Bewertung von Projektvorschlägen einbringen möchten. Wenn Sie Interesse haben, können Sie sich unter *http://gutachter.sifo.de* in einer Gutachterdatenbank eintragen.

ARKAT: Oliver Meisenberg zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt

Oliver Meisenberg ist seit 15. November 2016 erster stellvertretender Vor-

Oliver Meisenberg.
(Foto: ARKAT)

sitzender des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten / -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (ARKAT) e. V. und wurde zugleich zum Landesbeauftragten für Bayern berufen.
Seit 2003 engagiert er sich ehrenamtlich beim ABC-Zug (Regie) des Landkreises München-Land. Nach dem Abitur am humanistischen Maximiliansgymnasium München studierte er Physik an der Technischen Universität München. Dort spezialisierte er sich schon früh auf dem Gebiet der Strahlenphysik und des Strahlenschutzes.
Beruflich war er seit 2006 zunächst am Helmholtz-Zentrum München – Deutsches Zentrum für Gesundheit und Umwelt – auf dem Gebiet der Radioaktivität der Umwelt tätig. 2014 wechselte er zum Bundesamt für Strahlenschutz, wo er sich seitdem mit der Radioaktivität im menschlichen Körper befasst. In seinem Ehrenamt im ABC-Dienst des Landkreises München kümmert sich der 34-Jährige um die Ausbildung und Fachberatung auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und ist einer der bestellten Einsatzleiter. Seit 2011 steht Meisenberg auch dem gemeinnützigen Förderverein des ABC-Zuges München-Land als Vorsitzender vor. Sein besonderes Interesse gilt Simulationstechniken zur realistischen Gestaltung von Strahlenschutz-Übungen. 2013 konnte sich die Regieeinheit mit einer hierfür selbst entwickelten Simulationssoftware im BMI-Wettbewerb „Helfende Hand“ unter den TOP TEN der Kategorie „Innovative Konzepte“ qualifizieren.

BBK-Präsident Unger stellt Konzeption Zivile Verteidigung bei Jahresempfang der Bundespolizei vor

Beim 36. Neujahrsempfang der Bundespolizei in Sankt Augustin am 26. Januar 2017 hatte BBK-Präsident Christoph Unger Gelegenheit, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit dessen Aufgaben und aktuellen Herausforderungen vorzustellen. Einen Schwerpunkt legte er dabei auf die neue Konzeption Zivile Verteidigung, die die Bundesregierung im August 2016 verabschiedet hatte. Vor etwa 450 geladenen Gästen konnte Unger deutlich machen, dass die Konzeption keinesfalls zu Hamsterkäufen aufruft, wie es manche Medien im vergangen Jahr dargestellt hatten. Vielmehr gehe es darum, den Bedrohungslagen des 21. Jahrhunderts unter veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zu begegnen. Dabei stellen sich z. B. folgende Fragen: Wie können im Spannungs- und Verteidigungsfall die Staats- und Regierungsfunktionen aufrechterhalten werden, wie können wir die Versorgung der Bevölkerung aber auch der Wirtschaft sicherstellen oder wie kann die zivile Seite die Bundeswehr unterstützen?
Unger nutzte die Gelegenheit, das Thema in Gesprächen mit den Vertretern der Bundespolizei, der Bundeswehr und anderer Institutionen zu vertiefen.

BBK-Präsident Unger bei seiner Rede.
(Foto: Bundespolizei)

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
http://www.bbk.bund.de

Redaktion:
Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein
Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November),
Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:
30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert.
Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Heute: Alte Lahnbrücke in Wetzlar, Hessen

Die steinerne „Alte Lahnbrücke“ in Wetzlar wurde in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts als siebenbogige Brücke über die Lahn und die Lahninsel erbaut. Sie wurde 1288 erstmals erwähnt und ist eine der ältesten noch erhaltenen Brücken in Hessen.
Die Brücke war Teil des mittelalterlichen Handelsweges von Frankfurt nach Köln und Antwerpen. Händler, die die Brücke passierten, mussten Zoll entrichten, der in die Stadtkasse und in die königliche Steuerkasse floss.
Der Priester Gottfried von Beselich (gestorben um 1180) wird in der Gründungschronik des Klosters Altenberg als Initiator des Brückenbaus genannt; er soll für den Bau der Alten Lahnbrücke Almosen gesammelt haben.
An Stelle der steinernen Brücke stand vorher vermutlich eine Holzbrücke, die heutige Brücke ist 104 Meter lang und 6,45 Meter breit und ruht auf sieben Kreisbögen. Die beiden äußeren Bögen haben eine lichte Weite von 7,40 Meter bis 8 Meter, die mittleren 10 bis 10,50 Meter.
Im Laufe der Zeit wurde die Brücke mehrfach verändert. So wurden im 15. Jahrhundert die Pfeiler durch Eisbrecher verstärkt.
Auf beiden Seiten der Brücke befanden sich Tortürme, von denen einer ein Gefängnisturm war. Die Turmaufbauten wurden 1832 abgebrochen. Um 1865 wurde ein eisernes Gitter erbaut um einen Gehweg anzulegen, dafür wurde das vorhandene Brüstungsmauerwerk entfernt.
Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen wurden zwischen 1977 und 1981 durchgeführt. Das Eisengeländer wurde hierbei wieder entfernt und durch eine der ursprünglichen Brüstung ähnliche Konstruktion ersetzt, die aus einem Betonkern besteht, der mit Bruchsteinen verkleidet ist.
Weitere Informationen unter:
www.wetzlar.de

pl

Blick auf die Alte Lahnbrücke.
(Foto: Andreas Zörb / pixelio.de)

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

www.bbk.bund.de